

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Januar/Februar 1995



1/95

4. Jahrgang
ISSN 0944-7989

Mit Beiträgen von

Themen:
Archive in
Ostdeutschland II
Singularitäten
4. Folge

Ulrich Geyer
Wolfgang Knobloch
Jochen Golz
Rosemarie Konschak &
Bernd Markert
Michael Franzke
Uwe Hirschfeld

und andere

und anderen

hochschule ost 1/95

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig

Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Tel. (0171)614 61 64,
(0341) 719 22 61, Fax (0341) 719 22 55. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de
hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und
läuft jeweils von September bis August.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 13,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausga-
ben) DM 80,-. PrivatabonnentInnen DM 39,-. Nichtverdienende DM 28,- (Abo-Gebüh-
ren incl. DM 9,- Versandkosten).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskrei-
ses HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsan-
spruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir ihren Namen
und ihre Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell
gespeichert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

| | |
|-----------------|---|
| Editorial | 7 |
|-----------------|---|

THEMA I: Archive in Ostdeutschland II

| | |
|--|----|
| <i>Ulrich Geyer:</i> Situation wichtiger ostdeutscher Archive und Stand des ostdeutschen Archivwesens allgemein - 2. Folge | 9 |
| <i>Wolfgang Knobloch:</i> Vom Zentralen Archiv der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR zum Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften | 16 |
| <i>Jochen Golz:</i> Das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar - Geschichte und Gegenwart | 24 |

THEMA II: Singularitäten 4. Folge

| | |
|---|----|
| <i>Rosemarie Kenschak & Bernd Markert:</i> Das Internationale Hochschulinstitut Zittau | 31 |
|---|----|

FORUM I

| | |
|--|----|
| <i>Michael Franzke:</i> Die doppelte Verweigerung - Anmerkungen zu Theodor Litt in Leipzig | 38 |
| <i>Benno Parthier:</i> Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in der Amtszeit von Heinz Bethge (1974 - 1990) | 49 |

REAKTION

| | |
|---|----|
| <i>Rainer Eckert:</i> Gegendarstellung zu: Ralf Preuß: Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen, in <i>hochschule ost</i> 5/94 | 63 |
|---|----|

FORUM II

| | |
|--|----|
| <i>Uwe Hirschfeld:</i> Kritik und Reform einer Studienordnung. Ein grundsätzlicher Beitrag aus der Diskussion an der Ev. FH für Sozialarbeit Dresden | 65 |
| <i>Wolfgang Kehr, Sabine Manning & Rudolf Thomas:</i> Erfolgreiche ERASMUS-Aktivitäten in den neuen Bundesländern | 81 |

BERICHTE

| | |
|--|-----|
| Ostdeutsche Studienberechtigte des „Wendejahres“ 1990 nehmen deut- lich häufiger ein Studium auf als ihre Kollegen aus den alten Ländern (<i>HIS</i>) | 90 |
| Nur geringer Rückgang der Studienanfängerzahlen (<i>HRK</i>) | 92 |
| Auch ohne „eigene“ Abiturienten: Zahl der Studierenden an den FH in Brandenburg nimmt weiter zu (<i>Brandenburg. Wissenschaftsministerium</i>) | 96 |
| Akademische Selbständigkeit für BTU Cottbus (<i>Brandenburg. Wissenschaftsministerium</i>) | 97 |
| Universität unter Besatzungsrecht. Drei Jahre an der HUB (<i>Kajo Pieper</i>) | 98 |
| Die 11. Feuerbach-These im Humboldt-Foyer: Ein Denkmal - Pfahl im Fleische des Universitätskörpers (<i>UnAufgefordert</i>) | 102 |
| Dresden: 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin - Multiple Choice (<i>Karl Westhoff</i>) | 104 |
| Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Berlin-Adlershof (IGAFa) jetzt Verein | 108 |
| Wissenschaft und Industrie im Osten (<i>FG Wissenschaftsstatistik am WZB</i>) ... | 109 |

DOKUMENTATION

| | |
|--|-----|
| <i>Hochschulrektorenkonferenz:</i> Zur Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer | 117 |
| Mitgliederversammlung des fzs im November in Rostock: Ostdeutsche Wahrnehmungsdifferenzen: (1) Greifswald: Irgendwie was machen! | 128 |
| (2) Antwort vom StuRa Uni Rostock: Im falschen Licht | 129 |

| | |
|---------------------|-----|
| PUBLIKATIONEN | 131 |
|---------------------|-----|

ZUM SCHLUSS

| | |
|---|-----|
| TU Dresden: Klementine im Hörsaal | 136 |
| Werbespots im Hörsaal - diskutiert von A - Z. Zwischen akademischer Freiheit und finanziellen Zwängen (<i>Anke Müller</i>) | 137 |

Original West

Das regional-hegemoniale Milieu differenziert sich dichotomisch in eine marginale homogene und eine dominante heterogene Klientel.

Anpassung Ost

In der Region gibt es zwei Gruppen: Eine unbedeutende, die gleichmäßig, und eine vorherrschende, die ungleichmäßig zusammengesetzt ist.

Fazit

Die Anpassungsqualifizierung ist oft nur ein Sprachproblem!

aus: *QUEM-Bulletin*, Berlin, 12/94

Vor anderthalb Jahren, im Heft 7/1993, widmeten wir uns bereits einmal dem Thema „Ostdeutsche Archive“. Die Sicherung der Dokumente eines abgeschlossenen Sammlungsgebietes - der DDR - verband sich mit kompletter institutioneller Neugestaltung. War es in der damals bilanzierten Zeit vielfach um die Bewahrung der Aufbewahrungsstätten gegangen, stand für die Folgemonate eher Konsolidierung im Mittelpunkt. Für einige Einrichtungen mußten freilich noch endgültige Lösungen gefunden werden. Das ist mittlerweile größtenteils geschehen.

Eine wichtige Archivgeschichte des Umbruchs, die 1993 noch nicht geschrieben werden konnte, kann nunmehr präsentiert werden: Das Archiv der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften hat zwischenzeitlich erfolgreich die letzten Klippen umschiff und nun an der neukonstituierten Berlin-Brandenburgischen Akademie angedockt. Der Beitrag korrespondiert mit der Darstellung zu den Archiven und Sammlungen der DDR-Akademie der Künste in Heft 7/93.

Einen Außenpol der Debatten um die ostdeutschen Archive stellten die Kontroversen um das PDS-Archiv dar. Ein 1993 veröffentlichter Artikel zeichnete plastisch die wohl heftigsten politischen Auseinandersetzungen nach, die es im Zuge der Neustrukturierungen um ein ostdeutsches Archiv gegeben hatte. Nunmehr verbinden wir die neuerliche Behandlung des Themas mit einem Beispiel für den entgegengesetzten Pol: Das Goethe-Schiller-Archiv in Weimar darf zu den ostdeutschen Archiven gerechnet werden, die nach 1989 den geringsten Infragestellungen ausgesetzt waren.

p.p.

THEMA I: Archive in Ostdeutschland II

Ulrich Geyer (Berlin):

Situation wichtiger ostdeutscher Archive und Stand des ostdeutschen Archivwesens allgemein - 2. Folge

Dieser Artikel baut auf dem Bericht des Verfassers "Zur Entwicklung und zur Situation einiger wichtiger ostdeutscher Archive" in Heft 7/93 und den Berichtigungen/Ergänzungen dazu in Heft 10-11/93 dieser Zeitschrift.

Seit oben erwähnter Veröffentlichung haben sich im ostdeutschen Archivwesen keine so gravierenden Veränderungen vollzogen wie in der Zeit zwischen 1990 und der Jahresmitte 1993. Doch es gibt einige Veränderungen, es zeigen sich neue Tendenzen, einige angedeutete Entwicklungen haben sich bestätigt und manche nicht.

Das Bundesvermögensamt hat sich die Gebäude der ehemaligen sowjetischen/russischen Militärkommandantur in Potsdam (Berliner Straße) angeeignet,

Räumlichkeiten, mit denen das Bundesarchiv - Abteilungen Potsdam in seiner Perspektivplanung fest gerechnet hatte. Die Folge davon ist, daß das Bundesarchiv bald an der Grenze seiner Raumkapazität angelangt ist. Nach gegenwärtiger Planung gibt es drei Varianten, dem abzuwehren:

1. Totalumzug (Ende etwa im Zeitraum 2000 - 2002) nach Berlin-Lichterfelde (Bezirk Steglitz) in freigewordene Kasernen der abgezogenen US-Army.
2. Teilumzug nach Lichterfelde (vermutlich mit den Beständen des ehemaligen Deutschen Reichs) und Verbleib mit dem anderen Teil (vor allem Staatsorgane der ehemaligen DDR) am alten Standort in Potsdam (Tizianstraße).
3. Gesplitteter Umzug nach Steglitz bzw. nach Hoppegarten und Dahlewitz (Land-

kreis Märkisch-Oderland) im Land Brandenburg.

Inwiefern diese(r) Umzu(ü)g(e) die Nutzung beeinträchtigt(en)t bzw. zeitweilig ausschließt(en)t, ist z.Zt. noch nicht durchgespielt worden.

Der Umzug des ehemaligen historischen (Staats-)Archivs "Zentrales Staatsarchiv Merseburg (II)" als "Geheimes Staatsarchiv in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz" nach Berlin-Dahlem (Bezirk Zehlendorf) ist komplett erfolgt. Allerdings sind noch beträchtliche Teilbestände vorübergehend nur in Lagerhallen untergebracht. Die ehemaligen Gebäude in Merseburg beherbergen jetzt ein weiteres Landesarchiv von Sachsen-Anhalt. Tätig sind dort vor allem die Archivare, die den Umzug des damals dort beheimateten Archivs nach Berlin aus verschiedenen Gründen nicht mitmachen wollten.

Die Unterstellung des Archivwesens auf Landesebene scheint abgeschlossen (sofern man in Ostdeutschland Strukturentwicklungen überhaupt als abgeschlossen betrachten kann - d. Verf.).

Danach ist es in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt dem Kultusministerium sowie in Thüringen und Sachsen dem Innenministerium zugeordnet. Theoretisch ist in dem jeweiligen Bereich auch ein Verantwortlicher für Archivwesen, unter verschiedenen Namen, z.B. Landesbeauftragter, eingesetzt. Dabei waren und sind aber diese Posten noch nie in allen neu-

en Bundesländern gleichzeitig komplett besetzt gewesen. Die offiziellen Bezeichnungen der jeweiligen Landesleitarchive sind in Sachsen (Dresden) [1] und in Thüringen (Weimar) Hauptstaatsarchiv sowie in Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Mecklenburg (Schwerin), Vorpommern (Greifswald) und Brandenburg (Potsdam) Landeshauptarchiv.

In Sachsen zeichnet sich ab, daß neben dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig auch noch ein Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz gegründet wird. Bisher ist das Chemnitzer Archiv eine Außenstelle des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden. Wahrscheinlich wird dessen Außenstelle, das Bergarchiv Freiberg, Teil des Universitätsarchivs Freiberg werden.

Noch nicht endgültig geregelt ist die Problematik der Kreisarchive nach der dem Ende zugehenden Kreisgebietsreform in den ostdeutschen Ländern. Es zeichnet sich ab, daß in der Regel ein ehemaliges Kreisarchiv diese Funktion als Leitarchiv behält und die anderen sich im neuen Kreis befindlichen ehemaligen Kreisarchive zu dessen Außenstellen werden: eine wirtschaftlich vernünftige aber historisch nicht ganz saubere Lösung, vor allem, wenn es Überlappungen der Kreisgrenzen gibt.

Geregelt sind jetzt in allen Fällen der Verbleib der Archive der Akademien. Für die Akademie der Wissenschaften und der Künste sind die in den eingangs erwähnten Berichten angedeuteten Lösungen [2] Wirklichkeit geworden.

Das Archiv der Bauakademie ist ein Bestand im Bundesarchiv - Abteilungen Potsdam, und das Archiv der Landwirtschaftsakademie ist ebenfalls in diesem Archiv, z.Zt. allerdings noch als eine Art Depot mit ABM-Kräften.

Für die Universitätsarchive gilt das in erwähntem Bericht Gesagte nach wie vor. [3] Einige dieser Archive haben allerdings ihre Bestände erweitern können (müssen). Meist resultiert dies aus der Auflösung von ehemaligen Hoch-, Fachhoch- und Fachschulen bzw. Akademien. So haben z.B. das Universitätsarchiv Potsdam das Archiv der Akademie für Staat und Recht, das Archiv der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg das Archiv der Leopoldina, das Archiv der Technischen Universität Dresden unter anderem das Archiv der Verkehrshochschule übernommen, und, wie erwähnt, übernimmt das Universitätsarchiv Freiberg vermutlich das dortige Bergarchiv.

Für die Archive der zentralen Staatsorgane der ehemaligen DDR gilt ebenfalls das im eingangs erwähnten Bericht [4] Gesagte.

Neu ist, daß der befürchtete Schildbürgerstreich betreffs Militärarchiv und militärischer Forschungsstätte Wirklichkeit wurde. Es ist also tatsächlich so, daß die Forschungsstätte von Freiburg nach Potsdam zieht und das Militärarchiv größtenteils von Potsdam nach Freiburg. In Potsdam verbleibt eine Koordinierungs-

stelle. Die Mitarbeiter beider Institutionen sind bzw. werden aufgeteilt (worden).

Neu ist auch, daß das Archiv des ehemaligen DDR-Außenministeriums seit Juni dieses Jahres (1994) für die allgemeine Nutzung offen ist. Die offizielle Bezeichnung ist "Politisch-Historisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Dienststelle Berlin (Archiv des MfAA der ehemaligen DDR)". Es gilt dabei die strenge Anwendung des Bundesarchivgesetzes, d.h. die 30jährige Sperrfrist. Allerdings besteht die Gefahr, daß durch einen Zwischenumzug des Archivs die Nutzung wieder für unbestimmte Zeit ausgesetzt werden muß.

Nicht erstmalig, aber doch in dieser Intensität neu sind Forderungen verschiedener politischer Richtungen, den Zugang zum Schriftgut des Archivs der Gauck-Behörde zu erschweren. Nach Meinung des Verfassers ist dies eine verhängnisvolle Tendenz. Gleichzeitig plädiert er für einen verantwortungsvollen Umgang mit Erkenntnissen aus diesem Schriftgut durch die Medien. Ein strittiger Vorgang ist auch, daß Auswertungsvorgänge der Stasi, die den Täterkreis aus der NS-Zeit zum Gegenstand haben, einschließlich der Zentralkartei 9.11 (Nazi-Archiv), aus dem NS-Archiv Hoppegarten an das Archiv der Gauck-Behörde abgegeben wurden. Eine Nutzung ist dabei nur noch nach Anfrage beim Bundesarchiv über die Abteilung Forschung und Bildung der Gauck-Behörde möglich.

Das Überführen der Parteien- und Organisationsarchive in den Verbund der "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR" ist als Komplex gescheitert. [5] Wohl verlief das Überführen des Schriftguts der Massenorganisationen, nach anfänglich großen Schwierigkeiten, letztendlich besser als befürchtet und, bei reichlich Blessuren, auch im allgemeinen einvernehmlich. Aber ein wichtiger Teil der DDR-Politik-Geschichte - die Blockparteien um die SED herum - ist mit Ausnahme der NDPD nicht mit seinem Schriftgut im Stiftungsarchiv vertreten. Für das Bundesarchiv scheint der Zug abgefahren, dieses Schriftgut erfolgreich zu reklamieren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat schon mit Stolz publiziert, daß sie durch "... raschen Vollzug der Archivierung der ostdeutschen Parteibestände (Ost-CDU und Bauernpartei DBD... - d.Verf.) eine immense Arbeitsleistung vorgelegt und damit die Gunst der Stunde zu nutzen gewußt (habe)". [6] Diese Aussage ist in jeder Hinsicht nur zu unterstreichen, nichtsdestotrotz widerspricht diese Praxis dem Einigungsvertrag, den Intentionen der Kompromisse, die bei Bundestagsanhörungen zu diesem Thema erzielt wurden, und nicht letzters den Zielen der ostdeutschen Bürgerbewegungen.

Im einzelnen umfaßt dieses Schriftgut im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung - ca. 375 laufende Regalaktmeter (lfm) Akten, ca. 13.000 Photos u.a. audiovisuelles Material des zentralen Parteiarchivs der Ost-CDU

- ca. 30 lfm der Landesverbände der Ost-CDU
- ca. 600 lfm der Bezirksverbände der Ost-CDU
- ca. 450 lfm der Kreisverbände der Ost-CDU sowie
- ca. 180 lfm nicht näher aufgegliederte Teilbestände der DBD. [7]

Die Situation um das zentrale FDJ-Archiv ist immer noch nicht endgültig geklärt. [8]

Ergänzen zu seinen Aussagen über die Archive der Kirchen und Religionsgemeinschaften [9] möchte der Verfasser, daß sich die "Ostbestände" des Evangelischen Zentralarchivs größtenteils im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin (Bezirk Mitte), Ziegelstraße 30, befinden und nach Vereinbarung nutzbar sind. Zu diesen Beständen rechnen:

- Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR (Bestand 103)
- Geschäftsstelle der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung in der DDR (Bestand 102)
- Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR (Bestand 104) - Kirchenkanzlei der EKU
- Nebenstelle Ost (Bestand 107)
- Kirchenkanzlei der EKU - Bereich DDR (Bestand 108)
- Evangelische Studentengemeinde (Ost) (Bestand 36 A)
- Evangelische Studentengemeinde (DDR) (Bestand 36 B)
- (ein Teil der) Chronikensammlung (Bestand 505)

- (ein Teil der) Sammlung ostdeutscher Pfarrakten (Bestand 507)
- (ein Teil der) Sammlung ostdeutscher Amtsbücher (Bestand 508). Insgesamt umfaßt das ehemalige "Ostarchiv" das Schriftgut
- vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR,
- der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR,
- der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR (VELK) und
- der Evangelischen Kirche in Berlin - Brandenburg (EKiBB) [10]

Wenn man von den schmerzlichen, unwiederbringlichen Verlusten bis zum Jahresanfang 1993 absieht, ist jetzt der größte Teil des Wirtschaftsschriftgutes der ehemaligen DDR gesichert. Teilweise lagern diese Akten in Treuhanddepots, teilweise in Landesarchiven und schließlich gibt es noch etliche Sonderregelungen. Am günstigsten ist es in Sachsen geregelt, wo im Frühjahr 1993 ein regionales Wirtschaftsarchiv entstand. [11] In Berlin entstand für den nordostdeutschen Raum eine "Verwertungsgesellschaft für Treuhandakten". Zwecks Kassation ist diese Gesellschaft an Absprachen mit dem Bundesarchiv gebunden. [12] Seitens des Berliner Senats und der Landesregierung Brandenburg ist ein "Zentrales Wirtschaftshistorisches Archiv Berlin-Brandenburg" angedacht, dem aber noch große Schwierigkeiten entgegenstehen. [13] In einigen Landeserlassen ist geregelt, daß Schriftgut aufgelöster Betriebe und anderer Wirtschaftseinrichtungen von den regional

anliegenden Stadt- bzw. Kreisarchiven zu übernehmen ist. [14] Nur teilweise geregelt ist der Verbleib der Akten der landwirtschaftlichen [15] und anderer Produktionsgenossenschaften sowie einzelner nichtgenossenschaftlicher landwirtschaftlicher Einrichtungen. In Brandenburg existiert ein unveröffentlichter Runderlaß, der aussagt, daß alle genossenschaftlichen Akten (sofern sie noch existieren - d.Verf.) mit den dazugehörigen Verzeichnissen (Abgabeverzeichnissen - d.Verf.) an die zuständigen Gerichte abzugeben sind. [16] Zur historischen Forschung (LPG-Geschichte u.ä.) soll bei den Gerichten freier Zugang zu den Akten gewährleistet sein. [17] Akten von Gutsarchiven, zu Bodenreformfragen etc. sollen dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv abgegeben werden. [18]

Zum Schriftgut der Konsumgenossenschaften in der ehemaligen DDR kann der Verfasser keine Auskunft über seine früheren Aussagen hinaus treffen. [19]

Nach wie vor deprimierend ist die Situation alternativer bzw. oppositioneller ostdeutscher Archive. [20] Eine der wenigen Ausnahmen in dieser Hinsicht ist das Robert-Havemann-Archiv, dessen Finanzierung bis Jahresende 1995 gesichert ist. [21] Ein Archiv der DDR-Freiheits- oder Bürgerrechtsbewegung, wie vom ehemaligen Vorsitzenden des Vereins deutscher Archivare, Hermann Rumschöttel, 1993 angedacht [22], ist weiter entfernt denn je.

Ein weiteres trauriges Kapitel ist, wie

vorhandene archivische Ausbildungsstrukturen in Ostdeutschland verloren gegangen sind bzw. verloren gehen. [23] Damit meint der Verfasser nicht die Lehrmethodik, nicht die Vermittlung eines stalinistisch geprägten Berufsbildes und nicht die Exmatrikulationspraxis bei abweichenden politischen Meinungen, unter denen der Verfasser selbst genug gelitten hat. Traurig ist vielmehr, daß ein Lehrstuhl "Archivwissenschaft" Ende des Jahres 1995 verloren geht, der durch einen Studiengang "Diplomarchivare" an der Fachhochschule Potsdam nicht voll kompensiert wird. Traurig ist, wie der Ausbildungsgang "Archivassistent" von der Bildfläche verschwindet, dabei unterhalb der studierten Archivgilde ein statusmäßiges Loch hinterläßt und damit in

diesem Bereich demotiviert. Strittig ist auch, ob die Trennung der Ausbildung für staatliche Archivare und Archivare der Wirtschaft der Weisheit letzter Schluß ist.

Insgesamt hat sich die Situation seit dem letzten Bericht des Verfassers also weder zum Positiven noch zum Negativen wesentlich verändert.

Ulrich Geyer, Dipl.Archivar/Historiker, Vorstandsmitglied des Unabhängigen Historiker-Verbandes, ist beim Auswärtigen Amt, Dienststelle Berlin, Politisch-Historisches Archiv (Archiv des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR) tätig

Anmerkungen:

- 1) Das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden ist seit dem 13.10.94 ohne Leiter. Der bisherige Direktor, Dr. Reiner Groß, nahm einen Ruf der Technischen Universität Chemnitz/Zwickau auf den Lehrstuhl für "Sächsische Landesgeschichte" in Zwickau an
- 2) vgl. *hochschule ost* H. 7/93 und H. 10-11/93
- 3) vgl. *hochschule ost* H. 7/93
- 4) ebenda
- 5) ebenda
- 6) vgl. "Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht." 3. Auflage. Ernst Knoth Verlag, Melle 1992
- 7) ebenda
- 8) vgl. *hochschule ost* H. 7/93
- 9) ebenda
- 10) vgl. auch "Das Evangelische Zentralarchiv in Berlin und seine Bestände" von Christa Stache, Berlin 1992, Alektor Verlag
- 11) vgl. in *Archiv und Wirtschaft* Nr. 26, o.O. 1993

12) Auskunft an den Verfasser durch den Leiter des Referats 5.1 des Bundesarchivs - Abteilungen Potsdam, M. Wagner

13) Auskunft desselbigen

14) so z.B. in Runderlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg vom 3.8.1992, Festlegung 6. Unveröffentlicht

15) vgl. Hauptreferat des scheidenden Vorsitzenden des Vereins deutscher Archivare (VdA), H. Rumschöttel, auf dem 64. Deutschen Archivtag 1993 in Augsburg, in *Der Archivar* H. 1/94

16) vgl. Runderlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg vom 3.8.1992, Festlegung 1, Abs. 1. Unveröffentlicht

17) vgl. ebenda, Festlegung 1, Abs. 3. Unveröffentlicht

18) vgl. ebenda, Festlegung 2, Abs. 2. Unveröffentlicht

19) vgl. *hochschule ost* H. 7/93 und H. 10-11/93

20) vgl. *hochschule ost* H. 7/93; H. Rumschöttel, a.a.O.

21) Auskunft an den Verfasser durch das Mitglied des Robert Havemann Freundeskreises, B. Florath

22) vgl. H. Rumschöttel, a.a.O.

23) ebenda; vgl. Renate Schwärzel in Tagungsbericht der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare 1993 in Ludwigshafen von Ruth Kappel, in *Der Archivar* H. 4/93; "Wie verschenkt man einen Lehrstuhl" in *Der Archivar* H. 2/94.

Literaturempfehlungen für Interessierte zu ostdeutschen Beständen:

- Die Archive in Bayern und Sachsen. Information und Sicherung. Sächsisch-Bayerisches Archivarstreffen 1993 in Freiberg. Hrsg. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden und Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 1993
- Bestandsnachweis des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig. IXX (Leipziger Archivinventare, Bd 6) Hrsg. Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Leipzig 1993.
- Erster Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 1993. Hrsg. Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1993.
- Kurze Übersicht über die Bestände der Außenstelle Greiz des Thüringischen Staatsarchivs Rudolstadt. Hrsg. Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, Rudolstadt 1993 (Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, Informationsheft Nr. 3).

Wolfgang Knobloch (Berlin):

Vom Zentralen Archiv der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR zum Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Im Herbst 1989 war das Zentrale Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung dieser bedeutendsten und größten Forschungsinstitution der DDR. Als staatliches Endarchiv für das gesamte Archivgut der Akademie seit ihrer Gründung als Kurfürstlich-Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften am 11. Juli 1700 erstreckte sich seine Zuständigkeit außer auf das Archivgut der Preußischen Akademie der Wissenschaften auf alle zentralen Leitungs- und Verwaltungsorgane der Berliner Akademie der Wissenschaften (im folgenden AdW) seit 1945, auf sämtliche Forschungseinrichtungen innerhalb der AdW, die nahezu über das gesamte Territorium der DDR verteilt waren, auf die der AdW zugeordneten wissenschaftlichen Gesellschaften sowie auf die ihr unterstellten Betriebe und Einrichtungen (Druckereien, Verlage etc.). Das Akademiearchiv war auch zuständig für die schriftlichen Nachlässe von Akademiemitgliedern und anderen bedeutenden Wissenschaftlern, die der AdW durch Schenkung, als Depositum oder auf andere Weise übergeben wurden. Darun-

ter befanden sich u. a. die Nachlässe der Nobelpreisträger T. Mommsen, W. Ostwald, M. von Laue (Teilnachlaß) und O. Warburg, der Mediziner R. Virchow und T. Brugsch, der Physiker H. von Helmholtz und E. Goldstein, der Astronomen G. Kirch, W. Bessel und W. Foerster, der Mathematiker H. A. Schwarz und G. Lejeune-Dirichlet, der Naturforscher A. von Humboldt und C. G. Ehrenberg, der Philosophen F. Schleiermacher, I. Kant, F. W. von Schelling und W. Dilthey, der Historiker B. G. Niebuhr, E. Meyer, H. Sproemberg und E. Winter, der Germanisten W. Scherer, K. Burdach und T. Frings, des Romanisten W. Krauss sowie des Kunsthistorikers L. Justi.

Der früher ebenfalls zum Akademiearchiv gehörende Kunstbesitz der Akademie war bereits 1983 aus dem Archiv herausgelöst und zu einer eigenständigen Kustodie zusammengefaßt worden. Der Gesamtbestand des Akademiearchivs aus nahezu 300 Jahren Akademiegeschichte umfaßte Anfang 1990 allein in seinem zentralen Magazin 2000 laufende Meter dienstliches und Nachlaßschriftgut, 28000 Fotos, 176 Medail-

len und Gedenkmünzen, 267 Tonbänder, 177 Filme und 204 Grafikporträts von Gelehrten. Hinzu kamen noch weitere 1300 lfm dienstliches Schriftgut in den vier Außenstellen des Archivs. Die Bestände des Akademiearchivs verteilten sich auf die Historische Abteilung, die Abt. Akademiebestände nach 1945, die Abt. Nachlässe sowie die Abt. Sammlungen. Jede dieser Abteilungen weist einmalige Bestände mit höchstem historischen Quellenwert auf. So gehören zu den Schätzen der Historischen Abteilung über 80 Denkschriften, Entwürfe und Briefe des Begründers und ersten Präsidenten der Berliner Akademie der Wissenschaften, Gottfried Wilhelm Leibniz, sowie an die 1200 Manuskripte von Akademievorlesungen, eingesandten wissenschaftlichen Abhandlungen und Preisschriften zu den Preisaufgaben der Akademie. Auf Grund der Vielfalt, Einmaligkeit und organisch gewachsenen Überlieferung seiner Bestände war und ist das Akademiearchiv eine der bedeutendsten Aufbewahrungsstätten an archivalischen Quellen für die deutsche und europäische Wissenschafts- und Kulturgeschichte. Mit seinen zahlreichen, von der Literaturarchiv-Gesellschaft im Jahre 1944 übernommenen literarischen Nachlässen nimmt es einen der vorderen Plätze unter den Literaturarchiven im deutschsprachigen Raum ein.

In der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchzeit von 1989 bis 1990 stellten sich auch für das Akademiearchiv, einem der ältesten und reichhaltigsten Wissenschaftsarchive in Europa, die

Frage seines weiteren Fortbestehens. Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der AdW der DDR schien seine Zukunft eng verknüpft zu sein mit dem weiteren Schicksal dieser Akademie. Als im Verlaufe des Jahres 1990 die sich abzeichnende Vereinigung beider deutscher Staaten immer klarere Konturen annahm, wurde gleichzeitig immer deutlicher, daß eine staatliche Akademie mit nahezu sechzig über das gesamte Territorium der DDR verteilten Instituten und rund 25000 Mitarbeitern nicht in die bestehende Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren sein dürfte.

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands am 3.10.1990 und dem Wirksamwerden des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 wurde die Akademie der Wissenschaften der DDR als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt. Über die Art und Weise der Fortführung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR sollte landesrechtlich entschieden werden. Die Forschungsinstitute und sonstigen Einrichtungen sollten als Einrichtungen der Sitzländer bis zum 31. Dezember 1991 fortbestehen. In dieser Zeitspanne war vorgesehen, die wissenschaftlichen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat begutachten zu lassen und auf diese Weise erhaltenswerte Einrichtungen bzw. Teile davon in die Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR,

die in die Hoheit der Sitzländer übergangen und bis zum 31.12.1991 fortbestanden, wurde auf der Grundlage von Teilelementen der bisherigen Zentralen Leitungsorgane der AdW eine Koordinierungs- und Abwicklungsstelle (KAI-AdW) gebildet. KAI-AdW war von den neuen Ländern und Berlin für diesen Zeitraum gemäß Artikel 38 des Einigungsvertrags zur übergangsweisen Aufrechterhaltung der bisher zentral wahrgenommenen Verwaltungsfunktionen sowie zur Koordinierung und Organisation der Abwicklungsaufgaben, insbesondere auf den Gebieten Personal, Finanzen, Recht und Vermögen, gebildet worden.

Das im Einigungsvertrag vorgesehene Moratorium gab auch dem Akademiearchiv die Möglichkeit, konzeptionelle Vorstellungen über seine zukünftige Arbeit ohne Hast und Hektik zu entwickeln. Das Akademiearchiv hatte bis zur Herstellung der Einheit Deutschlands die Funktion eines Endarchivs für den Gesamtbereich der ehemaligen AdW der DDR ausgeübt und war am 3. Oktober 1990 mit seinen Archivbeständen in die Zuständigkeit des Landes Berlin übergegangen. Wie alle anderen Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR unterstand es verwaltungsmäßig KAI-AdW. Hinsichtlich der Herkunft, des Inhalts und der Nutzung seiner Archivbestände verstand es sich jedoch gleichzeitig - wie auch die Akademiebibliothek - als Infrastruktureinrichtung der Gelehrtensozietät.

In Vorbereitung auf die zu erwartende

Evaluierung durch den Wissenschaftsrat wurde vom Archiv im Oktober 1990 ein Konzept der weiteren Entwicklung des Archivs der Akademie der Wissenschaften entworfen. Ausgehend von der Bedeutung des Akademiearchivs mit seiner einzigartigen archivalischen Quellenüberlieferung für die Wissenschafts- und Akademiegeschichte wurde im Konzept hervorgehoben, daß die Archivbestände für die wissenschaftliche Tätigkeit einer Reihe von Arbeitsstellen deutscher und ausländischer Akademien, Universitäten sowie anderer Wissenschaftseinrichtungen unentbehrliche historische Quellen darstellen, wie z.B. für die Schleiermacher-Gesamtausgabe, die Schelling-Gesamtausgabe, die Kant-Ausgabe, die Dilthey-Gesamtausgabe, die Einstein-Ausgabe, die Virchow-Gesamtausgabe und die Bernoulli-Edition.

Das Konzept machte deutlich, daß eine bestimmte Anzahl archivarischer Fachkräfte mit entsprechenden Bestandskenntnissen erforderlich ist, um die im Archiv überlieferten Bestände auch künftig sichern, erschließen, auswerten und mit den durch die Auflösung der Zentralen Leitungsorgane der AdW in das Archiv strömenden Aktenneuzugängen ergänzen zu können. Bei der Festlegung des als notwendig erachteten Personalbedarfs wurde davon ausgegangen, daß durch den Wegfall der Anleitungsfunktion des Akademiearchivs gegenüber den Institutsarchiven der ehemaligen AdW und durch personelle Einsparungen in allen anderen Archivabteilungen eine Reduzierung des Mitarbeiterbestan-

des von neunzehn auf insgesamt zwölf Mitarbeiter im Verlaufe des Jahres 1991 gerade noch zu vertreten sei.

Für den Fortbestand des Akademiearchivs war von entscheidender Bedeutung, daß etwa zeitgleich mit der Ausarbeitung des Konzepts über die weitere Entwicklung des Archivs vom Berliner Senat eine Planungsgruppe von Wissenschaftlern aus Ost und West berufen wurde, die Vorstellungen über eine künftige Akademie der Wissenschaften in Berlin entwickeln sollte. Für das Akademiearchiv stellte eine Anbindung an die künftige Akademie der Wissenschaften in Berlin die günstigste und sachlich zweckmäßigste Variante seines Fortbestehens dar.

Um so schockierender war daher für die Archivmitarbeiter der Inhalte eines Schreibens der Senatorin für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, Prof. Dr. B. Riedmüller, vom 19. Dezember 1990 an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in dem dieser angeboten wurde, die Akademiebibliothek an die Staatsbibliothek und das Akademiearchiv an das Geheime Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz abzutreten. Als Begründung für diesen Schritt wurde angeführt, daß es sich bei den Beständen beider Einrichtungen um preußisches Kulturgut handle und das Land Berlin nicht in der Lage sei, an der neu zu konstituierenden Akademie der Wissenschaften eine Bibliothek und ein Archiv zu unterhalten. Für das Akademiearchiv hätte eine Realisierung dieses Planes

bedeutet, daß seine organisch gewachsenen Bestände auf das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem und auf das Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam aufgeteilt worden wären mit all den nachteiligen Konsequenzen, die eine solche Bestandszersplitterung für eine effektive Auswertung des Archivgutes nach sich gezogen hätte. Hinzu kam, daß im Falle einer Abtretung des Akademiearchivs an eine Übernahme der Archivmitarbeiter mit ihren umfassenden Bestandskenntnissen offensichtlich nicht gedacht war.

In einer Stellungnahme des Archivs an KAI-AdW und die Gelehrtensozietät zur beabsichtigten Abtretung des Akademiearchivs an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wurde darauf verwiesen, daß die künftige Akademie der Wissenschaften in Berlin auf den reichhaltigen archivalischen Quellenfundus des Archivs nicht verzichten kann, stellt dieser doch das "papierne Gedächtnis" der ältesten Wissenschaftsakademie in Deutschland sowie die Arbeits- und Quellengrundlage für eine Reihe von Langzeitvorhaben der neuen Akademie dar. Unter Hinweis auf die Bestände der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1911-1947) und der ehemaligen preußischen Universitäten, die im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem bzw. in den entsprechenden Universitätsarchiven aufbewahrt werden, wurde das Argument widerlegt, daß die Bestände des Akademiearchivs bis 1945 schon deshalb in die Obhut der Stiftung gegeben werden müßten, weil es sich

hierbei um preußisches Kulturgut handle. Erinnert wurde an die damals vom heutigen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, ausgesprochene Mahnung, Entscheidungen über die Abwicklung von kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin nicht allein von den Zufälligkeiten einer gegenwärtigen Finanzierbarkeit abhängig zu machen. Die Stellungnahme machte deutlich, daß das Akademiearchiv als unverzichtbarer Bestandteil der zukünftigen Akademie der Wissenschaften erhalten werden muß.

In einem Schreiben vom 9. Januar 1991 an die Senatorin für Wissenschaft und Forschung erhob der Präsident der Gelehrtensozietät, Prof. Dr. H. Klinkmann, entschieden Einspruch gegen die beabsichtigte Abtretung der Akademiebibliothek und des Akademiearchivs an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und bat darum, Entscheidungen über die Trägerschaft der beiden Einrichtungen bis zur Ausarbeitung eines Konzepts für die neu zu konstituierende Akademie der Wissenschaften zurückzustellen.

Entscheidend für die Aufgabe des Planes, Archiv, Bibliothek und Kustodie der ehemaligen AdW der DDR an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu übergeben, war letztlich die Auffassung des Wissenschaftsrates, dessen geisteswissenschaftliche Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. J. Kocka im März 1991 die drei genannten Einrichtungen besichtigte und evaluierte. In seiner Empfehlung vertrat der Wissenschafts-

rat den Standpunkt, daß die Bestände dieser drei Einrichtungen eine gewachsene Einheit bilden, die es zu bewahren gelte und die vor Zugriffen von außen geschützt werden müsse. Über die künftige organisatorische Einbettung von Archiv, Bibliothek und Kustodie sollte erst dann entschieden werden, wenn ein Strukturkonzept für die neu zu gründende Berliner Akademie der Wissenschaften vorliegt. Bis dahin sollten keine Beschlüsse zur Überführung der drei Einrichtungen in eine neue Trägerschaft gefaßt werden.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates stellte die Weichen für das Archiv, die Bibliothek und die Kustodie in Richtung einer Angliederung an die neu zu konstituierende Akademie der Wissenschaften in Berlin. Im September 1991 teilte das Archiv der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung auf Anforderung die notwendigen Angaben über Bestandsumfang, Erschließungsgrad und jährliche Aktenzugangsquote für die Feststellung des erforderlichen Personalbedarfs im Rahmen der neu zu konstituierenden Akademie mit. Nach den Haushaltsberatungen über die neue Akademie im Senat und Abgeordnetenhaus wurden dem Archiv Anfang November 1991 Anzahl und Wertigkeit der für das Akademiearchiv bewilligten Stellen mitgeteilt.

Während man mit der Stellenanzahl zufrieden sein konnte, mußte gegen die vorgegebene Bewertung dieser Stellen Widerspruch eingelegt werden. Von den

zwölf Stellen entfielen allein fünf Stellen auf die Vergütungsgruppen BAT VIII und IX b. Durch Nachverhandlung mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung konnte die Wertigkeit der Stellen durch Verzicht auf eine Stelle entscheidend verbessert werden. Die verbliebenen elf Stellen für das Archiv der neu zu konstituierenden Akademie der Wissenschaften wurden von der Senatsverwaltung noch im Dezember 1991 öffentlich ausgeschrieben, da die Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR nicht über den 31.12.1991 hinaus fortgeführt wurden.

Nach erfolgter Bewerbung und Bestätigung der Mitarbeiter des Archivs durch eine Auswahl- und Integritätskommission der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung unterstand das Akademiearchiv ab 1. Januar 1992 bis zur Übernahme durch die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften der Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen e.V. (KAI e.V.), die aus KAI-AdW hervorgegangen war.

Im Zusammenhang mit der Nichtweiterführung der Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR über den 31.12.1991 hinaus stand vor dem Akademiearchiv die Frage der archivischen Sicherung und Übernahme der aktenmäßigen Hinterlassenschaft aus diesen zum Jahresende 1991 aufgelösten Instituten und Einrichtungen. Bereits im Ver-

laufe des Jahres 1991 sah sich das Archiv mit einem massenhaften Zustrom von dienstlichem Schriftgut aus den aufgelösten Zentralen Leitungsorganen der ehemaligen AdW konfrontiert. In Absprache mit KAI-AdW, dem Berliner Landesarchiv und der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung war das Akademiearchiv für das dienstliche Schriftgut - einschließlich Personalakten - der in Berlin gelegenen Institute und Einrichtungen archivisch zuständig.

Auf Grund des starken inhaltlichen Zusammenhangs zwischen der zentralen Aktenüberlieferung im Akademiearchiv und den Institutsüberlieferungen sowie im Interesse einer rationellen Sicherung, Bewertung und Auswertung des Akten-schriftgutes der ehemaligen AdW war das Akademiearchiv im Herbst 1991 bemüht, seine archivische Zuständigkeit zu erweitern und über KAI-AdW eine zentrale Zusammenführung des Archivgutes in Berlin aus allen Instituten und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR zu erreichen. Entsprechende Sondierungsverhandlungen von KAI-AdW ergaben jedoch, daß nur das Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gewillt waren, einer zentralen länderübergreifenden Lösung zuzustimmen. Die anderen neuen Bundesländer und Berlin lehnten unter Hinweis auf die im Einigungsvertrag geregelte Zuständigkeit der Länder für die auf ihrem Territorium gelegenen Institute eine zentrale Zusammenführung des Archivgutes der ehemaligen AdW in Berlin ab.

Das Akademiearchiv konzentrierte sich daher im Jahre 1992 auf die Übernahme und archivische Sicherung des Aktenschriftgutes aus den über vierzig Berliner Akademieinstituten und -einrichtungen, das von den Abwicklungsteams der inzwischen aufgelösten Institute und Einrichtungen dem Akademiearchiv übergeben wurde.

Um die beträchtlichen Aktenschriftgut-mengen archivisch sichern zu können, wurde 1992 mit großzügiger Unterstützung seitens KAI e.V. und der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung eine Außenstelle für das Akademiearchiv mit einer Lagerungskapazität von 3 km Akten eingerichtet. Die mit modernen Regalanlagen ausgestattete Archivaußenstelle ermöglichte auch die Auflösung der bisherigen vier Außenstellen des Archivs, die mit einer Ausnahme in keiner Weise archivischen Lagerungserfordernissen entsprachen. Insgesamt übernahmen die Archivmitarbeiter im Zeitraum 1990-1993 2500 lfm Akten, darunter 15000 Personalakten. Damit wurde das Akademiearchiv seiner ihm übertragenen Aufgabenstellung gerecht, das Aktenschriftgut der Zentralen Leitungsorgane und der Berliner Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR zu archivieren und für die Bearbeitung wissenschaftspolitischer und -geschichtlicher Fragestellungen bereitzustellen.

Einen entscheidenden Schritt hinsichtlich der Anbindung des Archivs an die neu zu errichtende Akademie der Wis-

senschaften stellte der von den Ländern Berlin und Brandenburg ausgearbeitete Staatsvertrag über die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften dar, der am 1. August 1992 in Kraft trat.

Artikel 12 des Staatsvertrages legte fest, daß die neukonstituierte Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften die Infrastruktureinrichtungen (Bibliothek, Archiv, Kustodie) der Gelehrtensozietät der ehemaligen AdW der DDR übernimmt. Nachdem die neue Akademie ihre Tätigkeit am 27. März 1993 aufgenommen hatte, fand am Tag darauf der Festakt zur Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (im folgenden BBAW) statt.

Eine vom Plenum der Akademie gewählte Kommission für Bibliotheks-, Archiv- und Publikationsangelegenheiten beriet in der Folgezeit die Übernahme des Archivs und seiner Bestände durch die Akademie, seine Aufgabenstellung und Struktur. Durch die Kommission wurde entschieden, daß der 1983 aus dem Akademiearchiv herausgelöste und in einer Kustodie zusammengefaßte Kunstbesitz der ehemaligen AdW wieder in die Abt. Sammlungen des Akademiearchivs zurückzuführen ist. Die Kommission arbeitete eine Archivordnung und eine Benutzungsordnung für das Archiv der BBAW aus, die am 17. Dezember 1993 vom Plenum der BBAW beschlossen wurden und am 1. Januar 1994 in Kraft traten. Seit dem 1. Januar 1994 ist

das Akademiearchiv nunmehr eine wissenschaftliche Einrichtung der BBAW.

So wie die BBAW sich ihrer Leibnizschen Tradition verpflichtet fühlt, so sieht das Archiv dieser jüngsten und zugleich ältesten Wissenschaftsakademie in Deutschland seine Aufgabe und Verantwortung darin, alle seit der Gründung der Kurfürstlich-Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften übernommenen Materialien und Akten zur Geschichte der Akademie in ihren verschiedenen

Phasen (einschließlich des Kunstbesitzes und besonderer Sammlungen zur Akademiegeschichte), Nachlässe von Gelehrten und Autographensammlungen zu sichern, zu ergänzen, zu erschließen und für eine umfassende Auswertung bereitzustellen.

Wolfgang Knobloch, Dr. phil., ist kommissarischer Leiter des Archivs der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Jochen Golz (Weimar):

Das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar - Geschichte und Gegenwart

Das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar, 1885 gegründet und seit 1896 in einem repräsentativen Archivgebäude hoch über der Ilm beheimatet, ist das älteste und traditionsreichste deutsche Literaturarchiv. Gegenwärtig besitzt es über 111 Nachlässe von Schriftstellern, Wissenschaftlern, Komponisten und bildenden Künstlern vorwiegend aus der Zeit von der Mitte des 18. bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts sowie acht Bestände institutioneller Herkunft, die teilweise bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hineinreichen, ferner eine Autographensammlung, in der ca. 3000 Persönlichkeiten vertreten sind.

Die wechselvolle Geschichte des Goethe- und Schiller-Archivs im einzelnen nachzuzeichnen ist hier nicht der Ort.⁽¹⁾ Einer ersten Phase des Aufbaus und der Bestandserweiterung weit über den klassischen Nucleus mit Goethe und Schiller hinaus, in der sich vornehmlich die Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar, die Initiatorin der von 1887 bis 1919 in 143 Bänden erschienenen Weimarer Goethe-Ausgabe, große und bleibende Verdienste erwarb, folgten Jahrzehnte, in denen allzu karge Mittel der öffentli-

chen Hand wissenschaftliche Stagnation zur Folge hatten; und wenn nicht die Goethe-Gesellschaft mit bedeutenden Zuwendungen das Archiv unterstützt hätte, wäre auch - damals und später - mancher Ankauf nicht zustande gekommen. Erst im Jahre 1946 verzichtete die großherzogliche Familie auf ihr Eigentumsrecht am Archiv zugunsten einer „Stiftung des deutschen Volkes“. Als dann im Jahre 1953 die Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar (NFG) gegründet wurden, fand das Goethe- und Schiller-Archiv, wie die anderen Weimarer Goethe-Institutionen auch, Aufnahme unter diesem organisatorischen Dach. Die NFG unterstanden zunächst der Deutschen Akademie der Künste in Berlin, später dann der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Kulturministerium der DDR (lange Jahre also dem „Buchminister“ Höpcke).

Durch diese organisatorische Einbindung war das Goethe- und Schiller-Archiv den seit den 60er Jahren zusehends rigider werdenden Herrschafts- und Verwaltungspraktiken der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in wesentlichen

Punkten entzogen.⁽²⁾ In ihrer Gründungsphase profitierten die Weimarer Forschungsstätten zudem von einer Politik der deutschen Einheit, in deren Kontext auch die klassische deutsche Kultur unter dem Aspekt nationaler Repräsentanz Förderung erfuhr - ein Aspekt im übrigen, der auch nach 1961, wenn gleich unter anderen, nunmehr „internationalen“ politischen Prämissen, von Belang blieb.

Aufs Ganze gesehen und sehr pauschal formuliert, hatten die NFG zwei Aufgaben zu erfüllen: zum einen die klassischen Kulturschätze Weimars gut zu verwahren - wissenschaftliche Betreuung und Erschließung einbegriffen - und den Ort ihrer Aufbewahrung Gästen aus aller Welt als „gute Stube“ der DDR zu präsentieren, zum anderen diese Schätze für eine „sozialistische“ Gegenwart produktiv zu machen. Wägt man beides gegeneinander ab, so erwies sich die erste Aufgabe als die prägende und am Ende auch historisch tragfähigere. Im Archiv hat sie aufgrund der Spezifik seiner Aufgaben ohnehin im Mittelpunkt gestanden.

In Weimar eröffneten sich so gewisse Spielräume, die insbesondere auch von Karl Heinz Hahn, dem langjährigen Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs, mit versatiler Diplomatie, mit Energie und Weitblick genutzt werden konnten. Die Erschließung der Bestände, jahrzehntelang mangels wissenschaftlichem Personal aufgeschoben, konnte nunmehr endlich begonnen werden. 1961

legte das Archiv ein erstes Bestandsverzeichnis im Druck vor. Zeitgleich erfolgte die Sicherungsverfilmung der bedeutendsten Bestände. Weitgespannte editorische Projekte wurden in Angriff genommen: die Erneuerung der Weimarer Goethe-Ausgabe in ihren Abteilungen III (Tagebücher) und IV (Briefe) - beides in den 70er Jahren abgebrochen -, die Ausgabe der an Goethe gerichteten Briefe in Regestform, die Heine-Säkularausgabe, eine Ausgabe sämtlicher Briefe Herders. Erhalten blieb dem Archiv die institutionelle Verantwortung für die Fortführung der 1940 begonnenen Schiller-Nationalausgabe.

Mit der letzten Bemerkung tritt der Aspekt der Kooperationsbeziehungen in den Blick. Allen politischen Widrigkeiten zum Trotz war es gelungen, die Schiller-Nationalausgabe als deutsch-deutsches Editionsunternehmen weiterzuführen. Herausgeber und Mitarbeiter aus der Bundesrepublik arbeiteten regelmäßig im Goethe- und Schiller-Archiv und wurden ebenso freundlich und fachkundig betreut wie andere Benutzer, die sich aus allen Weltgegenden einfanden. Für die Mitarbeiter des Archivs eröffnete sich die kleine Chance, das reale Eingesperrtsein durch fachlich-freundschaftliche Kommunikation (mündlich und brieflich) mit Archivbesuchern aus der anderen Hemisphäre wenigstens im Geiste zu kompensieren. Auf welche Weise freilich solche Kontakte, wie begründet zu vermuten steht, überwacht wurden, bleibt ein noch unaufgehelltes Kapitel.

Denn bei alledem soll auch nicht der

Eindruck allgefälliger Harmonie und schrankenloser Weltoffenheit erweckt werden. Entscheidungen über Archivbenutzung wurden auch nach Maßgaben politischer Opportunität getroffen. Und daß sich Widersprüche aufaten zwischen der internen Nutzung von Archivalien und daraus erwachsenden Publikationsvorhaben, gehört ebenfalls zu den Rahmenbedingungen archivarischer Arbeit in der DDR. Wohl war der Nachlaß Nietzsches - um ein markantes Beispiel zu geben - allen Wissenschaftlern uneingeschränkt zugänglich, doch hatten die wenigen Benutzer aus der DDR, sofern sie ihren Gegenstand historisch angemessen behandeln wollten, kaum eine Chance, Resultate ihrer Arbeit über den mit dem Bannfluch belegten Philosophen zu veröffentlichen.

Wenngleich das klassische Weimar in der DDR nicht zuletzt als Vorzeigebjekt fungierte, so ließ die chronische Finanzschwäche des Staates - resultierend aus einer rasant schrumpfenden Wirtschaftskraft - längst nicht alle notwendigen Verschönerungen der „guten Stube“ zu. Und zu den Preziosen, die dem Staatsgast zuallererst in die Augen fallen sollten, zählten die Archivalien des Goethe- und Schiller-Archivs eben nicht. Trotz aller Bemühungen der Archivare um gute konservatorische Bedingungen entstanden hier erhebliche Defizite. Und was die Ergänzung der Bestände betrifft, so war dem Archiv der westliche Autographenmarkt, von gelegentlichen Prestigekäufen abgesehen, verschlossen. Für das langfristige Programm der

Erschließung der Bestände wirkte sich überdies hemmend aus, daß die personelle Kapazität des Hauses weitgehend von den Editionsprojekten beansprucht wurde. Hinzu kam, daß mit der intensiveren Reflexion anstehender Sachfragen und daraus erwachsender Methodendiskussionen die Erschließungsarbeiten sich im Detail komplizierter und damit auch langwieriger gestalteten.

Der Zusammenbruch der DDR und die im Jahre 1990 sich anschließende politische Umbruchphase vor der Vereinigung setzte auch an den NFG einen Prozeß der Selbstfindung und Selbstbestimmung in Gang, in dessen Verlauf insbesondere die Besinnung auf die kulturelle Identität dieser Institution sich als stabilisierendes Moment erwies. Vor allem der damit verbundene Aspekt nationaler Repräsentanz der klassischen deutschen Kultur veranlaßte die Kulturabteilung des Bundesministeriums des Innern, politische Verantwortung für die Weimarer Institutionen zu übernehmen, ihren personellen Bestand im wissenschaftlichen Bereich und eine ausreichende Gesamtfinanzierung zu garantieren. Im Herbst 1991 wurden die NFG unter dem neuen Namen Stiftung Weimarer Klassik in eine unselbständige Stiftung umgewandelt, die im Juli 1994 kraft Gesetz des Freistaates Thüringen die Selbständigkeit erlangte. Das Stiftungsgesetz legt auch die anteilige Finanzierung der Stiftung durch die drei Zuwendungsgeber Bund, Freistaat Thüringen und Stadt Weimar fest. Überdies hat der Bund die mittelfristige Finanzie-

rung der Stiftung Weimarer Klassik zugesagt.

Für die Tätigkeit des Goethe- und Schiller-Archivs, das weiterhin eine eigene Fachdirektion jetzt innerhalb der Stiftung bildet, brachten all diese Veränderungen merkliche Verbesserungen mit sich. Nunmehr endlich konnten unter der Leitung von Gerhard Schmid wirksame Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der Bestände ergriffen werden. Von 1990 an erhielt das Archivgebäude moderne Alarm- und Brandschutzanlagen, konnte moderne Klimatechnik installiert werden, wurde ein langfristiges Programm der Neuverpackung der Archivalien in säurefreie Kartons in Angriff genommen. Es konnte ein zweiter Benutzerraum eingerichtet werden, der dank seiner modernen technischen Ausstattung hervorragende Arbeitsmöglichkeiten bietet. Ein Großteil der Benutzungen kann nun an Filmlesegeräten erfolgen, während die Vorlage der Originale gezielten Fragestellungen vorbehalten bleibt. Durch die großzügige Unterstützung eines amerikanischen Sponsors wurden die für Restaurierungsarbeiten zur Verfügung stehenden Mittel spürbar erhöht, wenngleich hier - eine allgemeine Erfahrung - der Umfang der zu bewältigenden Aufgaben enorm hoch, der Aufwand entsprechend kostenintensiv und zeitraubend sein wird. Erheblich mehr Mittel als vordem erhält das Archiv heute für Ankäufe, wobei es in jüngerer Zeit bei der Erwerbung bedeutsamer Archivalien auch mehrfach die Unterstützung des Freistaates Thüringen, der

Kulturstiftung der Länder und privater Sponsoren in Anspruch nehmen konnte.

Läßt sich für die materiell-technischen Voraussetzungen der Archivtätigkeit nach Quantität und Qualität ein deutlicher Zuwachs ausmachen, so gilt dies in ähnlicher Weise für die Arbeitsinhalte. Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Archiv konnte annähernd konstant gehalten werden - Evaluationen fanden nicht statt -, und für einige Projekte hat, wie im einzelnen zu beschreiben sein wird, die Deutsche Forschungsgemeinschaft seither Mittel bereitgestellt. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Arbeitsvorhaben, die seit längerem im Archiv in Vorbereitung waren, nunmehr aber erst durch Drittmittelförderung rascher vorangebracht werden können. Es liegt im Wesen archivari-scher Tätigkeit, die sich auf längere Zeiträume einrichten muß, daß in der Relation von Kontinuität und Innovation der Kontinuität Priorität zukommt. Förderung durch Drittmittel erweist sich auch deshalb als notwendig, weil mit dem Wegfall der Reisebeschränkungen die Anforderungen an die Auskunftstätigkeit sowie an Beratung und Betreuung der Archivbenutzer enorm gewachsen sind und die Facharchivare durch solche laufenden Aufgaben immer stärker in Anspruch genommen werden.

Die Ordnung und Erschließung der Bestände, mündend in die Erarbeitung endgültiger Findbücher und Inventare sowie die Ergänzung des bestandsübergreifenden Briefregisters, gehört zu den ständigen Aufgaben des Archivars, und für

eine Reihe von Beständen des Hauses konnten endgültige Findbücher bereits erarbeitet werden. Der umfassendste und bedeutendste Bestand des Hauses aber, der in 480 Archivkästen lagernde Nachlaß Goethes, konnte bislang nicht so intensiv erschlossen werden, wie es seiner forschungsgeschichtlichen Relevanz entspricht. Mit der Einrichtung einer eigenen Abteilung Inventare und einer Förderung durch die DFG sind nunmehr bessere Voraussetzungen für eine zügigere Bearbeitung des Goethe-Bestandes geschaffen worden. Nach dem methodischen Beispiel des 1989 publizierten Schiller-Inventars soll ein voraussichtlich siebenbändiges, nach literarischen Gattungen gegliedertes Goethe-Inventar in Buchform vorgelegt werden.

Nicht nur mit Blick auf das Goethejahr 1999, in dem Weimar zugleich Kulturstadt Europas sein wird, kommt diesem Vorhaben erhebliche Bedeutung zu. Es bildet die unerläßliche Voraussetzung für eine neue historisch-kritische Ausgabe von Goethes Gesamtwerk, wie sie seit längerem als dringende Aufgabe vor der germanistischen Editionsphilologie steht. Von den teils fehlgeschlagenen, teils erfolgreichen Bemühungen des Archivs auf diesem Felde war bereits die Rede. Das Jahr 1990 gab auch den Goethe-Editionsplänen eine neue wissenschaftspolitische Dimension. In Abstimmung mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen übernahmen die NFG die Aufgabe, Goethes Tagebücher nach den in Weimar nahezu vollständig vorhandenen Handschriften historisch-

kritisch herauszugeben. Seit Beginn dieses Jahres sind die Editionen, die an der Stiftung zwischenzeitlich einen selbständigen Bereich bildeten, strukturell als eigene Abteilung wieder dem Archiv zugeordnet. Die auf 20 Bände berechnete Ausgabe von Goethes Tagebüchern wird 1996 zu erscheinen beginnen. Für die Erneuerung der Briefabteilung der Weimarer Ausgabe, ebenfalls ein älteres Weimarer Projekt, erweist sich die inventarisierende Erfassung sämtlicher überlieferter Goethe-Briefe in Gestalt eines computergestützten Repertoriums als notwendig, wie es von Paul Raabe als Projekt der Krupp-Stiftung in Wolfenbüttel begründet und aufgebaut worden ist. Im Goethe- und Schiller-Archiv wird das Projekt abgeschlossen und in Prolegomena zu einer neuen Goethe-Briefedition überführt werden.

Mit der strukturellen Zuordnung der Editionen zum Goethe- und Schiller-Archiv sind dessen genuine wissenschaftliche Aufgaben - intensive Erschließung der Bestände und öffentliche Präsentation von Forschungen am Material in Gestalt von Inventaren, Repertorien und Editionen - wieder unter einem Dach vereinigt. Neben die Ausgabe von Goethes Tagebüchern tritt als neues umfangreiches Editionsprojekt eine historisch-kritische Edition der Werke, Schriften und Briefwechsel Ludwig Achim von Arnims, für die auch auf den Archivbestand Achim und Bettina von Arnim zurückgegriffen werden kann. Ältere Editionsprojekte wie die Schiller-Nationalausgabe, die Heine-Säkularausgabe und die Ausga-

be von Herders Briefen sind in den nächsten Jahren zum Abschluß zu bringen.

Für all die beschriebenen Arbeitsvorhaben kann inzwischen auch die EDV in Anspruch genommen werden. Das gilt für die Editionsprojekte, die teilweise schon auf der Basis spezieller Programme für wissenschaftliche Textverarbeitung wie z.B. TUSTEP entstehen, und trifft auch für die Erschließungsvorhaben zu, wobei hier gegenwärtig noch Verfahren der Entwicklung und Erprobung im Einsatz sind. Die notwendige EDV-Grundausstattung ist vorhanden, deren weiterer Ausbau ein dringendes Erfordernis. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Aufbau einer zunächst archivinternen Datenbank mit biographischen Informationen zu Personen der Goethezeit zu, die in Kooperation zwischen der Universität Saarbrücken und dem Goethe- und Schiller-Archiv in den nächsten zwei Jahren mit DFG-Förderung als Modell entwickelt wird. In diese Datenbank werden nicht nur gedruckte Briefregister und hausinterne Arbeitsmittel wie Briefkarten Eingang finden, sondern ebenso auch bereits vorhandene Bestandsverzeichnisse, die auf diese Weise einem rascheren Zugriff verfügbar gemacht werden sollen. Ob diese Datenbank später auch auswärtigen Benutzern zugänglich gemacht werden kann, bleibt der weiteren technischen Entwicklung anheimgestellt.

Mit alledem verband sich für das Goethe- und Schiller-Archiv auch die Be-

stimmung seiner Position in der Landschaft der Literaturarchive. Daß diese nicht umstürzend neu ausfallen mußte, ist historisch unschwer zu erklären. Die langfristigen wissenschaftlichen Projekte des Archivs konnten fortgeführt und durch neue Vorhaben ergänzt werden, und die vor Jahrzehnten getroffene Entscheidung, die Erwerbungsstrategie des Archivs prinzipiell auf die Ergänzung und Anreicherung der bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts reichenden Bestände einzugrenzen, bedurfte keiner Revision. Die Lösung vielfältiger archivischer Aufgaben machte auch in DDR-Zeiten zahlreiche praktische Kooperationsbeziehungen auf deutsch-deutscher oder internationaler Ebene notwendig. Je nach ihrer kultur- oder gar außenpolitischen Relevanz funktionierten sie auf der Ebene der Leitungshierarchie mehr oder weniger reibungslos, wobei die jeweils herrschende politische Gesamtkonstellation eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Daß es beispielsweise gelang, die Schiller-Nationalausgabe durch alle politischen Fährnisse zu steuern, muß heute fast als ein Wunder, jedenfalls als Ergebnis wissenschaftlichen Verantwortungsbewußtseins wie politischer Kompromißbereitschaft angesehen werden - im einzelnen wäre hier sehr vieles differenzierend anzumerken, und eines Tages sollte die Geschichte der Schiller-Nationalausgabe wirklich geschrieben werden. Daß es gelang, für die Heine-Säkularausgabe das Centre National de la Recherche Scientifique in Paris als Mitherausgeber zu gewinnen, war nicht nur für die praktische Editionsarbeit von erheblichem

Wert - problemlose Nutzung der Pariser Heine-Handschriften und Finanzierung solcher Archivreisen -, sondern auch ein geschickter Schachzug im Sinne der Anerkennungspolitik der DDR. Im Gegensatz zu den Kooperationsbeziehungen auf „hoher“ Ebene, die von mancherlei politischen Krisenfällen begleitet und beeinflusst wurden, funktionierten die „Basis“-Beziehungen - wenn sie denn, was selten genug geschah, zustande kommen konnten - im allgemeinen komplikationslos. So schwierig sich beispielsweise lange Zeit die „Gipfel“-Beziehungen zwischen Weimar und Düsseldorf auf dem Felde der an beiden Orten entstehenden Heine-Ausgaben gestalteten, die Weimarer Editoren selbst haben in Düsseldorf stets ein Klima uneigennütziger Hilfe und Unterstützung vorgefunden.

Anmerkungen:

[1] Dazu im einzelnen Gerhard Schmid: 100 Jahre Goethe- und Schiller-Archiv. In: *Goethe-Jahrbuch* 102 (1985), S. 251-264.

[2] Zum „Sicherheits- und Abgrenzungswahn“ der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, der Beschränkungen der persönlichen und wissenschaftlichen Freiheit der Mitarbeiter zur Folge hatte, wie zur Problematik generell vgl. die in der Sache überzeugenden, im historischen Detail sorgfältig differenzierenden Anmerkungen von Gerhard Schmid: Prolegomena zur Archivgeschichte der DDR. Eine Wortmeldung zur Einheit im deutschen Archivwesen. In: *Der Archivar* 43 (1990), S. 501-516.

Es gehört zu den guten und wahrhaft motivierenden Ergebnissen der deutschen Vereinigung, daß nunmehr auf allen Ebenen kollegial und einvernehmlich kooperiert werden kann. Die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, das Goethe-Museum Düsseldorf, das Freie Deutsche Hochstift Frankfurt am Main und das Deutsche Literaturarchiv Marbach - um einige wichtige Adressen zu nennen -, sie alle haben ihre spezifischen, historisch gewachsenen Sammlungsgebiete und daraus resultierende wissenschaftliche Aufgaben. Hier die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zu suchen sieht das Goethe- und Schiller-Archiv nicht zuletzt als seine Aufgabe an.

*Jochen Golz, Dr. phil. habil., ist
Direktor des Goethe-Schiller-Archivs*

THEMA II: Singularitäten 4. Folge

Rosemarie Konschak & Bernd Markert (Zittau):

Das Internationale Hochschulinstitut Zittau

1. Einführung

Das Internationale Hochschulinstitut Zittau - kurz IHI Zittau genannt - wurde am 15. Februar 1993 gegründet. Im gleichen Jahr wurden zum Wintersemester die ersten Studenten immatrikuliert. Damit ist das IHI Zittau die jüngste universitäre Hochschuleinrichtung des Freistaates Sachsen.

In dieser Kurzform dargestellt, registriert man vielleicht: Sachsen leistet sich nunmehr fünf Universitäten. Neben den renommierten Universitätsstätten in Dresden, Leipzig, Chemnitz-Zwickau, Freiberg taucht da der Name Zittau auf. Zittau ist eine eher kleine Stadt, aber doch mit einer bereits über 100jährigen Bildungstradition in ihren Mauern und einer sehr interessanten geographischen Lage. Zittau, die Stadt am Dreiländereck zwischen der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Bun-

desrepublik Deutschland. Zittau, die Stadt in der Euroregion Neiße. Hochschullehrer der Hochschulen der Euroregion Neiße arbeiten seit vielen Jahren sehr kooperativ zusammen. Man ist sich einig in dem Bemühen, diese bisherige gute Zusammenarbeit fortzuführen und neue Ziele in Ausbildung und Forschung zu realisieren. Besonders intensiv diskutierten dazu Hochschullehrer miteinander von der

- TU Liberec (Reichenberg), Tschechische Republik
- Ökonomischen Akademie Oskar Lange Wrocław (Breslau), Republik Polen
- TU Wrocław (Breslau), Republik Polen
- TU Gliwice (Gleiwitz), Republik Polen und der
- HTWS Zittau/Görlitz (FH).

Im Herbst 1991 legten diese Hochschulen konzeptionelle Thesen zur Gründung

eines internationalen Hochschulinstituts im Dreiländereck vor. Damit reagierte man auch auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates der BRD vom Juli 1991.

Einig war man sich von Anfang an über das Ziel dieses Instituts:

Die gemeinsame Ausbildung tschechischer, polnischer und deutscher Studenten zu Absolventen, die in der Lage sind, aufbauend auf einem breiten und komplexen Fachwissen, interdisziplinär zu denken und zu arbeiten, wesentlich für einen grenzüberschreitenden Wissens- und Technologietransfer zu wirken und Träger des neuesten wissenschaftlichen Know-how zu sein.

Die Ideen und die international erarbeitete Konzeption des Hochschulinstituts fanden bei der Sächsischen Staatsregierung Beachtung. 1992 wurde das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst per Gesetz zur Gründung eines Deutsch-Polnisch-

2. Studienform und Studieninhalte

Am Internationalen Hochschulinstitut Zittau können deutsche, polnische und tschechische Studenten im Hauptstudium in den Studiengängen

- Umwelttechnik
- Betriebswirtschaftslehre und
- Wirtschaftsingenieurwesen studieren.

Zugangsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Direktstudiums am IHI Zit-

Tschechoslowakischen Hochschulinstituts ermächtigt. Damit fanden sich die Initiatoren dieser gemeinsamen Bildungsidee bestätigt. Die Beratungen zum künftigen Ausbildungsprofil, der Ausbildungsdauer und der Ausbildungsinhalte des Studiums am internationalen Hochschulinstitut waren jedoch nicht immer leicht.

Die selbstgestellte Aufgabe und das Ziel, ein wirklich neuartiges Bildungsprojekt zu entwickeln, das sich bewußt den Aufgaben eines Europa 2000 stellt und seine Förderung eindeutig dem Osten widmet, ließ alle Beteiligten mit großem Engagement und über eigene Grenzen hinwegdenkend arbeiten.

Zur feierlichen Gründung des „Internationalen Hochschulinstituts Zittau“ im Februar 1993 war die Freude groß. Neu aufgenommen in den Kreis der aktiven Mitgestalter des IHI Zittau war zu diesem Zeitpunkt die TU Bergakademie Freiberg.

tau sind ein universitäres Vordiplom (4 Semester) und der Nachweis der sprachlichen Voraussetzungen. Für die ausländischen Studienbewerber ist der Nachweis der bestandenen Deutschprüfung (PNdS) Immatrikulationsvoraussetzung.

Sehr interessant dürfte das Studienangebot für FH-Studenten sein, die mit einem FH-Vordiplom und einem erfolgreich absolvierten Brückensemester am

IHI Zittau auch die Zugangsvoraussetzungen für das universitäre Studium erwerben können.

Das Studium am IHI Zittau umfaßt 6 Semester. Damit beträgt für die IHI-Absolventen die Regelstudienzeit 10 Semester.

Der Studienablauf am IHI Zittau gliedert sich in

- | | |
|---------------------|------------------|
| - Fachstudium | 1. - 3. Semester |
| - Auslandspraktikum | 4. Semester |
| - Fachstudium | 5. Semester |
| - Diplomarbeit | 6. Semester |

Schwerpunkte der Ausbildung sind im

Studiengang Umwelttechnik:

- Gesellschaftliche Probleme des Umweltschutzes
- Grundlagen der Umweltwissenschaften
- Umweltanalytik
- Umweltverfahrenstechnik
- Umweltinformatik
- Umweltsystemwissenschaft

Studiengang Betriebswirtschaftslehre:

- Betriebswirtschaftslehre
- Volkswirtschaftslehre
- Rechnungswesen, Bilanzen, Steuern
- Marketing, Beschaffung, Absatz, Logistik
- Unternehmensführung, Controlling
- Recht
- Wirtschaftsinformatik
- Kommunal-, Regional- und Energiewirtschaft, Umweltökonomie

Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen:

- Kommunal- und Regionalwirtschaft
- Energiewirtschaft und Umweltökonomie
- Material-, Fertigungswirtschaft, Logistik
- Produktions- und Fertigungstechnik CIM
- Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik
- Betriebswirtschaftslehre
- Unternehmensführung, Controlling
- Recht
- Wirtschaftsinformatik
- Territoriale Versorgungs- und Entsorgungstechnik
- Energie- und Verkehrstechnik

Breiten Raum nimmt in allen 3 Studiengängen die Sprachausbildung und interkulturelle Ausbildung ein. Neben einer Europasprache gehört für die deutschen Studenten auch das Erlernen der polnischen oder tschechischen Sprache zum Studieninhalt. Mit der interkulturellen Ausbildung wird ein weiter Bogen von der Historie der drei Nachbarländer bis zu heutigen internationalen Managementstrategien gespannt. Absolventen des IHI Zittau wissen einfach mehr über die Geschichte und Besonderheiten Deutschlands, Polens und Tschechiens. Nicht zuletzt deshalb sind wir überzeugt, daß sie kompetente und gefragte Fachleute sein werden, die beste Chancen besonders auf dem mittel- und osteuropäischen Arbeitsmarkt haben.

3. Forschungsprojekte

Bereich Umweltanalytik

In Zusammenarbeit mit der International Union of Biological Sciences (IUBS) und der International Association of Ecology (INTECOL) sollen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene *Elementkonzentrationskataster in Ökosystemen* (ECCE) erstellt werden. Dazu wird eine weltweite Datenbasis für alle chemischen Elemente in unterschiedlichen Umweltmatrizes (Boden, Wasser, Luft, Pflanzen) unter besonderer Berücksichtigung der Schwermetallkontamination erstellt. In einfach lesbaren Weltkarten soll die globale Verteilung der Elemente besonders veranschaulicht werden. Ein synthetisches Referenzsystem für alle relevanten Umweltmatrizes wird entwickelt.

Unter Einsatz lebender Organismen sollen der Zustand der Umwelt und bestehende Belastungen mit dem Schwerpunkt in der Euroregion Neisse erfaßt werden (*Biomonitoring*). Neben Moosen als pflanzliche Organismen, die als typische Oberflächensiedler kein Wasser aus tieferen Erdschichten aufnehmen, werden im Zuge des Tierschutzes vor allem Nicht-Wirbeltiere berücksichtigt (Weberknechte, Regenwürmer, Schnecken, Muscheln und Kleinkrebse).

Zur Entwicklung alternativer Tierversuchskonzepte mit „schmerzfreiem biologischem Material“ sollen frühe Entwicklungsstadien von Zebraäbrbling und Forelle im Ei auf ihre Eignung im Rah-

men des Biomonitoring geprüft werden. In diesem Zusammenhang sollen auch Einsatzmöglichkeiten von Mikroorganismen im Biomonitoring untersucht werden.

Die aktuelle Verteilung von Schwermetallen in abgestoßenen Geweihen des Damhirschs *Dama dama* in ausgesuchten Industrie- und unbelasteten Vergleichsregionen Mitteleuropas soll ermittelt und in Beziehung zu ermittelten Belastungswerten von Sammlungsgeweihen aus früheren Jahrzehnten gesetzt werden, um Trendanalysen zu ermöglichen (Kooperation mit den Universitäten Köln und Münster).

Im Rahmen von EU-geförderten Maßnahmen sollen biologische *Referenzmaterialien* hergestellt und zertifiziert werden. Derartige Materialien dienen zur Kontrolle und Sicherung der chemischen Umweltanalytik. Sie ermöglichen eine objektive Überprüfung der Exaktheit und Richtigkeit von Analyseergebnissen.

Bereich Ökotoxikologie

Bei Wassermoosen soll in Zusammenarbeit mit der Universität Halle und dem Umweltforschungszentrum (UFZ) Leipzig-Halle die Bildung von *Photochelatoren* als Reaktion auf eine Schadstoffexposition untersucht werden.

Die Wirkungen von zinnorganischen und anderen *metallorganischen Verbindun-*

gen auf besonders sensitive Zeigerarten, wie Schnecken und Muscheln werden im Süß- und Meerwasser untersucht. Diese Projekte werden in Kooperation mit der Universität Münster, den Universitäten Rennes und Paris in Frankreich und dem Ministerium für Meeresangelegenheiten (Department of the Marine) in Irland durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist das IHI Zittau an einem vom Umweltbundesamt Berlin geförderten Projekt zur Kalibrierung verschiedener Effektmonitore für Tributylzinn an Nord- und Ostseeküsten beteiligt. In Zusammenarbeit mit der Universität Münster sind Versuche mit Zellkulturen von Säugetieren geplant. Damit soll eine fundierte Datenbasis erarbeitet werden, die eine Abschätzung eines möglichen Gefährdungspotentials des Tributylzinn für den Menschen ermöglicht.

Bereich Umweltverfahrenstechnik

Der Einsatz von Pflanzen bei der Entgiftung schwermetallbelasteter Böden soll im Labormaßstab untersucht werden. Dabei werden Pflanzen verwendet, die in der Lage sind, Schwermetalle anzureichern. Es wird angestrebt, die im Pflanzenmaterial konzentrierten Elemente einer Wiederverwertung zuzuführen.

Ein weiteres Bodenreinigungsverfahren, das am IHI Zittau untersucht wird, ist die biologische Behandlung von schwermetallbelasteten Böden mit Bakterien, die eine - weitgehend selektive - Freisetzung bestimmter Schwermetalle aus

der Bodenmatrix bewirken. Die dabei anfallenden belasteten Waschwässer können mit bewährten chemisch/physikalischen Methoden gereinigt werden. Für den anfallenden hochschwermetallhaltigen Schlamm wird eine Aufbereitung zur Wiederverwertung der Metalle geprüft.

Zur weitergehenden Reinigung organisch und anorganisch kontaminierter Wässer soll der praktische Einsatz spezialisierter Bakterienkulturen untersucht werden. Die akut ökotoxische Wirkung von gelösten Schadstoffen, wie z.B. Schwermetallionen, soll mittels Biosensortechniken erfaßt werden. Hier ist eine Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart und der Technischen Universität München geplant.

Im Stadtgebiet Zittaus soll ein Meßsystem aufgebaut werden, das es erlaubt, die Umweltqualität engmaschiger zu überprüfen, als dies mit den vorhandenen Meßeinrichtungen möglich ist. Integrale Bestandteile der Meßeinrichtungen werden verschiedene Bioindikatoren sein, die eine kumulative Schadstofffassung zulassen.

In interdisziplinärer Zusammenarbeit mit dem Bereich Betriebswirtschaft des IHI Zittau sollen alternative Sanierungsmöglichkeiten für Tagebaureste untersucht werden. Insbesondere soll geprüft werden, unter welchen Bedingungen derartige Gelände städtebaulich genutzt werden können.

Bereich Ökosystemforschung

Das IHI Zittau ist über einen FE-Vertrag beteiligt am BMFT-Verbundprojekt „Untersuchung der Veränderung von Wald-Ökosystemen in der standörtlich differenzierten, seit Jahrhunderten extrem belasteten Industrielandschaft Osterzgebirge und Ableitung von Vorschlägen zur Stabilisierung der Wälder“ (1994-98).

Ziel ist die Quantifizierung meteorologischer, hydrologischer und pedologischer Umweltfaktoren und Zustandsgrößen für Waldökosysteme sowie des Wasserhaushaltes als Träger des Stoffhaushaltes (in der Region Tharandter Wald, Erzgebirge, Sächs. Schweiz, Zittauer Gebirge und Iser-Gebirge). Kooperation mit TU Dresden, TU Prag, Universität Beyreuth, Universität Göttingen.

Das IHI Zittau errichtet 1995 eine eigene ökologische Forschungsstation, in der experimentelle Untersuchungen zum Bodenwärme- und -wasserhaushalt in Abhängigkeit von den meteorologischen, hydrologischen, pedologischen Standortfaktoren und der phänologischen Entwicklung von Pflanzenbeständen (landw. Kulturen) durchgeführt werden, beglei-

4. Stand und künftige Entwicklung des IHI Zittau

Der Freistaat Sachsen fördert das IHI Zittau seit seiner Gründung in herausragender Weise. In einer Rechtsverordnung sind grundlegende Dinge festgeschrieben, wie z.B. die Rechtsstellung

tet von mathematischen Modellierungen zum Wasser-, Wärme- und Stoffhaushalt sowie zur Pflanzenentwicklung. Mitarbeit im Internationalen Geosphäre-Biosphäre Programm (IGBP).

Begleitende experimentelle und theoretische Untersuchungen zu diesen Forschungsschwerpunkten für Wald- und Agrarökosysteme sind folgenden Themen gewidmet:

- Verdunstung/Transpiration als regulierender Prozeß des Wasser- und Energiehaushaltes
- Wasser als Streßfaktor in der Biosphäre
- Wirkung möglicher Klimaänderungen auf Wasserhaushalt und Biosphäre.

Bereich Regionalisierung

Übertragung punktförmig gewonnener Informationen zum Wasser-, Wärme- und Stoffhaushalt, zu Parametern und Zustandsgrößen der Umweltmedien Boden, Wasser, Luft auf regionale Flächen mit Hilfe mathematischer Modelle und geographischer Informationssysteme (Teilprojekt innerhalb des DFG-Schwerpunktprogrammes „Regionalisierung in der Hydrologie, Laufzeit 1994 - 98“).

als Körperschaft des öffentlichen Rechts, dem Recht zur Selbstverwaltung, dem Recht zur Promotion, dem universitären Status. Die zugewiesenen Finanzen in einem eigenen Haushaltskapitel erlau-

ben eine selbständige Bewirtschaftung. Die besondere Förderung des IHI Zittau durch den Freistaat wird sehr deutlich in der monatlichen Zahlung einer Studienbeihilfe von 500,- DM an die ausländischen Studenten.

Die Studentenzahlen sind deshalb vorerst auch festgeschrieben. Pro Jahrgang können 100 Studenten immatrikuliert werden, davon sind 2/3 der Studienplätze polnischen und tschechischen Studenten vorbehalten.

Zur Zeit studieren am IHI Zittau 85 Studenten, darunter 48 ausländische Studenten. Große Schwierigkeiten bereiten den polnischen und tschechischen Studenten die Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse. Wir sind aber sicher, daß bei längerfristiger Sprachvorbereitung an den Heimathochschulen mehr Studenten befähigt werden können, die Sprachhürde zu überwinden.

Das IHI Zittau soll sich nicht zu einer Massenuniversität entwickeln. Die Studentenzahlen werden 300 nicht wesentlich übersteigen. Über eine Erweiterung der Studiengänge wird mittelfristig nachgedacht. Das Studienangebot um eine soziologische Komponente zu erweitern, wäre sicher sehr sinnvoll.

Bisher sind dem IHI Zittau 18 Personalstellen, davon 4 Professuren und 10

wissenschaftliche Mitarbeiter zugewiesen. Die Lehre wird auch von Honorarlehrkräften der 5 Partnerhochschulen durchgeführt. Damit ist das IHI Zittau in der Lage, die eigene Lehrkapazität ständig mit ausgewiesenen internationalen Hochschullehrern zu potenzieren. Das wird als ganz entscheidender Vorzug des IHI Zittau verstanden.

Das IHI Zittau befindet sich noch im Aufbau. Zwei Studentenjahrgänge sind im Haus. Die Mitarbeiter des IHI Zittau stehen jedoch mit ganzem Elan und großer Begeisterung zu ihren Aufgaben. Der verlangte hohe Einsatz, der Können, Flexibilität und auch viel Verständnis voraussetzt, wird von allen erbracht, einschließlich der Studenten des IHI Zittau. Wir wollen nicht durch Größe, sondern durch Leistung überzeugen und das in der Stadt Zittau, die mit ihrer zentralen Lage im Dreiländereck für den Sitz des Internationalen Hochschulinstituts geradezu prädestiniert ist.

Danksagung:
Den Mitarbeitern des IHI Zittau sei für die Unterstützung bei der Zusammenstellung dieses Artikels gedankt.

*Rosemarie Konschak, Dr.-Ing.,
Regierungsoberärztin, ist Verwaltungsleiterin des IHI Zittau. Bernd Markert,
Prof. Dr. rer.nat., ist Lehrstuhlinhaber
für Umweltverfahrenstechnik und
Direktor des IHI*

Michael Franzke (Leipzig):

Die doppelte Verweigerung - Anmerkungen zu Theodor Litt in Leipzig

Das Wirken Theodor Litts ist aufs engste mit der Leipziger Universität verbunden. Mit dem Wintersemester 1920/21 begann er seine Lehr- und Forschungstätigkeit an dieser altherwürdigen Bildungsstätte.

Nachdem Litt sein Studium in Bonn und Berlin (1899 - 1904) mit der Promotion abgeschlossen hatte, schlug er zunächst die Lehrerlaufbahn ein. Der Versuch, die sich mit und im 1. Weltkrieg zuspitzenden sozialen Krisenprozesse theoretisch zu durchdringen, veranlaßte ihn zur Aufnahme intensiver philosophischer Forschungsarbeiten. Gefördert durch Ernst Troeltsch gelang ihm 1918 nach über zehnjähriger Oberlehrertätigkeit in Köln (1906 - 1918) ein „Seiteneinstieg“ an der Universität Bonn als außerplanmäßiger und außerordentlicher Professor, ohne habilitiert zu haben. Am 1. Oktober 1920 wurde er dann zum ordentlichen Profes-

sor der Philosophie und Pädagogik an die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig berufen. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Dresden ernannte ihn zudem zum Direktor des Instituts für Erziehungswissenschaft und Jugendkunde und des philosophisch-pädagogischen Seminars.¹ Im letzten Studienjahr der Weimarer Republik 1931/1932 war er Rektor der Leipziger Universität.

In seiner Rede anlässlich der Übernahme des Rektorats nahm er zum Thema „Hochschule und Politik“ Stellung und griff damit in exponierter Weise in die damals kontrovers geführte Diskussion zu hochschulpolitischen Grundfragen ein. Litt wies die von verschiedenen Parteien mit je eigenen Ambitionen erhobene Forderung zurück, daß die Universitäten sich der Politik als theoretischen Unterbau zur Verfügung stellen sollen. Zur

Begründung seiner Position führte er unter anderem aus: „Falls sie (die Universität - M. F.) sich entschlösse oder dahin bringen ließe, jener Aufforderung Folge zugeben, so würde sie damit unweigerlich das preisgeben, worin man von je, und nicht zum wenigsten im Augenblick zu dem platonischen Ideal, ihren Wesenskern erblickt hat: preisgeben würde sie ihren Charakter als Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre.“² (hervorgehoben von T. L.)

Litt verband damit aber nicht die Meinung, daß sich die Wissenschaft abseits der Politik zu stellen habe, diese einfach ignorieren könne. Worauf es aber ankomme, sei, wie die Universität ihr Verhältnis zur Politik bestimmt. Es dürfe nicht dazu kommen, „die von der wissenschaftlichen Arbeit zu fordernde Offen-

heit für die Probleme des politischen Handelns umzufälschen in eine (partei)politische Abhängigkeit.“³ Nur eine uneingeschränkte Autonomie in Bezug auf die Beantwortung dieser Grundsatzfrage wissenschaftlicher Arbeit könne sicherstellen, daß die Universität in die Lage versetzt wird, diese Frage ausschließlich auf dem Boden der Wissenschaft selbst zu erörtern und zur Entscheidung zu bringen. Am Schluß seiner Antrittsrede kündigte er an, dem politischen Gesinnungsterror als Rektor den Weg in die Universität versperren zu wollen. Die Universität werde „gerade dann am 'gegenwärtigsten' sein, wenn sie dem, was bloßer Augenblick ist, die Gefolgschaft verweigert“.⁴ Ein Konflikt mit der „nationalsozialistischen“ Hochschulpolitik war damit vorprogrammiert.

Die erste Verweigerung - Theodor Litt und der „Nationalsozialismus“

Anfang der 30er Jahre verstärkte sich der Einfluß der „nationalsozialistischen“ Studenten an den deutschen Universitäten zusehends. Sie trachteten mit wachsendem Erfolg danach, Forschung und Lehre der „nationalsozialistischen“ Ideologie gleichzuschalten. Theodor Litt regte daraufhin im Oktober 1932 auf dem Hochschulverbandstag in Danzig eine Erklärung an, in der die „Unzuverlässigkeit und Lügenhaftigkeit“ der „nationalsozialistischen“ Studentengruppen angeprangert werden sollte. Sein Antrag fand allerdings keine Unterstützung.⁵

Litts Weigerung, Philosophie und Pädagogik in den Dienst der „nationalsozia-

listischen“ Weltanschauung zu stellen, führte dazu, daß von den „nationalsozialistischen“ Studentengruppen immer wieder Provokationen gegen Litt vorgetragen wurden. Sie unternahmen nach der „Machtergreifung Hitlers“ mehrfach den Versuch, Litt von der Universität zu entfernen. Anlässe dazu boten sich genügend. So erklärte Theodor Litt beispielsweise am 12. Mai 1933 in einer Seminar-sitzung: „Man fordert bedingungslose Unterwerfung unter das Parteiprogramm, unter alle Punkte des Parteiprogramms! Das ist für mich unmöglich, das kann ich einfach nicht. Gewiß, ich bin nicht der letzte, der das, was an Gutem vorhanden sein mag, nicht freudig

begrüßte. Aber vielen Sachen kann ich einfach nicht zustimmen, insbesondere nicht dem Rassenprinzip. Das ist krasser Biologismus.“⁶

Von staatlicher Seite aus wurde ihm jedoch zunächst das Angebot unterbreitet, daß er, wenn er sich jeglicher Äußerungen enthalte, die im Gegensatz zur „nationalsozialistischen“ Bewegung stehe, seine Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität fortsetzen könne.⁷ Theodor Litt war international zu bekannt und geachtet, seine Entfernung hätte zweifelsfrei internationales Aufsehen erregt. Und er nahm dieses Angebot an. Im November 1933 ließ sich Litt sogar dazu verleiten, ein Papier zu unterschreiben, in dem die Hochschuldozenten dem „Herrn Reichspräsidenten“ öffentlich ihr besonderes Vertrauen aussprachen, nachdem er im März strikt seine Unterschrift unter diese Erklärung verweigert hatte.⁸

War dieser Kompromiß zugleich als „Mahnung zur Disziplin“ an Litt unmißverständlich, so unterließ er es aber keineswegs, seine Bedenken gegen eine Vereinnahmung der Wissenschaft durch die „nationalsozialistische“ Politik bei günstiger Gelegenheit auch weiterhin an die Öffentlichkeit zu bringen. Im Herbst 1933 wurde Litt deshalb mit einem Vortragsverbot belegt. Auf der Münchner Tagung „Die Erziehung im nationalsozialistischen Staat“ wurde er von der Rednerliste gestrichen. Es ist wohl der Unterstützung seines Freundes Eduard Spranger zu verdanken, daß die geplan-

te Rede in Originalfassung gedruckt werden konnte.⁹

Litt forderte darin die Geisteswissenschaftler auf, zur Selbstbesinnung zu kommen.¹⁰ Er beschränkte sich nun nicht mehr auf die Feststellung, daß es die Aufgabe der Wissenschaft nicht sei, die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu sanktionieren, zu legitimieren und sich ihnen zu ergeben. Er maß nun auch die theoretische Distanz aus, die zwischen den Geisteswissenschaften und der „nationalsozialistischen“ Weltanschauung liegt. Litt sah diese Distanz vor allem im Verhältnis zur Geschichte begründet. Indem der „Nationalsozialismus“ seine historische Wurzel in der deutschen Rasse ausmacht, entwertet er die Geschichte als historischen Prozeß. Mit dem Begriff Rasse, der Berufung auf Unbewußtes, Instinkt- und Triebhaftes sowie Irrationales wird die Geschichte auf die Entfaltung eines Vorherbestimmten reduziert, sie ist dann nicht mehr offen, nicht der Mensch entfaltet sich in ihr, sondern er ist nur die äußere Hülle für die Entfaltung eines Rasse-Ur-Typs. Wo das Ende der Geschichte bereits in ihrem Beginn liegt, kann ein Freiheitsgewinn nicht Sinn der Geschichte sein. Was ist dann die Geschichtswissenschaft anderes als angewandte „Rassenkunde“? Dem Begriff der Rasse stellte er den Begriff der Idee gegenüber. Wo Idee ist, ist Freiheit - wie im Leben, so in der Wissenschaft. Der Begriff Rasse könne also auf keinen Fall als paradigmatischer Ansatz für die Geisteswissenschaft Geltungsansprüche.

Bei aller Littschen Zaghaftigkeit: das war eine erneute Kampfansage! Dennoch war Litt zu dieser Zeit noch voller Illusionen über die Entwicklung der „nationalsozialistischen“ Bewegung. Er meinte, trotz der massiv vorgetragenen Bestrebungen zur politischen Okkupation der Geisteswissenschaften erkennen zu können, daß sie selbst zur „reinen“ Idee der Geisteswissenschaften dränge. Als Feind oder als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wollte er sich nicht verstanden wissen. Zur Ablehnung und zum Konsequentmachen der Verweigerung bedurfte er der eigenen Erfahrungen darüber, welchen Entwicklungsweg der „Nationalsozialismus“ tatsächlich nahm. Es lassen sich sogar Textstellen finden, die als Indizien für eine aktive Unterstützung des „Nationalsozialismus“ durch Litt ausgedeutet werden könnten.

Beispielsweise schrieb er: „Der nationalsozialistische Staat: das ist spannende, erregende, wirkende und formende Gegenwart im eigentlichen Sinne des Wortes. Es ist die erfüllte Aktualität des geschichtlichen Augenblicks, die uns in Gestalt dieses Staates gegenübertritt und uns in ihren Bann zieht.“¹¹

Was Litt hier, im Jahre 1934, beschrieb, war einerseits ein historisches Massenphänomen und zum anderen die emotionale Haltung zum NS-Staat, der er sich selbst nicht ganz entziehen konnte. Am 25. August 1934 leistete Litt den Eid auf Hitlers Gefolgschaft. Die Unterschrift unter dem Eid-Text ist aber nicht einfach als Ausdruck dessen zu sehen, daß er

sich nun doch als Dienstherr des „Nationalsozialismus“ hat pressen lassen. Vielmehr dürfte nicht von geringem Ausschlag gewesen sein, daß er das oben bereits skizzierte Spannungsverhältnis zwischen „nationalsozialistischen Gesinnungsgenossen“, deren wissenschaftspolitischen Normsetzungen und ihm nicht weiter eskalieren lassen wollte. Der permanente Terrorwahn gegen Andersdenkende zeigte auch bei den nicht unmittelbar Betroffenen Wirkungen.

Nicht nur Litts wissenschaftlicher sondern auch sein sozialer Status dürfte in dieser Zeit bereits auf dem Spiel gestanden haben. Zudem: Seine Gesundheit war durch diesen schwelenden Dauerkonflikt angegriffen. Für das Sommersemester 1934 ließ er sich beurlauben. Wieder im Amt, holte ihn der Konflikt erneut ein. Ende 1934 wurde erneut ein Versuch seitens „nationalsozialistischer“ Studenten unternommen, ihn aus der Universität zu vertreiben. Anlaß war diesmal sein vor der Kantgesellschaft am 10. November gehaltener Vortrag über „Philosophie und Zeitgeist“.¹²

In diesem Vortrag thematisierte Litt abermals das Problem des Verhältnisses der Geisteswissenschaft zur Politik. Was kann und soll die Philosophie tun, wenn von ihr gefordert wird, statt in erster Linie auf allgemeingültige Wahrheiten zu gehen, vielmehr das in Gedankenform zu bringen, was das „deutsche Volk“ gegenwärtig fühlt. Und Litt wiederholt: Die Aufgabe der Philosophie sei es nicht, eine *Weltanschauung* in Gedanken zu

fassen und damit bei der Unmittelbarkeit stehenzubleiben. Sein Plädoyer galt der von Hegel gekrönten philosophischen Kultur. Philosophie habe auf das Allgemeine im Besonderen zu sehen und nicht das Besondere über das Allgemeine zu stellen. Und wieder drängt er indirekt auf die Historisierung des „Nationalsozialismus“. Der Ausgangspunkt der Einordnung des „Nationalsozialismus“ in den Lauf der geschichtlichen Entwicklung könnten nur die Grundprobleme der Philosophie selbst sein, wie sie sich in ihrer eigenen Geschichte entwickelt haben. Er mahnt, nicht mit der philosophischen Tradition von den philosophischen Grundthemen abzugehen: Wahrheit, Freiheit, Humanität. Gleichzeitig müssen die Philosophen aber versuchen, jenen Fehler Hegels zu vermeiden, den er begangen hatte, als er meinte, daß die preußische Monarchie der Restaurationsperiode der vom Weltgeist geforderte Zustand des Staates sei, nämlich einen gesellschaftlichen Ist-Zustand zu ahistorisieren und ihn heilig zu sprechen.

Trotz der hohen Abstraktionsstufe, auf der Litt sich in diesem Vortrag bewegte, und des Versteckens der kritischen Anspielungen wurde dieser Vortrag in der „nationalsozialistischen“ Tagespresse ausgewertet. Im „Völkischen Beobachter“ war zu lesen, daß der Vortrag mehr als enttäuschend gewesen sei, „denn nicht einmal das Wort Nationalsozialismus fiel, und es fehlte sogar im Gegenteil nicht an versteckten Angriffen und abschätzigen Andeutungen, die es offenbar machten, daß Litts Philosophie

mit dem Zeitgeist in keiner irgendwiegearteten Beziehung steht.“¹³

Die „nationalsozialistisch“ gesinnte Studentenschaft Leipzigs nahm den Vortrag ebenfalls zum Anlaß, um klarzustellen: „Prof. Litt ist kein Nationalsozialist“.¹⁴ Weil er dies nicht sei und dennoch an der Universität lehre, stelle er nicht nur „eine Gefährdung der politischen Erziehung der Studenten“ dar, sondern auch eine „Gefährdung der politischen Erziehung des ganzen Volkes“.¹⁵ Erneut war ein Berufsverbot angedroht, aber nicht vollstreckt.

Anfang 1936 erfolgte ein weiterer Angriff seitens der Studenten. Diesmal war der Anlaß die Stellungnahme eines Studenten zur Geschichte der „nationalsozialistischen“ Studentenbewegung in Leipzig, in der ihm vorgeworfen wurde, er habe diese in der Ausübung ihrer Propagandaarbeit behindert. Wie reagiert Litt darauf? Er dementiert, wehrt sich energisch gegen diesen Vorwurf. Die absehbaren möglichen Folgen treiben ihn zur Eile, sie verrät Angst. Am 6. Februar 1936 erscheint der besagte Artikel. Einen Tag später ging ein Brief an den Prorektor der Universität Leipzig, in dem es heißt: „Ich verlange, daß diese Verleumdung zurückgenommen wird, und zwar unter allen Umständen schon in der nächsten Nummer der Zeitung, nicht erst im Sommer-Semester. Da Redaktionsschluß für die nächste Nummer bereits der 8. Februar ist, tut Eile in der Behandlung der Angelegenheit not.“¹⁶

Die Reaktionen seitens „nationalsoziali-

stischer“ Parteigänger auf Litts Empörung war überschwenglich positiv, er wurde nun begrüßt als „einer von uns“. Sie waren erfreut und erleichtert über Litts „Bekanntnis“. In die NSDAP führte für Litt aber deshalb noch lange kein Weg. Die Behinderung und das Verbot von Vortragsreisen insbesondere ins Ausland weist draufhin, daß er weiterhin als „unzuverlässig“ eingestuft blieb.

1937 stellt der erst 57jährige Litt den Antrag auf Ausscheiden aus der Universität. Am 30. Juli 1937 wurde dem Antrag stattgegeben; mit seiner Emeritierung war er von allen Verpflichtungen an der Philosophischen Fakultät der Uni-

Die zweite Verweigerung - Theodor Litt und der „Stalinismus“

Am 1. Oktober 1945 kam der damalige Rektor der Universität Leipzig, Schweitzer, der Bitte Hans-Georg Gadamers nach und setzte Litt wieder in seine alte Planstelle ein, die nach seinem Ausscheiden auf Grund eines Personalmangels freigeblieben war. Obwohl zunächst vorgesehen war, Litt nur als ordentlichen Professor für das Fach Pädagogik zu berufen, erhielt er auch einen Lehrauftrag für Philosophie. Gleichzeitig wurde er beauftragt, die Philosophische Fakultät wieder aufzubauen.

Ohne größere Probleme wurden Litts Vorschläge für seine Lehrtätigkeit von der Sowjetischen Militäradministration bestätigt. Auf dem Gebiet der Philosophie hielt er Vorlesungen zur Einführung in die Philosophie, zum Thema „Staat

und Sittlichkeit“ und hielt Übungen im Anschluß an seine Vorlesung zur Einführung in die Philosophie ab. Litt, dem von allen Seiten ein mutiges Widerstehen gegen die Ideologie und Politik des Nationalsozialismus bescheinigt wurde, war 1945/46 nicht nur an der Universität ein gefragter Referent und Gesprächspartner. Er hielt u.a. den Eröffnungsvortrag der Leipziger Ortsgruppe des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zum Thema „Geschichte und Verantwortung“¹⁸, publizierte in der Zeitschrift „Pädagogik“, im „Forum“, in der „Leipziger Zeitung“ und war Referent auf der Tagung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ vom 28. bis 29. Juni 1946 in Berlin zum Problem der demokratischen Pädagogik in Deutschland. Litt sprach dort

zum Thema „Philosophie, Pädagogik und Psychologie im Universitätsstudium der Lehrer“.¹⁹

Im August 1946 erhielt Theodor Litt das Angebot seitens der Zentralverwaltung für Volksbildung, eine Professur für Philosophie und Pädagogik an der Berliner Universität anzunehmen.²⁰ Die Universität Leipzig wirkte erfolgreich darauf hin, ihn zu halten, weil die Würde und das Ansehen der Philosophischen Fakultät insbesondere auf ihm beruhe. Im November 1946 wird er als Leipziger neben Gadamer, Lendle, Frings zum Mitglied des „Gelehrten Rates für Fragen der wissenschaftlichen Forschung und Lehre“ bei der Zentralverwaltung für Volksbildung berufen.

Theodor Litt hatte das Angebot zur Mitarbeit an der demokratischen Neugestaltung Deutschlands angenommen. Sein vielfältiges Engagement dokumentiert Enthusiasmus. Nie wieder Faschismus in Deutschland! Litt bringt seine Haltung ein, seine Erfahrungen aus dem Umgang mit dem „Nationalsozialismus“. Er ist ein unbequemer Zeitgeist und will es noch immer oder wieder sein - aus historischer Erfahrung. Er mahnt, nicht zu vergessen und wurde vergessen, weil seine zweite Verweigerung gegenüber dem sich Schritt für Schritt durchsetzen den „Stalinismus“ in der SBZ nicht ins sozialistische Geschichtsbild paßte. Es paßte deshalb nicht, weil seine Verweigerungsmotive gegenüber dem „Nationalsozialismus“ und dem „Stalinismus“ so sehr unterschiedlich nicht waren.

Sein Motto nach dem 2. Weltkrieg lautete: Nur über eine schonungslos Kritik des Gestern ist die Zukunft möglich, weil das Gestrige noch lange nicht vergangen ist. Als Ziel der Neubegründung Deutschlands formulierte er: Ein Volk, das imstande ist, in Freiheit sich selbst zu regieren.²¹ Der Erneuerung der seelischen Verfassung gilt sein erstes Augenmerk. Der Krieg hatte das Volk verroht, der Rassenwahn saß noch tief, der menschenmörderische Hass war noch nicht erloschen und auch nicht die blinde Autoritätsgläubigkeit. Litt stellt sich damit gegen den Zeitgeist, den er wie folgt diagnostizierte: „Nicht gering ist die Zahl derer, die in der Beschäftigung mit ihr (der seelischen Verstörung unseres Volkes - M.F.) nur unnötige Kraftvergeudung und entnervende Selbstquälerei erblicken. Jetzt heiße es - so erklären sie - den Blick nach vorwärts auf die unser harrenden Aufgaben, nicht nach rückwärts auf das doch nicht mehr Abzuändernde richten.“²²

In die Reihe jener, die die Fehler der Vergangenheit im Vorwärtsschreiten zu Überwinden meinten, ordnete sich auch die SED ein. Als Begründung dafür wurde die „historische Notwendigkeit“ beschworen. Ihr zufolge sei die Geschichte nichts anderes als etwas sich über die Köpfe der jeweils Handelnden hinweg vollziehendes, subjektiv nicht Beeinflussbares, das als Schicksalhaftes suggeriert wurde. Wenngleich Litt auch unter der sowjetischen Besatzungsmacht keinen „rotlackierten Faschismus“ ankomen sah - das ideologische Grundaxi-

om heiße nicht mehr Rasse, sondern Volk -, so traf er doch eine offene Wunde, indem er darauf hinwies, daß diese Art von Geschichtsbetrachtung auch von den „Nationalsozialisten“ in einer spezifischen Form praktiziert wurde.²³

Sein Plädoyer für die Neugestaltung: „Und wenn ein Volk durch lange Jahre den Suggestionen eines Systems unterworfen war, das ihm zusammen mit der Freiheit der äußeren Daseinsgestaltung auch die Freiheit der inneren Willensbildung zu nehmen verstand, dann ist das, was nützt, nicht weniger eine radikale Umkehr des inneren Menschen als eine Neubildung der politischen Zustände.“²⁴ Die Richtung dieser Neugestaltung sah Litt in der Demokratisierung nach außen und dem Freiheitsgewinn nach innen.

Neben diesem geschichtsphilosophischen Ansatz brachte er seine Auffassungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, die er während der „nationalsozialistischen“ Herrschaft bis zuletzt verteidigt hatte, erneut in Anschlag. In seinem Vortrag „Die Bedeutung der pädagogischen Theorie für die Ausbildung des Lehrers“ gab er ihr ein tiefgreifendes philosophisches Fundament.

In Anlehnung an die Dialogik bestimmt er den Erziehungsprozeß als eine Ich-Du-Relation. „An stelle der objektbearbeitung tritt der ‚umgang‘, der die parteien zu wechselseitiger belebung zusammenführt und aneinander ihr wesen entwickeln läßt.“²⁵ „Für den wirklichen erzieher ist der zögling von vornherein die

potentielle ‚person‘, die zur ‚freiheit‘, zur ‚persönlichkeit‘, zur selbstverantwortlichen gestaltung des eigenen daseins emporzuentwickeln das eigentliche geschäft der erziehung ausmacht.“²⁶ Dieses konzeptionelle Herangehen verbietet es, den Lernenden als Objekt der Beeinflussung zu betrachten, ihn schlechthin belehren oder gar bevormunden zu wollen.

Litts pädagogische Leitidee liegt jenseits von Kommando und Administration. Insofern ist es nur konsequent, wenn er für die Universitäten genau jenes Prinzip der Trennung von Universität und Politik gegenüber der SMAD und der Deutschen Zentralverwaltung zur Geltung zu bringen sich bemüht, wie er es früher schon vertrat: die „relative Autonomie“ der Universitäten.²⁷

Der Wille zur Demokratisierung des Hochschulwesens müsse sich in Litts Augen vor allem daran messen lassen, inwieweit die „entscheidende Vertretung der eigenen politischen Meinung mit der achtvollen Haltung gegenüber dem anderen Denken“ zu vereinen getrachtet wird.²⁸ Seine Forderung, sich sehr intensiv und für einen längeren Zeitraum mit der „nationalsozialistischen Ideologie“ auseinanderzusetzen, stieß aus sehr verschiedenen Motiven auf eine breite Ablehnung, aus Furcht vor der Qual der Selbstreflexion, aus dem Bestreben heraus, die eigene Mitschuld zu vertuschen, oder sei es, ein mögliches Fragen nach strukturellen Ähnlichkeiten zwischen der „nationalsozialistischen“ Politik und der

Art und Weise der Forcierung und Ausrichtung der deutschen Nachkriegsentwicklung im Keime zu ersticken.

Seine Forderungen nach einer „relativen Autonomie“ standen den Bestrebungen im Wege, die Universitäten und Hochschulen erneut in den Dienst der Politik zu stellen. Als er Anfang 1947 nochmals öffentlich forderte, daß die Hochschulen sich auf ihre „ureigenste Aufgabe“ besinnen und mit keinerlei Verpflichtung belastet werden sollen, die „sie ihrer Bestimmung entfremden könnten“²⁹, waren die Weichen schon auf eine „Stalinisierung“ des öffentlichen Lebens der SBZ im Zuge des sich anbahnenden Kalten Krieges gestellt. Hatte Litt in seinen Gedanken zum Jahre 1947 in der „Leipziger Zeitung“ noch den Lesern Mut zum Hoffen zugesprochen³⁰, so schwand sie ihm selbst in Bezug auf die subjektiv ermessene Erträglichkeit seines Wirkens in Leipzig und im Osten Deutschlands.

Mitte Februar 1947 häufen sich die Anzeichen dafür, daß Litt mit dem Gedanken spielt, in den Westen überzusiedeln. Unmittelbarer Anlaß, diesen Schritt zu gehen, war ein Angebot des Kulturministers des Landes Nordrhein-Westfalen, die Leitung des Erziehungswissenschaftlichen Instituts für dieses Land, verbunden mit einer Honorarprofessur an der Universität Bonn, zu übernehmen.³¹ Diese Mitteilung wurde in Kreisen der Universitätsleitung mit Sorge aufgenommen, er sollte in Leipzig gehalten werden. Der Rektor der Universität erklärt in einem Schreiben an die Landesregierung Sach-

sen, daß Litt sehr an Leipzig hängt und nur dann gehen würde, wenn er zur Überzeugung gelangen würde, daß die Öffentlichkeit und „maßgebliche Stellen“ ihn nicht „ertragen“ könnten.³²

Im März 1947 spricht Litt bei der Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin vor. Er hat sich noch nicht entschieden. Seine erneuten Bemühungen, die Wohnungssituation zu verbessern, werden von Seiten der Universität und der Stadtverwaltung Leipzig erfolgreich unterstützt, bei der Einstellung eines Hausmädchens wird ihm Hilfe zugesagt. Gadamer richtet noch am 1. Juli 1947 einen Brief an Litt, in dem er ihm mitteilt, daß das Ministerium und die SMAD in Sachsen sehr an seinem Verbleib in Leipzig interessiert sind.³³ Doch Litt geht nach Bonn. Zum 20. September 1947 wurde der nun 67jährige Theodor Litt auf eigenen Wunsch von allen Verpflichtungen an der Universität Leipzig entbunden. Er kam damit seiner Entlassung zuvor.

Litts Wirken in Leipzig blieb im Osten Deutschlands nur noch jener Lehrergeneration in guter Erinnerung, die durch seine Schule ging. Sein Weggang, der zum größten Teil ein Weggegangen-Werden war, wurde ihm in der Öffentlichkeit nicht verziehen. Es wurde interpretiert als ein Sich-in-den-Dienst-Stellen für den Bonner Staat, dessen Remilitarisierung als Weg in einen neuen Faschismus gedeutet wurde. Die Anerkennung seiner Verweigerung vor der Politik und Ideologie des „Nationalsozialismus“ habe er mit diesem Schritt im nachhinein verwirkt.³⁴ Versuche, seine geschichts-

philosophischen Leistungen kritisch aufzuarbeiten, wie der Leipziger Robert Schulz anregte³⁵, wurden energisch zurückgewiesen und als „ideologische Unklarheit“ geahndet. Litt blieb an der

Universität Leipzig bis auf den heutigen Tag so gut wie vergessen.

Michael Franzke, Dr. phil.,
lebt in Leipzig

Anmerkungen:

¹ Universitätsarchiv Leipzig (UAL), Personalakte (PA) 204, Blatt 46

² Theodor Litt: Hochschule und Politik. in: *Die Erziehung*, Heft 3/1931, S. 139

³ Frieden Nicotin: Erkenntnis und Verantwortung. Zeitkritik im Werke Theodor Litts, in: Theodor Litt. Pädagogische Analyse zu seinem Werk, hrsg. v. Friedhelm Nicolin und Gerhard Wehle, Bad Heilbronn 1982, S. 18

⁴ Ebenda, S. 148

⁵ Vgl.: Eduard Spranger: Mein Konflikt mit der nationalsozialistischen Regierung 1933, in: *Universitas*, Heft 5/1955, S. 457

⁶ Zitiert bei: Friedhelm Nicolin: Theodor Litt und der Nationalsozialismus, in: Peter Gutjahr-Löser, Hans-Helmuth Knütter, Friedrich Wilhelm Rothenspieler (Hrsg.): Theodor Litt und die politische Bildung der Gegenwart, München 1981, S. 117

⁷ UPL, PA 204, Blatt 60

⁸ Vgl.: Friedhelm Nicolin: Theodor Litt und der Nationalsozialismus, in: Peter Gutjahr-Löser, Hans-Helmuth Knütter, Friedrich Wilhelm Rothenspieler (Hrsg.): Theodor Litt und die politische Bildung der Gegenwart, München 1981, S. 116f.

⁹ Vgl.: Theodor Litt: Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staate, in: *Die Erziehung*, Heft 1/1933, S. 12 - 32

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 13

¹¹ Ebenda, S. 12

¹² Theodor Litt: Philosophie und Zeitgeist, Leipzig 1935

¹³ Dieser Artikel wurde wieder abgedruckt in der *Leipziger Hochschul-Zeitung*, 21. Halbjahr, Nr. 19/1934 vom 17. Dezember 1934, S. 1f.

¹⁴ Ebenda, S. 1

¹⁵ Ebenda

¹⁶ Ebenda

¹⁷ Vgl.: Friedhelm Nicolin: Theodor Litt und der Nationalsozialismus, a.a.O., S. 123

¹⁸ Theodor Litt: Geschichte und Verantwortung, Wiesbaden 1947

¹⁹ Siehe hierzu: Theodor Litt: Die Bedeutung der pädagogischen Theorie für die Ausbildung des Lehrers, in: *Pädagogik*, Heft 1 (1946) 4, S. 22 - 32

²⁰ UAL, PA 204, Blatt 145

²¹ Vgl. Theodor Litt: Geschichte und Verantwortung, a.a.O., S. 6

²² Ebenda, S. 8

²³ Vgl. ebenda, S. 16ff.

²⁴ Ebenda, S. 25

²⁵ Theodor Litt: Die Bedeutung der pädagogischen Theorie für die Ausbildung des Lehrers", a.a.O., S. 23

²⁶ Ebenda, S. 24

²⁷ Genauer noch als vorher benennt er den Standpunkt, von dem aus der Lehrende seines Amtes walten soll: „Es besteht in der tat die möglichkeit, die großen lebensfragen, von denen die gemeinschaft im innersten bewegt wird, in einer höhenlage aufzusuchen, die über den streit der - im weitesten sinne verstandenen - parteien hinausliegt. Es besteht die möglichkeit, von staat und gesellschaft, von kunst und wissenschaft, von sittlichkeit und religion, von erziehung und bildung so zu handeln, daß das wesentliche dieser ewigen menschheitsangelegenheiten deutlich zur sprache kommt und trotz jedes eintreten in den kämpfen der meinungen, der sich an diesen anliegen immer von neuem entzündet, unterlassen wird.“ (Ebenda, S. 31)

²⁸ Vgl. eine Notiz Theodor Litts vom 10. 5. 1946, in: UAL, PA 204, Blatt 170

²⁹ Theodor Litt: Fortbildungs-Universität?, in: *Forum*, Heft 7/1947, S. 16

³⁰ Theodor Litt: Gedanken zum Jahre 1947, in: *Leipziger Zeitung*, Nr. 1 vom 1. Januar 1947, S. 5

³¹ Litt machte von diesem Angebot am 15. 02. 1947 Mitteilung. Siehe: UAL, PA 204, Blatt 160

³² Ebenda, Blatt 162

³³ Ebenda, Blatt 168

³⁴ Vgl.: Werner Müller: Theodor Litt - Apologet der „Freiheit“ im Bonner Staat. Leipzig 1959 (Karl-Marx-Universität, Leipziger Universitätsreden, N.F. 9)

³⁵ Vgl.: Robert Schulz: Über den Sinn geschichtlichen Daseins, in: Beiträge zur Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, hrsg. von Robert Schulz, Berlin 1958, S. 11 ff.

Der Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der Hallenser Biochemiker Benno Parthier, hat eine Geschichte der Leopoldina vorgelegt. Sie erschien in diesem Jahr unter dem Titel "Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie". In acht Kapiteln behandelt Parthier die wechselvolle Entwicklung von der Academia Naturae Curiosorum, die 1652 von vier Schweinfurter Ärzten gegründet worden war, bis zur Gegenwart. Besonders ausführlich widmet sich der Autor dem Wirken der Leopoldina zur Zeit der DDR unter Verwendung teilweise noch unveröffentlichter Dokumente. In den Darstellungen der Amtszeiten der Präsidenten Kurt Mothes (1954 - 1974) und Heinz Bethge (1974 - 1990) wird der Versuch unternommen aufzuzeigen, warum die Leopoldina eine (wissenschafts-)politische Singularität unter den wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR war und bleiben konnte. Mit freundlicher Genehmigung von Autor und Akademie veröffentlichen wir im folgenden das siebte Kapitel aus dem Band, welches die Jahren von 1974 bis 1990 - die Amtszeit Heinz Bethges - zum Gegenstand hat. Das Buch kann zum Preis von DM 36,- bezogen werden bei: Leopoldina, Postfach 1127, 06019 Halle/S. (Red.)

Benno Parthier (Halle/S.):

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in der Amtszeit von Heinz Bethge (1974 - 1990)

Als Heinz BETHGE (geb. 1919) am 15. November 1974 im Theater zu Bad Lauchstädt die Präsidentenkette von seinem Amtsvorgänger übernahm, wußte er sehr wohl, welche Verantwortung auf ihn zukam. Dennoch gestand er in seiner ersten Präsidentenrede zur Jahresversammlung 1975, daß er nicht versuchen wolle, „... unbedingt in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten“. Er habe ganz sicher nicht das Mothesche Schrittmaß, und „... verrenkt da-

herzugehen ist nicht nur anstrengend, es sieht auch nicht gerade schön aus“.¹

Als Heinz BETHGE am 30. Juni 1990 an gleicher Stelle die Amtskette seinem Nachfolger übergab, resümierte er sein Wirken in der Abschiedsrede folgendermaßen, in eine chinesische Spruchweisheit gekleidet: „Es mag der Mann schon auf dem richtigen Wege sein, aber man weiß nicht, ob es der richtige Mann auf diesem Wege ist ...“, und er schloß in

seiner bescheidenen Art: „Wenn Sie meinen, daß ich ein nicht ganz falscher Mann auf einem richtigen Wege war, soll es mir genügen.“²

Zwischen beiden Aussagen lagen die fast sechzehnjährigen Dienstpflichten eines Leopoldina-Präsidenten, der nicht nur als Physiker, sondern auch von seinem Wesen her im pragmatischen Denk- und Arbeitsstil sich deutlich von seinem Vorgänger unterschied - bei ähnlicher Phantasiebegabung und gleichwertiger Pflichtauffassung in der Stellung zu Amt und Akademie. Die Leopoldina verdankt ihm vor allem, Leben und Wirken der alten Akademie von einer überzogenen „Würde“ und „Größe“ zu befreien, sie stärker auf nüchterne Wissenschaft zu orientieren, die zeitgemäßer war und demzufolge auch gut angenommen wurde. Heinz BETHGE hat kontinuierlich und zielstrebig das von Kurt MOTHES begonnene Werk erfolgreich fortgesetzt, ohne den Stil seines Vorgängers zu kopieren - am deutlichsten zu demonstrieren an den qualitativ immer besser werdenden Jahresversammlungen. Zugleich hat er die Arbeit und die Stellung der Akademie versachlicht, „entmythologisiert“. Das Machbare war für ihn Voraussetzung, um unter äußerlich komplizierter werdenden Bedingungen das Erreichbare anzusteuern.

In einem Staate, dessen Politiker Deutschlands Teilung auch in der Wissenschaft betrieben, einer Akademie vorzustehen, die unter diesen Bedingungen Klammer zwischen den Wissenschaftlern in Ost und West bleiben mußte und sein wollte, bedurfte es großer Standhaftigkeit und eines diplomatischen Beharrungsvermögens. Wichtig war, daß BETHGES wissenschaftliche Reputation

im In- und Ausland unumstritten war, so daß einflußreiche Politiker der DDR, deren Zustimmung zum Präsidentenwechsel unumgänglich war, trotz der unterschiedlichen politischen Überzeugungen mit möglicherweise wirklich gutem Gewissen ihr Ja-Wort gaben.

In der Praxis erwies sich die Amtsübernahme als nicht so einfach wie erwartet. MOTHES hatte „seinen“ Vizepräsidenten REICHENBACH, der die Kanzlei unauffällig führte, die Geschäftsabläufe unterschriftsreif vorbereitete und dem Präsidenten das Licht der öffentlichen Anerkennung ermöglichte, das dieser mochte. Nach REICHENBACHS Tode (1973) fehlte die ordnende Hand; die Amtsführung wurde etwas „genialisch-chaotisch“ erledigt. Es bedurfte mühseliger Kleinarbeit des neuen Präsidenten, einen Standard einzuführen, der nicht nur vom arbeitstechnischen Niveau überzeugte, sondern auch die Akademie als Arbeitsstätte für die wissenschaftlichen Belange erweiterte. So brachte er von seinem Antrittsbesuch beim Minister für das Hoch- und Fachschulwesen aus Berlin eine „Morgengabe“ von zwei zusätzlichen Stellen für das Archiv mit, um die Aufbereitung der unübersichtlichen Archivbestände für wissenschaftshistorisches Arbeiten voranzubringen.

In seiner Amtszeit hat Heinz BETHGE wahrscheinlich mehr Zeit und Kraft in die Leitung der Leopoldina investiert als sein Vorgänger. Während das Präsidium unter MOTHES' Leitung jahrelang sehr großzügig Kollegen zuwählen konnte, weil die selbst gesetzte Grenze von 1000 Mitgliedern noch viel Spielraum ließ, war dieser bei BETHGES Amtsantritt aufgefüllt. Die Zuwahlprozedur mußte entsprechend aufwendiger werden, denn

jetzt war aus der großen Zahl der Anträge viel strenger zu selektieren. Sympus-Arbeit bedeuteten die unter den spezifischen DDR-Bedingungen ablaufenden Vorbereitungen wissenschaftlich hochkarätiger Veranstaltungen: sieben große Jahresversammlungen wurden gestaltet und durchgeführt, zu denen meistens hochinteressante Podiumsdiskussionen und die neu eingeführten Diskussionskreise hinzukamen, sowie eine Reihe von Symposien und vor allem die „Leopoldina-Meetings“, seine Lieblingekinder. Letztere hatte er in die wissenschaftliche Welt gesetzt, in der sie sich besten Gedeihens erfreuen. Er schuf damit eine neue Qualität im Veranstaltungsspektrum der Akademie. Heinz BETHGE, der unermüdliche Anreger!

Das war jedoch nur die eine Seite leopoldinischer Amtstätigkeit, zweifellos die angenehmere, trotz der zusätzlichen Arbeit. Nervenaufreibend war die Abwehr der von außen hereindringenden politischen Zumutungen, von denen die Leopoldina nicht verschont blieb und die in den achtziger Jahren deutlich strengere Züge annahm als z. B. in den sechziger Jahren. Hier mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß die richtige Balance zwischen Notwendigkeit und Zulässigem zu finden, ohne das Gesicht der Leopoldina (und sein eigenes) zu verlieren, kann man getrost als eine Meisterleistung des XXIII. Präsidenten bezeichnen.

In den Auswirkungen der Hochschul- und Akademiereformen Ende der sechziger Jahre wurden die Universitäten ebenso wie die staatliche Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, aber auch die Sächsische Akademie der Wissenschaften als deren Anhängsel,

gänzlich unter politische Kuratel gestellt. Das änderte sich beim Machtwechsel von ULBRICHT zu HONECKER (1971) nicht wesentlich, im Gegenteil, die Einflußnahme der Staatspartei auf die Forschung und Lehre wurde zunehmend stärker. 1972 wurde die Deutsche Akademie der Wissenschaften in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt. Der in der Präambel des Statutes von 1969 der Deutschen Akademie der Wissenschaften enthaltene Passus „... *Verpflichtung und Auftrag, ihr wissenschaftliches Potential auf allen ... Gebieten der Forschung so zur Wirkung zu bringen, daß planmäßig hervorragende wissenschaftliche Ergebnisse und Spitzenleistungen erzielt werden ... zur politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und geistig-kulturellen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik*“³ erweiterte sich im Statut der Akademie der Wissenschaften der DDR von 1984 (!) um den Zusatz: „Die Akademie der Wissenschaften der DDR gestaltet ihre Tätigkeit auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ...“⁴

Das Politbüro in der Person ihres Mitgliedes Professor Kurt HAGER bestimmte die Richtlinien der Wissenschaftspolitik und die geistigen Aktivitäten in der DDR. Die Einflußnahme der SED-Parteisekretäre in den wissenschaftlichen Einrichtungen wuchs stetig, wobei sie als Transmissionsriemen die Anordnungen von Partei und Staat bis in die kleinsten strukturellen Verästelungen hineintrugen und deren Durchführung gewährleisten. Damit war Wissenschaft und Forschung in der DDR in eindeutige,

durch die SED bestimmte und kontrollierte Richtlinien eingebunden. Forschungspolitik und Forschungsstrategien gingen streng nach dem „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ vom Politbüro über das Zentralkomitee der SED zur Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Wissenschaft und Technik aus. Vorauseilender Gehorsam wurde nicht nur vom Forschungsrat, sondern auch von der Zentrale der Akademie sowie deren Gremien und Klassen erwartet. Gewiß gab es zum Teil heftigen Meinungsstreit in den Klassen der Akademie über die Forschungsstrategien in der DDR, aber im Grundsätzlichen wurden die Vorstellungen des Politbüros der SED doch durchgesetzt.

Was also tun mit einer traditionsreichen Akademie wie der Leopoldina, die weder Statut noch Parteisekretär besaß und doch als „Insel im Roten Meer“ real im sozialistischen Staate existierte? Ein Verbot war wegen der internationalen Mitgliedschaft mit einem Hauptanteil aus der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen; es wäre wie ein Lauffeuer durch die ganze wissenschaftliche Welt gegangen und hätte die DDR-Regierung bei ihrem Ringen um internationale politische Anerkennung zurückgeworfen - nicht nur in den westlichen Ländern, sondern auch in der Sowjetunion wären offizielle Proteste zu erwarten gewesen. Ein finanziell angelegtes Aushungern war nicht opportun, weil dann die Spendenfreudigkeit aller Mitglieder entsprechend gestiegen wäre und die ohnehin ungebührlich selbständige Akademie noch autonomer geworden wäre. Keine der in der DDR ansässigen Wissenschaftsinstitutionen außer der Leopoldina hatte die Freiheit, ihre Mitglieder

ohne namentliche Genehmigung durch die Regierung und auch durch die SED-Spitze zuzuwählen. Die staatliche Seite versuchte daher mit guter Miene zum bösen Spiel, immer gut dosiert (nicht zu viel Zuckerbrot, nicht zuviel Peitsche), die Leopoldina in die Wissenschaftspolitik der DDR einzuspannen. Man hatte den Eindruck, daß vor allem das internationale Ansehen der Leopoldina als Aushängeschild für das Prestige der DDR willkommen war. Die dazu vom Staat bewilligten Haushaltsmittel als Gegenleistung wurden entsprechend bemessen.

Weil die Leopoldina nicht im politisch luftleeren Raum schwebte, waren Besprechungen und Verhandlungen mit Politikern sowohl der bestimmenden Staatspartei als auch auf der Ministerebene unumgänglich. Kurt MOTHES und Heinz BETHGE, das sei vorweggenommen, haben diese Gespräche zum Besten der Leopoldina mit Geschick geführt und mit Bravour bestanden. Nach dem Amtswechsel war zu erwarten, daß der neu inthronisierte Präsident, dessen apolitische Haltung und innere Überzeugung natürlich bekannt war, auf seine Standhaftigkeit, vielleicht auch auf seinen Willen zu konstruktiver Mitarbeit abgeklopft wurde. Heinz BETHGE erkannte, daß in diesem Härte-test entscheidend war, gleich zu Beginn bei aller Konzilianz im Ton in der Sache fest zu bleiben.

Auch später hatte er dazu Gelegenheit, denn weitere, in unregelmäßigen Abständen stattgefundene Konsultationen mit dem Minister für das Hoch- und Fachschulwesen BÖHME oder dessen Stellvertreter HEIDORN erwiesen sich als zumindest klimatisch wechselhaft, in

Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Großwetterlage. Die Unabhängigkeit der Leopoldina zu erhalten, war „ein ständiger Drahtseilakt zwischen Konfrontation und Kompromiß“, gab Heinz BETHGE der „Zeit“ zu Protokoll.⁵ Man traf sich am Ende oft auf der Ebene gegenseitiger Anerkennung der Standpunkte; hier ließen sich unvereinbare Meinungen für längere Zeit ablagern, bis die Zeit die Probleme obsolet machte. Drei- oder viermal allerdings, gesteht BETHGE, habe es wirkliche Konfrontationen gegeben, harte Auseinandersetzungen über anmaßende Äußerungen des Ministers auf Jahrestagungen der Leopoldina, z. B. bei seinen „Raketen-Reden“ anlässlich der Jahresversammlungen 1983 und 1985.

Nach den üblichen Sätzen der Anerkennung und des Lobes über die „... international angesehene und an humanistischen Traditionen reiche Gelehrtenvereinigung ...“, sowie der Wünsche vom Vorsitzenden des Ministerrates der DDR (STOPH) zum „... erfolgreichen Verlauf Ihrer wissenschaftlichen Beratungen im Geiste des Humanismus und der Völkerverständigung ...“ kam der Minister schnell zur Sache:

„Die diesjährige Tagung der LEOPOLDINA findet in einer Zeit äußerster Zuspitzung der internationalen Situation statt. Die Auseinandersetzung im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens, um die friedliche Zukunft der ganzen Menschheit, hat beträchtlich an Intensität zugenommen. 1983 wird zu einem Jahr großer internationaler Entscheidungen werden. Es muß den Friedenskräften in aller Welt gelingen, die von der NATO für dieses Jahr beabsichtigte Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen

der USA in Westeuropa zu verhindern. ... Unser Land und alle Staaten des Sozialismus ... unternehmen ... vielfältige und starke Bemühungen um Entspannung und Abrüstung. Um den Ausbruch eines nuklearen Infernos zu verhindern, haben die Staaten des Warschauer Vertrages den Vorschlag unterbreitet, einen Vertrag über die Nichtanwendung militärischer Gewalt ... zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und denen der NATO abzuschließen. ...

Davon ließ sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik leiten, als sie vor einigen Wochen der Regierung der BRD den Vorschlag unterbreitete, die schwedische Initiative [die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone zwischen West- und Osteuropa - d. Verf.] zu unterstützen. Die Regierung der BRD hat diese Initiative nicht aufgegriffen und eine Chance vergehen lassen.“⁶

Nach einer Attacke gegen REAGANS USA-Administration, welche die „... fortgeschrittenen Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zur Erlangung eines nuklearen Erstschlagpotentials und für die Einbeziehung des Weltraums in die Rüstung mißbraucht und unermüdlich bemüht ist, neue Varianten eines Kernwaffenkrieges durch die USA zu erfinden ...“, läßt der Minister Thomas MANNS Ausspruch über den Antikommunismus als Grundtorheit unserer Epoche einfließen, um ihn wie folgt zu vertiefen:

⁵ Es war charakteristisch für diese Zeit, daß auch in öffentlichen Verlautbarungen Minister und andere Staatsdiener bei der Gegenüber- oder Nebeneinanderstellung der beiden deutschen Staaten die DDR mit vollständigem Namen, die Bundesrepublik Deutschland jedoch in der Kurzform benannten.

„Die Frage: Für oder wider den Fortschritt der Menschheit steht heute sogar weitaus schärfer angesichts der Tatsache, daß jene sozialen Kräfte, die keine Lehren aus der Geschichte gezogen haben und das Rad der Geschichte erneut zurückdrehen versuchen, über militärwissenschaftliche und militärtechnische Machtmittel verfügen, um die ganze Menschheit in einem thermonuklearen Inferno zu verbrennen. Hier liegen letztlich die wahren sozialen Wurzeln der heutigen zugespitzten internationalen Konfliktsituation. Deshalb ist Antikommunismus heute nicht lediglich eine Torheit, sondern ein Verbrechen an der Menschheit, denn er bereitet ideologisch den Boden für die existentielle Vernichtung allen Lebens auf unserem Planeten vor.“

Seine Schlußfolgerung, die den Tagungsteilnehmern nicht vorenthalten wird, lautet dann: *„Stärker denn je ist heute jeder Wissenschaftler gefordert zu entscheiden, wem seine Genialität, sein wissenschaftliches Schöpferum dient, welchen sozialen Interessen seine wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen und für welche Ziele sie verwertet werden.“*

Zwei Jahre später, zur Jahresversammlung 1985, setzte der Stellvertreter desselben Ministers die Zumutung an das Auditorium im gleichen Tenor und mit dem gleichen Ansinnen fort: *„... führen wir den politischen Dialog mit all denen weiter, die zu einer Koalition der Vernunft bereit sind, die sich an die Realitäten und an die Verträge halten. Unser Bestreben nach gutnachbarlichen Beziehungen läßt sich aber in letzter Zeit immer schwieriger umsetzen. Immerhin gehört die Regierung der BRD zu den*

*hartnäckigsten Verfechtern des Konfrontationskurses, die BRD ist die bedeutendste Abschlußrampe der neuen, auf uns und unsere verbündeten Länder gerichteten USA-Raketen. Dazu kommen in letzter Zeit immer mehr lautstark und mit offizieller Duldung oder gar Förderung vorgetragene Losungen, für die man nur den Begriff Revanchismus verwenden kann.“*⁶

An diesem ausführlichen Beispiel politischer Einmischung, das der Minister wie üblich mit einer stattlichen Lobhudelei auf das Erziehungs- und Wissenschaftssystem der DDR fortsetzte, sollte die von Phrasen und Worthülsen starrende Schwarz-Weiß-Malerei in den West-Ost-Betrachtungen der DDR-Offiziellen demonstriert werden, die nicht nur den Alltag der Wissenschaftler in der DDR „bereicherten“, sondern auch ihre „Sonnentage“ wie Jahresversammlungen der Leopoldina beschwerten. Obwohl der „kalte Krieg“ längst vorüber war, hielten es die SED-Führung und der Hochschulminister oder sein ebenso geschärfter Stellvertreter für notwendig, auch vor einem international besetzten wissenschaftlichen Auditorium mit einem an jene Zeit erinnernden ideologischen Kaliber rhetorisch zu feuern. Es war eine Rede, bei der westdeutsche Kollegen Anstalten machten, den Saal zu verlassen.

Präsident BETHGE stand in solchen, vom ministeriellen Geldgeber provozierten Situationen vor einer schwierigen Aufgabe. Er hatte sich ohnehin für alle seine Präsidentenreden zu den Jahresversammlungen vorgenommen, auf ein aktuelles Wissenschaftsgebiet näher einzugehen. Die angedachte Frage, wie die deutsche Wissenschaft speziell in

Ostdeutschland gegen die internationale Konkurrenz sich besser behaupten und darstellen könne, enthielt im Keim das Problem der großen Erfolge der Naturwissenschaften in jenen Vereinigten Staaten von Amerika, die der Minister des Versuchs zum globalen Nuklearkrieg bezichtigt hatte. Es hätte daher nahegelegen, auf die Kernforschung einzugehen - die vorangegangene politische Darstellung schien dazu geradezu herauszufordern.

Mit der unangreifbaren Meinung des sowjetischen Physikers, Nobelpreisträgers und Ehrenmitglieds der Leopoldina Pjotr KAPICA in der Hinterhand analysierte der Präsident als Ursachen für den wissenschaftlich-technischen Vorsprung der USA vor allem Leistungsdruck, Leistungswillen, Originalität im Denken und eine Finanzierungsweise, die das richtige „Umfeld“ für erstklassige Forschung förderten. Es waren alles Kriterien, mit denen der Minister nichts anzufangen wußte. Er hatte eine politische Stellungnahme der Leopoldina zu den amerikanischen Aufrüstungsankündigungen erwartet.

Eine von den Sorgen der Zeit begleitete Antwort gab BETHGE dem Minister erst jetzt, 1985, nach der nochmaligen verbalen Attacke auf die deutsch-deutschen Beziehungen mit den Raketenbasen der Amerikaner im Hintergrund:

„Wir alle wissen, daß einhergehend mit einer gewaltigen Aufrüstung, das politische Klima zwischen Ost und West sich rapide verschlechtert hat. Das Mißtrauen, das vor einigen Jahren noch etwas abzutauen schien, hat sich beängstigend verschärft, und die Wissenschaft blieb, auch das müssen wir feststellen,

davon leider nicht unberührt. Wir alle machen uns Sorgen.

Wenn ich mich zu diesen Sorgen hier heute äußern will, so muß ich einige Vorbemerkungen vorausschicken. Ich spreche nicht als Präsident im Namen der Akademie und auch nicht in Fortsetzung der Mahnungen und Sorgen, die Sie, Herr Minister ... soeben ja schon sehr scharf angesprochen haben. Ich spreche als Wissenschaftler, der als Physiker allerdings etwas genauer weiß, wie unscharf die Grenzen zwischen Grundlagen- und Angewandter Forschung sind und dem als langjährigem Institutsleiter geläufig ist, daß zunehmend mit der Frage ‚Was ist denn herausgekommen?‘ gemeint ist, was sich als ökonomischer Nutzen nachweisen läßt. Diese Wandlung geschieht weltweit, und vor dem Hintergrund eines gewaltig gewachsenen Wissenschaftspotentials einerseits und den volkswirtschaftlichen Bedrängnissen andererseits, ist die Frage sogar legitim. Ich erwähne dies, weil die Wissenschaft - und dies gilt für viele Disziplinen - damit gegenüber früher sehr viel enger an die Gabelung herangerückt ist, an der sich entscheidet, ob der Nutzen gut oder böse sein wird.

Ich will über den bösen Weg sprechen und versuchen, eine Aussage herauszuarbeiten, die, so will mir scheinen, bislang in der öffentlichen Diskussion kaum berührt wurde. Nicht sprechen will ich über die 50000 Kernsprengköpfe, von denen ein Bruchteil zur Herbeiführung der totalen Katastrophe genügt, und auch nicht über den Raketenwahnsinn, der uns hier in Mitteleuropa ja besonders bedrückt. Wir alle wissen, daß ein ‚Gleichgewicht des Schreckens‘

existiert, und es lassen sich nur schwer Argumente gegen die Annahme finden, daß dieses Gleichgewicht uns möglicherweise vor einer massiven Konfrontation der beiden Machtblöcke bewahrt hat.

...Ich fürchte, Forschungs- und Entwicklungsprogramme der vorgesehenen Dimension für Waffentechniken ganz neuer Art werden - was meiner Vermutung nach ja angestrebt wird - zu einer Quantität und neuer Qualität von high-tech führen, die uns soziologisch größte Schwierigkeiten bereiten wird.

... Hier ließen sich viele Beispiele anführen, die deutlich machen würden, wie schnell Erkenntnisse der Grundlagenforschung plötzlich von großem Interesse sind für die Schlüsseltechnologien und daß es nur des Wollens und natürlich der entsprechenden Mittel bedarf, um high-tech hervorzubringen.

... Die Gesellschaft als wohl kompliziertestes Gebilde muß Zeit haben, sich anpassen zu können. Dies ist, wie Sie mir sicher zustimmen, zum derzeitigen Tempo des technologischen Fortschritts nicht gelungen, und wir müssen fragen, was wir eigentlich heraufbeschwören, wenn mit gigantischen Programmen Rüstung und high-tech verschmolzen werden?⁹

Ein scharf formulierter Protestbrief des Präsidenten an den Minister (2. 5. 1985) im Nachgang zu dessen Rede auf der Jahresversammlung 1985 war dann übrigens Anlaß für eine der erwähnten drei oder vier harten Konfrontationen in der Amtszeit von BETHGE.

Kleinere, gleichwohl sehr ärgerliche Verstimmungen mit dem Ministerium erga-

ben sich bei abgelehnten Reisen von Präsidiumsmitgliedern; bei staatlichen Bezeichnungen in den Mitgliederverzeichnissen, die der offiziellen Lesart nicht entsprachen; bei Wahrnehmungen von internationalen Funktionen durch Leopoldina-Vertreter - alles Nadelstiche, die zum Alltag des DDR-Systems gehörten. Über die meisten Gespräche, von denen der Präsident dem Präsidium berichtete, könnte es wie im Protokoll vom 22. 2. 1988 heißen: „Als Fazit dieses Gesprächs ergab sich die Erkenntnis, daß das Ministerium die Akademie [für seine wissenschaftspolitischen Vorstellungen - Verf.] klug ins Kalkül setzt.“¹⁰

Wie „klug“ das gelegentlich geschah, ist im Protokoll der Präsidiumssitzung vom 24. 10. 1983 nachzulesen: „Staatssekretär BERNHARDT [vom Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen - Verf.] hat den Rektor der Universität beauftragt, mit dem Präsidenten ein Gespräch zu führen. Die Akademie wurde gebeten, an die Mitglieder Briefe über den notwendigen Kampf um die Erhaltung des Friedens zu versenden mit der weiteren Bitte, diese Briefe der Presse zugänglich zu machen. Da wir eine internationale Akademie sind, konnte der Präsident dieser Bitte nicht entsprechen. Mit ähnlichem Wortlaut und gleicher Zielstellung ist der Präsident auch von der Akademie der Wissenschaften der DDR angerufen worden.“¹¹

Bei den meisten dieser Präsidenten-Gespräche waren die Minister oder die Stellvertreter von einem Herrn M. oder später Herrn D. begleitet, deren Ausstrahlung auch dem wenig Eingeweihten sofort Herkunft bzw. Auftrag verriet. Gelegentlich kamen sie auch allein in die Leopoldina, um nach dem Rechten zu

sehen. Speziell in Reiseangelegenheiten hatten sie immer die Hand im Spiele. Sie erwarteten, Einfluß auf die Personalpolitik der Leopoldina-Mitarbeiter zu erhalten, und bei den Veranstaltungen der Akademie verlangten sie in freundlichem Ton die Teilnahme zu möglichst allen Zusammenkünften der Mitglieder. - Gewiß doch: die mit drei Viertel ihrer Mitglieder aus dem kapitalistischen Ausland „belastete“ Leopoldina existierte mit einer halben Million Mark Haushaltsjahresbudget mitten in der DDR, wo das Ministerium für Staatssicherheit allgegenwärtig war. Deren offizielle, gerade erwähnte Pappenheimer waren schnell ausgemacht - sie verhehlten auch ihre neugierigen Aufträge gar nicht - und wurden kalkulierbar.

Anders verhielt es sich mit den „inoffiziellen Mitarbeitern“. Es waren sehr wenige nur, deren stilles Wirken, bewußtes oder unbewußtes konspiratives Plappern erst nach 1990 an die Außenwelt drang und der Akademie bekannt wurde. Sie bleiben ein diffiziles Problem - für die Leopoldina weniger ein juristisches als ein moralisches und damit ein menschliches.¹² „Geheimnisse“ des vorsichtigen Präsidiums waren damit nicht zu entschleiern, aber daß die sonst doch überall gelungene Stasi-Unterwanderung bei der Leopoldina sich unerwartet schwierig erwies, mußte so sehr als Stachel des Anreizes empfunden worden sein, daß in der dann nicht mehr stattgefundenen Zukunft des Ministeriums für Staatssicherheit „... Möglichkeiten erarbeitet werden [sollten], um die Stellung der L. in der DDR zugunsten der DDR zu verändern“.¹³

Wie ängstlich die Staatsmacht sich zeigte, besonders in den späten 80er Jah-

ren, wenn die Jahresversammlungen der Leopoldina Hunderte von wißbegierigen Jugendlichen anlockten, demonstrierte sie mit der lautlosen Einquartierung einer Kompanie von Sicherheitskräften in die Nebenräume des Versammlungsgebäudes.¹⁴ Gefahr schien besonders dann aufzudämmern, wenn Carl Friedrich von WEIZSÄCKER mit brillanter Rhetorik die akademische Jugend wie ein Magnet zu einem Ausflug in die Philosophie, Geschichte oder Ethik anzog.

„Die LEOPOLDINA ist eine Gemeinschaft von Gelehrten, die Begegnung und Austausch von Gedanken und Meinungen über die Grenzen und Staaten und der wissenschaftlichen Disziplinen hinweg für dringlich hält und diese zu fördern sich bemüht. Der Idee der Humanitas verpflichtet, sich der Verantwortung naturwissenschaftlicher Forschung und ärztlicher Tätigkeit bewußt, wird unsere Akademie ihre Arbeit fortführen ...“¹⁵
„Heute sehen wir uns als eine internationale Akademie, die nicht nur ihre Wurzeln, sondern auch ihre Basis in unserer Zeit in den deutschsprachigen Ländern hat.“¹⁶

Diese aufgabenbezogene und geographische Einordnung der Leopoldina war der Maßstab, den in der späteren DDR-Zeit die Akademie sich zum offiziell eingeschränkten Handeln anlegte, die Einbettung der nationalen Aufgaben in die internationale Umrahmung. Letztere half immer dann, wenn die offizielle DDR-Politik zu sehr auf deutsch-deutsches Auseinanderdriften pochte. Die nationale Komponente wurde vor allem gepflegt und unterstützt durch die westdeutschen Mitglieder, persönlich oder über Organisationen. Ihre materiellen und ideellen Hilfen waren vielfältig; von manchen

wußten die DDR-Oberen, aber viele kleinere Kooperationen blieben ihnen auch verborgen. Sie mutmaßten solche, und das damit verbundene Mißtrauen war zur Aufrechterhaltung der nötigen Distanz ganz hilfreich. Größere deutsch-deutsche Unternehmungen mußten natürlich staatlich abgesegnet sein.

Das Präsidium wäre schlecht beraten gewesen, dem Ministerium für das Hochschul- und Fachschulwesen ein Spendenkonto in München zu unterschlagen, das von Adolf BUTENANDT für die Leopoldina eingerichtet worden war und von Spenden westdeutscher Mitglieder gespeist wurde (als „Adolf-Butenandt-Förderkreis für Naturforscher der Leopoldina e.V.“, München, weiter existierend). Der Dienstwagen der Leopoldina wurde von der Max-Planck-Gesellschaft geschenkt, die modernen Schreibmaschinen von anderen Gönnern gestiftet. An der jährlichen Bücherspende für die Mitarbeiter der ostdeutschen Mitglieder beteiligten sich alle westdeutschen Kollegen. Wissenschaftliche Geräte oder Laborchemikalien wurden regelmäßig von Leopoldina-Mitgliedern auch unter Umgehung strikter Einfuhrbestimmungen eingeführt, um die experimentellen Arbeiten in den finanziell ausgelaugten ostdeutschen Instituten zu ermöglichen. - Das waren haltbare „dünne Drähte“ deutsch-deutscher Gemeinschaft zwischen den Wissenschaftlern, jene „Leopoldinische Kollegialität“, die zu entwickeln Heinz BETHGE unter den wirtschaftlich immer schwieriger werdenden Bedingungen anregte.¹⁷

Dieses alles meinte der Präsident mit kargen Worten in seiner Rede zur Jahresversammlung im April 1989, als die Lockerungen zwischen den beiden deut-

schen Staaten spürbar wurden, ohne daß bereits ein Licht am Ausgang des langen Tunnels sich andeutete:

„Wir haben, manchmal sicher etwas zu argwöhnisch beobachtet, Fahrtrinnen erkundet, in denen heute nach merklicher Entspannung zunehmend Bewegung in Gang kommt. Senat und Präsidium haben sich bemüht, aber wichtiger war die Gemeinschaft unserer aktiven Mitglieder, die hüben und drüben machbare Gemeinsamkeit praktiziert haben.“¹⁸

Auf ähnliche Weise, obgleich wesentlich kompliziertere und aufwendigere deutsch-deutsche Wechselbeziehungen nötig waren, wurde zwischen 1985 und 1988 ein Vortrags- und Sitzungsgebäude der Leopoldina geplant und auf dem Grund eines der Akademie gehörigen auffälligen Wohnhauses errichtet. Der Akademie wurde damit ein willkommenes und schönes, technisch modernes Umfeld für die Veranstaltungen geschaffen. Präsident BETHGE hatte über Reimar LÜST eine Möglichkeit eingefädelt, das Vorhaben aus westdeutschen Quellen anzufinanzieren.¹⁹ Mit einer größeren Summe aus der Krupp-Stiftung - was dem Staat ein willkommener Devisenimport bedeutete - war das Ministerium unbürokratisch schnell einverstanden; im Volkswirtschaftsplan erhielt das Projekt eine vorgezogene Plankennziffer, die Bezirksadministration folgte nach, das Baukombinat erhielt einen Auftrag und schließlich auch Devisen für die Nachbesserung seines Baumaschinenparks. Die Spende der Krupp-Stiftung, großzügig unterstützt durch den Generalbevollmächtigten Professor BEITZ,²⁰ war eine zur Initialzündung notwendige, kritische Masse“ (von der noch ein Anteil in ande-

re staatliche Kanäle floß), um das Hochschulministerium zu einer Sonderfinanzierung mit einem Mehrfachen an DDR-Mark anzuregen, womit der Bau realisiert werden konnte.²¹

Am Ende hatten wohl alle Beteiligten das Gefühl, gewonnen zu haben, aber das deutsch-deutsche diplomatische Geflecht, das sich schnell um den ganzen Vorgang spann und das Heinz BETHGE zu durchdringen hatte, war sperriger, als hier darzustellen ist. Gleichfalls soll nicht detailliert berichtet werden, wie der Präsident persönlich Wasserhähne, Küchengerätschaft und Fließzement auf seinen Reisen nach München besorgte und nach Halle transportierte.

Über andere Erfolge in der Amtszeit BETHGES ließe sich noch einiges schreiben, waren sie doch immer gegen äußere Widerstände errungen worden. So soll nicht unerwähnt bleiben, daß trotz drucktechnischer Schwierigkeiten und Mangel an Papierkontingent die Vorträge der Jahresversammlungen und andere Vorträge in guter Qualität in den Nova Acta Leopoldina gedruckt wurden, allerdings oft verbunden mit verspätetem Erscheinen. Ein ‚Statut in Prosa‘ in Form einer kleinen Akademiegeschichte²² erschien in zwei Auflagen; erstmals wurde ein Gesamtmitgliederverzeichnis²³ gedruckt.

Die in den vorangegangenen Jahren geschwächten Beziehungen zur Gründerstadt Schweinfurt wurden reaktiviert. Der Präsident und weitere Präsidiumsmitglieder weihten 1981 ein neues „Leopoldina-Krankenhaus“ mit einem bemerkenswerten Symposium über die apparative Medizin ein;²⁴ bei den feierlichen Verleihungen des Carus-Preises im

Schweinfurter Rathaus erschien der Präsident im Amtsschmuck. Welche Zähigkeit der erste Mann der Akademie an den Tag legen mußte, um nicht nur für sich, sondern auch weiteren ostdeutschen Präsidiumsmitgliedern und Senatoren Reisepapiere zu beschaffen, kann man im nachhinein kaum noch ermessen. So konnte die Leopoldina bei den Jahresfeiern der anderen deutschen Akademien regelmäßig vertreten sein.

Während die Beziehungen der Leopoldina zu den einzelnen westdeutschen Akademien der Wissenschaften, die sich 1973 zu einem Verbund, der „Konferenz der Akademien der Wissenschaften in Deutschland“ zusammengeschlossen hatten, auf Grund vieler persönlicher Bindungen gut und hilfreich zum Nutzen der Leopoldina blieben, spielte die Akademie im internationalen akademischen Konzert nur betont vorsichtig mit. So waren Präsident und Präsidium besorgt über die Gründung einer Europäischen Akademie, die von England ausging. Man werde sich zurückhalten, weil die Einbeziehung der Leopoldina diese „... unerwünscht mit Politik belasten ...“ würde.²⁵ Der von einigen Senatoren geäußerte Wunsch, einen zweiten auswärtigen Vizepräsidenten für die Stammeländer Schweiz und Österreich zu ernennen, „... wirft ernste Probleme auf, die insbesondere für die ... Zukunftsaufgaben unserer Akademie neue Fragen stellen“ - ebenso wie auswärtige wissenschaftliche Veranstaltungen der Leopoldina skeptisch zu beurteilen seien.²⁶

Die offiziellen Beziehungen zu den osteuropäischen Staatsakademien der Wissenschaften wie zu den entsprechenden Institutionen im eigenen Lande wa-

ren kühl, aber nicht unfreundlich. Man hatte sich nichts Wesentliches zu sagen; die Gelehrten-gesellschaft Leopoldina gehörte zu einer anderen Kategorie, lebte gewissermaßen in einer anderen, gelegentlich neidvoll betrachteten Welt, die keine ideologischen Pflichtveranstaltungen kannte, die mit Forschungsplänen und der Überführung von Forschungsergebnissen in die volkswirtschaftliche Praxis nichts anzufangen wußte und hatte. - Um so freundschaftlicher war der individuelle Meinungs-austausch zu den Mitgliedern der Leopoldina in jenen Ländern.

Auch die vielfachen Bindungen zur Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in den Jahren der Amtszeit BETHGE ließen auf der oberen Ebene zu wünschen übrig und beschränkten sich in manchen Jahren auf den Austausch von Neujahrsgrüßen. Insgesamt wechselhaft, hingen Sprachlosigkeit oder Gespräche der Vernunft bis hin zu freundlichen Worten bei feierlichen Anlässen, z. B. zur Hundertjahrfeier der Leopoldina-Präsenz in Halle 1978,²⁷ von der jeweiligen politischen Großwetterlage ab, die sich bis in diese lokalen Bereiche bemerkbar machte. Schließlich spielten Geschick und guter Wille zu Konzessionen auf beiden Seiten mit, um die natürlichen Gegebenheiten zur Zusammenarbeit auszuloten, ohne daß Berliner Ministeriale über die sich als Trojanisches Pferd zur Verfügung stellende Universitätsleitung in die Leopoldina einzudringen vermochten. Der relativ häufige Amtswechsel der Rektoren versprach Abwechslungen, die in der erwähnten Wechselhaftigkeit der Beziehungen sichtbar wurden.

Zum leopoldinischen Bild aus der Zeit

des östlich von Mauer und Stacheldraht real existierenden Sozialismus gehörte ein in vielen Jahren gewachsenes Verhaltensmuster, um die Akademie mit machbarem Anstand und gutem Gewissen durch eine schwierige Zeit zu führen, hoffend, daß eine bessere Zukunft sich irgendwann einstellte. Das Präsidium blieb ein harmonisch zusammenwirkendes, politisch integriertes und wissenschaftsorganisatorisch zuverlässiges Leitungsinstrument, aus dem neben dem Präsidenten Vizepräsident Horst SACKMANN (1921 - 1993) durch seine souveräne und klare Haltung herausragte. Man wußte, daß wissenschaftliche Argumente mit politischen Parolen beantwortet wurden und wie man politischen Parolen mit wissenschaftlichen Argumenten begegnete. Es gab wohl substantielle und persönliche Sorgen unter den Mitgliedern wie im Präsidium, aber die wurden aus Sicherheitsgründen in den Protokollen nicht festgehalten. Die fast 40jährige Wissenschaftspolitik der DDR für oder auch gegen die Leopoldina war trotz heikler Perioden irgendwie doch berechenbar. Im Gegensatz zu allen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen erreichten uns die offiziellen Wünsche in Samt und Seide verpackt, weil die Leopoldina keiner staatlichen Weisungsbe-fugnis unterlag. In ganz schlimmen Situationen konnte der Präsident mit der „Übersiedlung“ der Akademie in die Bundesrepublik drohen.

Diese Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, normalerweise still geduldet, gleichwohl kritisch beobachtet, wurde besonders dann für die hohe Politik interessant, wenn ausländische Staatsgäste die DDR besuchten und fast nebenbei unsere Akademie erwähn-

ten. Die Jahresversammlungen waren, wie bereits angedeutet, ein zweites Feld staatlich und öffentlich geäußelter Hochschätzung, bei der das Prestigedenken offensichtlich wurde: wie geistig tolerant ist doch die DDR-Führung, einen so eigenwilligen Dorn im besten Fleisch des Sozialismus zu dulden! - Aber: siehe oben! Die Leopoldina galt als eine der wenigen „Anomalien“ in einem riesigen Gleichschaltungsbetrieb, der sich Deutsche Demokratische Republik nannte und der im Herbst 1989 so sehr durch-

einandergeriet, daß er am 3. Oktober 1990 vollständig abgeschaltet werden konnte.

Daß ihrem XXIII. Präsidenten, Heinz BETHGE, 1991 als erstem Bürger aus den neuen Bundesländern das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen wurde, ehrte auch die Leopoldina und drückt die Anerkennung für das Bemühen der Akademie aus, über 40 Jahre hinweg der deutschen Teilung innerlich widerstanden zu haben.

Anmerkungen:

- 1 BETHGE 1978, S. 16.
- 2 BETHGE 1990, S. 23.
- 3 Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften von 1969, publ. in: *Gesetzbl. DDR*, Teil II, Nr. 49, S. 317.
- 4 Statut der Akademie der Wissenschaften der DDR von 1984, publ. in: *Gesetzbl. DDR*, Teil I, Nr. 19, S. 241.
- 5 *Die Zeit*, Hamburg, Nr. 25 vom 15. 6. 1990.
- 6 BÖHME 1989a, S. 11.
- 7 BÖHME 1989a, S. 13.
- 8 BÖHME 1989b, S. 12. Die Grußansprache des Ministers wurde von dessen Stellvertreter Prof. Dr. Dr. Günter HEIDORN vorgetragen.
- 9 BETHGE 1989a, S. 26 - 28.
- 10 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 22. 2. 1988.
- 11 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 24. 10. 1983.
- 12 PARTHIER 1993a, S. 35.
- 13 PARTHIER 1993b, S. 31.
- 14 BETHGE 1990, S. 14.
- 15 BETHGE 1989b, S. 9.
- 16 BETHGE 1991, S. 27.
- 17 *Ibid.*, S. 30.
- 18 *Ibid.*, S. 27.
- 19 Protokolle der Präsidiumssitzungen vom 15. 6. 1984, 17. 6. und 23. 9. 1985, 21. 4. 1986.
- 20 Protokolle der Präsidiumssitzungen vom 27. 1. und 21. 7. 1986.
- 21 Protokoll der Senatssitzung vom 7. 4. 1989, vgl. BETHGE 1991, S. 25.
- 22 USCHMANN 1977/1989.

- 23 Die Mitgliederliste erschien zusammen mit Struktur und Mitgliederbestand 1987.
- 24 BETKE et al. 1983.
- 25 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 29. 3. 1985.
- 26 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 29. 4. 1985.
- 27 Vgl. BERGNER 1979.

Literatur:

- BERGNER, D. (1979): Grußadresse des Rektors der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In: 100 Jahre Leopoldina in Halle. 1878-1978. Vorträge z. Festsitzung am 14. Okt. 1978. Hrsg. vom Präsidium d. Akademie. AHL Suppl. 2
- BETHGE, H. (1978): Bericht des Präsidenten der Akademie. In: SCHARF, J.-H. (Hrsg.): Systeme und Systemgrenzen. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 9. bis 12. Oktober 1975 zu Halle (Saale). NAL Bd. 47, Nr. 226, S. 15-27
- BETHGE, H. (1989a): Bericht des Präsidenten der Akademie. In: SCHARF, J.-H. (Hrsg.): Singularitäten. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 30. März bis 2. April 1985 zu Halle (Saale). NAL Bd. 62, Nr. 270, S. 17-30
- BETHGE, H. (1989b): Zum Geleit. In: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Geschichte und Gegenwart. Hrsg. v. Präsidium d. Akademie. Halle: Leopoldina 1989 (Acta historica Leopoldina, Suppl. 1, 2. überarb. u. erw. Aufl.), S. 7 - 10
- BETHGE, H. (1990): Ansprache des scheidenden Präsidenten. In: Feierliche Übergabe des Präsidentenamtes von Heinz Bethge an Benno Parthier am 30. 06. 1990 im Goethe-Theater zu Bad Lauchstädt. NAL Bd. 65, Nr. 278, S. 10-23
- BETHGE, H. (1991): Bericht des Präsidenten der Akademie. In: SCHARF, J.-H. (Hrsg.): Anomalien. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 8. bis 11. April 1989 zu Halle (Saale). NAL Bd. 65, Nr. 277, S. 19-32
- BETKE, K.; KERN, E.; RENNERT, H. (Hrsg., 1983): Der Arzt und die apparative Medizin. Leopoldina-Symposion, abgehalten in der Gründungsstadt der Akademie Schweinfurt am 22. und 23. Oktober 1981. NAL Bd. 55, Nr. 249
- BÖHME, H. (1989a): Grußansprache. In: Scharf, J.-H. (Hrsg.): Nichtgleichgewichtsvorgänge. Dynamische Strukturen. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 7. bis 10. April 1983 zu Halle (Saale). NAL Bd. 60, Nr. 265, S. 11-14
- BÖHME, H. (1989b): Grußansprache. In: SCHARF, J.-H. (Hrsg.): Singularitäten. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 30. März bis 2. April 1985 zu Halle (Saale). NAL Bd. 62, Nr. 270, S. 11-15
- PARTHIER, B. (1993a): Ansprache des Präsidenten. In: KÖHLER, W. (Hrsg.): Wachstum und Wachstumsgrenzen. Vorträge anlässlich der Jahresversammlung vom 24. bis 27. April 1993 zu Halle (Saale). NAL Bd. 69, Nr. 285, S. 25-43
- PARTHIER, B. (1993b): Die Leopoldina in Vergangenheit und Gegenwart. AHL Suppl. 3, S. 31
- USCHMANN, G. (1977): Kurze Geschichte der Akademie. In: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina 1652-1977. Hrsg. v. Präsidium d. Akademie. AHL Suppl. 1, S. 9-61. In der 2., bearb. u. erw. Aufl. (1989): Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Geschichte und Gegenwart. Hrsg. vom Präsidium d. Akademie. AHL Suppl. 1, S. 11-65

REAKTION

Rainer Eckert (Berlin):

Gendarstellung zu: Ralf Preuß: Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen, in *hochschule ost* 5/94

1. Dr. Ralf Preuß erweckt in seinem Beitrag den Eindruck, die Debatte um die Vergangenheit der DDR würde benutzt, um „linke Intellektuelle“ zu verdrängen, und seine Entlassung aus dem Institut für Geschichtswissenschaften der Berliner Humboldt-Universität hätte vermutlich damit zu tun, daß er die „moralische Angemessenheit des Verhaltens der Herren Wolle, Eckert und Mitter in Zweifel zog“. In Wahrheit wurde Herr Preuß wegen mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation nicht weiter beschäftigt. Diese Entscheidung traf schon die unter Rektor Heinrich Fink eingesetzte Personalstrukturkommission.

2. Herr Preuß behauptet, daß ich zu einer kleinen Gruppe von Historikern gehören würde, die für zwei Semester 1972/1973 aus politischen Gründen von der Humboldt-Universität zur „Umerziehung in der Praxis“ relegiert worden seien. Dies ist die Unwahrheit. Ich mußte

mich von 1972 - 1975 insgesamt drei Jahre in der „Produktion bewähren“. Gleichzeitig hatte die Universität Hausverbot gegen mich verhängt, und mir war die Aufenthaltsgenehmigung für Berlin entzogen worden. Im gleichen Zeitraum ermittelte die Staatssicherheit gegen mich im Rahmen des „Operativen Vorganges Demagoge“ wegen § 106 staatsfeindlicher Hetze und § 107 staatsfeindlicher Gruppenbildung. In diesem Zusammenhang waren gegen mich u.a. Postkontrolle und totale Reisesperre verhängt.

3. Dr. Preuß vertritt die Auffassung, daß ich nach einem Jahr in der „Praxis“ eine Anstellung an der Akademie der Wissenschaften erhalten habe, wo ich mich ausschließlich der Forschung widmen und promovieren konnte. Das ist die Unwahrheit. Nach drei Jahren in einem Baubetrieb wurde ich im Zentralinstitut für Geschichte als Hilfskraft in der Biblio-

thek angestellt. Nach drei Monaten bekam ich dort bibliographische Arbeiten übertragen. Mit diesen wissenschaftlichen Hilfsaufgaben war ich vierzehn Jahre beschäftigt. Den Abschluß meines Studiums, mein Diplom und meine Promotion mußte ich extern, d.h. mit kurzfristigen Freistellungen von der bibliographischen Arbeit außerhalb der Dienstzeit bewältigen. 1982 wurde das Thema einer fast fertiggestellten Promotionsarbeit über die Widerspiegelung der Judenverfolgung in der Exilpublizistik gestrichen. Die Begründung dafür war, daß an einer solchen Arbeit in der DDR kein Interesse bestehen würde, daß die Beziehungen der DDR zu Israel zu schlecht seien, und daß ich - da kein Mitglied der SED - entscheidende Quellenbestände im Zentralen Parteiarchiv dieser Partei nicht einsehen könne.

4. Herr Preuß behauptet, Prof. Kurt Pätzold wurde unter dem Vorwand der Relegation „von Eckert und dessen Kommilitonen“ und auf Grund der Aussage von Eckert und anderer von der Universität entfernt. Das ist falsch. Zwar spielte bei der Entlassung Herrn Pätzolds dessen Beteiligung an politischer Verfolgung von Studenten eine Rolle, doch nicht in meinem Fall. Prof. Pätzold hatte mit meiner Exmatrikulation direkt nichts zu tun, und ich habe dies auch nie behauptet.

5. Dr. Preuß behauptet weiterhin, Eckert, Wolle und Mitter saßen, um „sich für ihnen früher angetanes Unrecht zu rächen“, über den personenbezogenen Akten des Institut für Geschichtswissenschaften. Das ist die Unwahrheit. Herr Mittel hat sich mit solchen Akten nicht beschäftigt, Herr Wolle und ich haben uns mit den Strukturen politischer Verfolgung an der Humboldt-Universität während der SED-Diktatur auseinandergesetzt. Dabei spielten personalbezogene Akten kaum eine Rolle.

6. Herr Preuß behauptet, „diese jungen Wissenschaftler“ hätten „ihren ersten Auftritt“ auf der ersten Personalversammlung des Institutes für Geschichtswissenschaften 1992 gehabt. Das ist die Unwahrheit. Die erste öffentliche Auseinandersetzung um die Vergangenheit des Instituts für Geschichtswissenschaften fand im November 1990 an der Humboldt-Universität statt. Mehrere weitere folgten. All dies ist schriftlich dokumentiert. Herr Preuß war mir bis zu der von ihm erwähnten Personalversammlung weder als Mitarbeiter der Sektion/des Institutes für Geschichte noch als Wissenschaftler in irgend einer Form bekannt.

Rainer Eckert, Dr. phil., ist Assistent am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

Uwe Hirschfeld (Dresden):

Kritik und Reform einer Studienordnung Ein grundsätzlicher Beitrag (mit drei längeren Fußnoten) aus der Diskussion an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden

Die Schule - als Institution - erzieht.
Siegfried Bernfeld

Das revolutionäre Subjekt lernt, aber es lernt schon für eine Welt, in der die Arbeit der Vergangenheit hinter uns liegt, für eine kommende Welt kollektiver Eigenverfügung. In der mündigen Form des Lernens setzt die Überwindung der Inhalte langsam an, die eine endlose Sklaverei auferlegt hat, beginnen sie einer neuen Erfahrung zu weichen, die das Hoffen der Geschlechter zu sich nimmt. Zukunft wird nur menschlich, wenn mit der Aufhebung der Sklaverei auf der Stelle begonnen wird, sie enthält nur so viel Humanität, wie in sie hinein gegeben werden kann. Ein revolutionärer Akt genügt nicht, um die Jahrtausende alten Archetypen auszuräumen, mag er auch die Welt erschüttern, Veränderung will in uns selbst über umwälzende Praxis durchlaufen sein.

Heinz J. Heydorn 1970

Die Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden (im folgenden kurz: EFH) wurde 1991 gegründet (als einzige Ev. FH in den NBL - in den alten gibt es über zehn), verfügt über einen berufs begleitenden und einen grundständigen Studiengang, von dem jetzt die Rede sein soll.

Nach Abschluß der Gründungsphase Ende diesen Jahres wird die Hochschu-

le gemeinsam, wenn auch in extrem ungleichen Teilen, vom Freistaat Sachsen und der Ev.-Luth. Landeskirche von Sachsen finanziert. Zur Zeit sind ca. 320 StudentInnen (von geplanten 450) eingeschrieben und 14 Professuren (von insgesamt 18) wurden besetzt, von denen 10 ihre Arbeit bereits aufgenommen haben. Zusätzlich sieht der Stellenplan wissenschaftliche MitarbeiterInnen vor, die fast alle auf halben Stellen arbeiten.

Das „besondere Profil“ der EFH, das sie auch von fast allen westdeutschen Ev. FHs unterscheidet (außer der Ev. FH Rauhes Haus Hamburg, deren Modell sie weitgehend kopiert, von wo auch der Rektor kommt), besteht in ihrer Integration von Theologie in das Studium der Sozialarbeit.

Der erste Studienjahrgang befindet sich gegenwärtig in der Diplomprüfungsphase und nimmt im März 1995 das Berufspraktikum (Anerkennungsjahr) auf - wenn bis dahin ausreichend Stellen vorhanden sein sollten. Das war und ist einer der Anlässe, über eine Reform der Studienordnung nachzudenken. Die Dis-

kussion ist zwar mittlerweile in Gang gekommen, wird aber von vielen Hochschulangehörigen nur halbherzig verfolgt, bzw. zögerlich und mit verwunderlich wenig Engagement geführt - was durchaus „Verdienst“ der gegenwärtigen Struktur und der damit korrespondierenden Arbeitssituation ist.

Dieser Artikel, in anderer Form auch als Beitrag zur Diskussion in der Hochschule entstanden, versucht daher nicht nur, Alternativen zur bestehenden Studienordnung zu entwerfen, sondern richtet viel Aufmerksamkeit auf die Analyse und Kritik der bestehenden Lehr-/Lernverhältnisse.

1. Zum Verhältnis von Sozialarbeit und Diakonie an der EFH

Zum Verständnis des „integrierten Studiums“ sei kurz die aktuelle Situation skizziert: Zunächst gehört Theologie im dreisemstrigen Grundstudium mit je 2 SWS zu den Pflichtfächern, wie auch Psychologie, Soziologie u.a.; die kleine Besonderheit, daß die Studierenden im dritten Semester nur in Theologie zwischen drei verschiedenen Angeboten wählen können, entsprechend auch in kleineren Gruppen arbeiten, ignorieren wir an dieser Stelle - gleichwohl sie schon die Sonderstellung der Theologie deutlich macht.

Im Hauptstudium, das weitgehend von der Arbeit in den „Studienschwerpunkten“ (z.B. Jugendarbeit) und den zugeordneten Methodikkursen (insgesamt 8 SWS) geprägt ist, wird die Auseinander-

setzung mit Theologie fortgesetzt, begleitet noch von den Fächern Rechtswissenschaft und Sozialarbeit, ergänzt von Wahlangeboten, den sog. „Theologisch-praktischen Übungen“ (z.B. Seelsorge, Bibliodrama u.a.). Alle anderen Disziplinen (Psychologie, Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialmedizin u.a.) werden nur im Grundstudium gelehrt.

Im siebten Semester findet die Diplomprüfung statt und nach dem Anerkennungsjahr schließt sich, nach Theologie-Blockwoche, eine diakonische Abschlußprüfung an. Die während des Studiums in Theologie zu erbringenden Studienleistungen sind nun aber nicht nur Voraussetzung für den diakonischen Abschluß, sie sind auch Voraussetzung zur Zulassung für die Diplomprüfung.

Dabei wird die Integration der diakonischen Ausbildung in das Studium der Sozialarbeit überwiegend als positiv gesehen. Andere Modelle, wo nach einem Sozialarbeitsstudium beispielsweise noch ein Jahr „Diakonenkurs“ stattfindet, vermögen keine so intensive Auseinandersetzung der diakonischen Theologie mit den sozialwissenschaftlichen Theorien für die Praxisfelder der Sozialarbeit zu eröffnen.

Zum Konflikt wird aber der Zwangscharakter des bisherigen Modells der Integration: *zwei* Ausbildungsabschlüsse *müssen* in *einem* Ausbildungsgang erworben werden. Dabei schafft die „zwanghafte“ Integration lediglich auf einer formalen Ebene, nämlich der der Pflicht, eine bloße Ko-Existenz; wirkliche Integration, die Menschen und Inhalte verbindet, kann sich nur in Freiwilligkeit und Offenheit entfalten, erst die sich daraus ergebende Verbindlichkeit kann tragen.

Die gegenwärtige Situation, daß ein Student, nehmen wir an im fünften Semester, der für sich entscheidet, den diakonischen Abschluß nicht machen zu wollen, an unserer Hochschule auch *kein Diplom* als Sozialarbeiter erhalten könnte (*weil auch dafür Theologie Pflicht* ist), ist auf Dauer nicht akzeptabel. Damit

bindet man den Erwerb einer Voraussetzung an die Erlangung des Zusatzes - und wer das Zusatzangebot nicht annimmt, dem wird zugleich der Erwerb der Grundausbildung verwehrt. Dies ist insbesondere auf dem Hintergrund unerträglich, daß der Freistaat Sachsen mit der Anerkennung der EFH Dresden darauf verzichtet hat, eine staatliche Fachhochschule für Sozialarbeit im Großraum Dresden einzurichten. Daraus erwächst m.E. auch die Pflicht, denjenigen Studienmöglichkeiten zu bieten, die keinen kirchlichen Abschluß anstreben.

Eine besondere Pointe erhält die Problematik noch durch die Weigerung der Leitung der Ev.-Luth. Landeskirche, die theologische Abschlußprüfung der EFH überhaupt als eine Zugangsvoraussetzung für das Diakonenamt anzuerkennen!

Es ist immer problematisch, wenn sich Wissenschaft mit Herrschaft einläßt. Ist die Disziplin des Hausherrn im Widerspruch zur verordneten Disziplin des Herrn im Haus, muß sich die Theorie nach ihrer Wahrhaftigkeit befragen lassen.

Die Antworten aus der Geschichte der Kirche (wie des Sozialismus) sind bekannt.

2. Studienstruktur - Kritik und Alternative

Nach dieser konkreten Auseinandersetzung mit dem zentralen Punkt der gegenwärtigen Diskussion an der EFH

istes angebracht, Studienordnung und Hochschule allgemeiner zu untersuchen. Die gesamte Anlage des Studiums an

der EFH geht von einer erziehungswissenschaftlich und bildungstheoretisch höchst problematischen Vorstellung aus, die historisch aus der Phase der „Industrialisierung“ der Pädagogik¹ stammt: alle Angehörigen eines Studienjahrganges haben zur gleichen (bestimmten) Zeit in weitgehend gleicher Art und Weise (am bestimmten Ort) möglichst das Gleiche zu lernen, um *damit* Ränge, Hierarchien auszubilden.

Diese raumzeitliche Positionierung der Subjekte wird von Foucault als Disziplinarinstitution bezeichnet.² Er schreibt zur Einrichtung der Schule: „Allmählich - vor allem nach 1762 - 'verflacht' sich der Schulraum; die Klasse wird homogen und besteht nur mehr aus individuellen Elementen, die sich nebeneinander unter dem Blick des Lehrers ordnen. Der 'Rang' beginnt im 18. Jahrhundert die große Form der Verteilung der Individuen in der Schulordnung zu definieren: Schülerreihen in der Klasse, Korridore, Kurse; jeder erhält bei jeder Aufgabe und bei jeder Prüfung einen Rang zugewiesen ...; Gleichschaltung der verschiedenen Altersklassen, Abfolge des Lehrstoffs und der behandelten Fragen in der Ordnung zunehmender Schwierigkeit. Und in diesem System obligatorischer Gleichschaltungen erhält jeder Schüler nach seinem Alter, seinen Leistungen, seinem Benehmen bald diesen Rang und bald einen anderen“. (Foucault 1977, 188; Ausl. UH)³

Die *Hierarchisierung* der Individuen ergibt sich *aus ihrer Gleichschaltung*. Erst

damit wird eine - schulgemäße - Differenzierung nötig und möglich. Techniken der Überwachung (mind. 2/3 Anwesenheit) und normierende Sanktionen, insbesondere Prüfungen, disziplinieren durch eine auf Skalen eingeordnete, damit vergleichbare Individualisierung. „Als man von den traditionell rituellen Mechanismen der Individualisierung zu den wissenschaftlich-disziplinären Mechanismen überging, als das Normale den Platz des Althehrwürdigen einnahm und das Maß den Platz des Standes, als die Individualität des berechenbaren Menschen die Individualität des denkwürdigen Menschen verdrängte und die Wissenschaften vom Menschen möglich wurden - da setzte sich eine neue Technologie der Macht und eine andere politische Anatomie des Körpers durch.“ (Foucault 1977, 248f)

Beziehen wir es auf die EFH: wir reproduzieren nicht nur die so entstandenen Wissenschaften (in welcher Interpretation und mit welchem Erkenntnisinteresse auch immer), wir reproduzieren auch ständig aufs „Vollkommenste“ die Disziplinierung der Individuen. So hundertprozentig, daß wir bei der Modernisierung von Einbindungs- und Unterwerfungstechniken schon ins Hintertreffen geraten.

Man bedenke beispielsweise einmal die Wahlmöglichkeiten im Laufe des Studiums. Es gibt deren wenige: Medienkurse, Sonderveranstaltungen, Theologie im dritten Semester, Studienschwerpunkte und Praktisch-theologische Übungen. Zählt man die Stunden, kommt

man auf 24 von insgesamt 136 Semesterwochenstunden, das ist *ein Bruchteil* der Wahlmöglichkeiten in einer gymnasialen Oberstufe!

Der moderne Staat, die automatisierte Produktion, verlangen heute ein *großes* Maß an Selbständigkeit, an Initiative, an Kritik- und Teamfähigkeit, als es die Studienorganisation der EFH vorsieht.⁴

Die Kritik ist bewußt *nicht* auf die Frage der Studienordnung zu beschränken: die *repressiven Lehr- und Lernverhältnisse* sind einem größeren Bündel von externen und internen Bedingungen geschuldet, die an dieser Stelle nur stichwortartig, vermischt und ohne Anspruch auf Vollständigkeit benannt werden können: konsequentes Jahrgangsprinzip⁵, Fächerordnung, fehlende Forschungsmöglichkeiten⁶, hierarchisierte Lerngegenstände⁷, vormundschaftliche Leitung, Arbeitsüberlastung⁸, Pflichtstudium, gelehrte Theologie versus „Ideologie“ der Institution, mangelnde Wahlmöglichkeiten und und und.

Bevor aber Überlegungen zur praktischen Lösung diskutiert werden, soll noch über das Verhältnis der „Disziplinaranstalt“ zu den Inhalten und Ausbildungszielen nachgedacht werden. Vielleicht ist es ja so, daß die von Einrichtung und Lehrenden vertretenen (zumindest proklamierten) emanzipatorischen Perspektiven gerade auf diese Weise „sicher ans Ziel“, d.h. in die Köpfe der StudentInnen gelangen. Ein subversiver Trick? Zumindest ein alter Glaube der Arbeiterbewe-

gung⁹, man brauche die Inhalte der traditionellen Bildung(seinrichtungen) nur mit emanzipatorischen „Vorzeichen“ versehen und schon werde das Wissen zur Macht einer gesellschaftlichen Veränderung. Das sich diese Vorstellung in der Geschichte als unrealisierbar erwiesen hat, ist evident (was aber Lehrende kaum daran hindert, im selben Trott weiterzumachen).

Auch an der EFH sieht es so aus: Hochschul- und Studienstruktur erweisen sich als ein trojanisches Pferd, das tagsüber gelehrig und nett anzuschauen im Garten von Kirche und Freistaat steht, dessen Besatzung des Nachts aber immer wieder - unerkannt - die „Blüten der Wissenschaft“ und des Engagements zertrampelt. Das verwundert die Reiter und es beruhigt die Grundherrn (die den Gaul sonst wohl auch nicht in ihren Gärten ließen).

Das Lernen in diesen Zusammenhängen ist zwangsläufig *defensiv*, in erster Linie darauf ausgerichtet, Ansprüchen zu genügen (oder diese zu umgehen), die sich *nicht* aus der zu lernenden Sache selbst ergeben, sondern aus ihrer institutionellen Einbettung. „Was als Subjektfunktion beim Schüler (Studenten; UH) verbleibt ist die Entwicklung einer adäquaten Überlebensstrategie unter der Voraussetzung der nicht aufhebbaren Fremdbestimmung, der Versuch der prospektiven Schadensbegrenzung.“ (Hackl 1992, 33; Einf. UH)

Institutionell so organisierte Lehre wird

zur Lernbehinderung (vgl. Holzkamp 1991). Die Institution erzieht, die Inhalte und die hehren Absichten dagegen verschwinden in Bedeutungslosigkeit und/oder verkommen zur Verklärung der Macht-verhältnisse.

Die wenigen Momente eines Lernens gegen die Verhältnisse sind zwar glückliche Augenblicke, aber auch nur ein Grund mehr, um über eine radikale Umorientierung nachzudenken. Die langen trüben Tage dagegen sind die eines Kleinkrieges, der sich aus der - für alle - unbefriedigenden Situation ergibt. Den StudentInnen erscheinen die DozentInnen unvorbereitet („alles mit Referaten“), den DozentInnen erscheinen die StudentInnen unvorbereitet („wieder nix gelesen“)¹⁰, eine „interessierte Gleichgültigkeit“ erscheint als intellektuelle Tüchtigkeit“ (Huisken 1992, 67ff), Engagement blüht beidseitig manchmal als Hoffnung auf, ruft aber mindestens so oft Verwunderung und Abwehr hervor. Statt von einander und miteinander zu lernen, kommt man schnell dazu aufeinander zu schimpfen.¹¹

Der von Foucault herausgearbeitete Zusammenhang von der Disziplinierung durch Individualisierung mit der Entwicklung der wissenschaftlichen Disziplinen vom Menschen wird im übrigen auch deutlich, wenn man das der Studienstruktur implizite *Berufsbild* betrachtet. In ihm drückt sich noch die veraltete Vorstellung aus, man könne heute schon bestimmen, was morgen an Qualifikationen benötigt werde - und zwar für alle

Praxisfelder der Sozialarbeit (die heute noch unbekanntes inclusive). Ohne diesen, mit „wissenschaftlicher“ Autorität behaupteten Anspruch wäre *Lehrgangspädagogik* nicht zu begründen: aus den vermuteten/behaupteten Anforderungen sozialarbeiterischer Praxis soll ein Lehrplan entwickelt werden, der enthält, was die Lernenden zukünftig brauchen werden.

Ich bin - aus mehreren Gründen - dagegen, das Curriculum über die (vermuteten) Aufgaben der sozialarbeiterischen Praxis bestimmen zu lassen.¹²

Erstens weiß niemand, mit welchen Aufgaben sich SozialarbeiterInnen in fünf Jahren (also schon bei Abschluß ihres Studiums!) zu beschäftigen haben, geschweige denn, vor welchen Herausforderungen sie in zwanzig Jahren stehen werden. Tut man aber so, als könnte man dies doch mit einer gewissen Sicherheit voraussagen, beteiligt man sich an einer Verfestigung der bestehenden Praxis und ihrer Bewältigungsformen, denn aus *diesen* hat man ja sein Curriculum extrapoliert.¹³ Die StudentInnen lernen daher nicht die offene Gestaltung einer Zukunft, die ihnen mal Gegenwart sein wird, sondern reproduzieren - auch auf dieser Ebene - die *alten* Muster. Ein solches „Lernen für die Zukunft“ entmündigt nicht nur die Lernenden, es ist auch, im Blick auf die Zukunft, *restaurativ*.

Beides erscheint mir weder sachgemessen noch wünschenswert. Die „Al-

ternative“ besteht aber nicht - wie oft vereinfachend vermutet, manchmal auch absichtsvoll unterstellt wird - in völliger Beliebigkeit und im Fehlen jeglichen Zusammenhangs. Ich halte vielmehr dafür, die Gegenstände des Studiums durch eine konsequent gegenwartsbezogene *kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Praxis einschließlich einer Reflexion des Lernens und seiner Organisation* zu bestimmen.

Dabei kommt es eben *nicht* darauf an, heute etwas (von anderen festgelegtes) zu lernen, daß dann *morgen anzuwenden* ist, sondern es geht gerade darum, heute kritisch die Gegenwart zu untersuchen (und zu gestalten), um morgen nicht die Praxis der Vergangenheit wiederholen zu müssen.¹⁴

„Überlasse“ ich die Bestimmung der Lerngegenstände der kritischen Analyse der Gegenwart (einschließlich ihrer Geschichte)¹⁵, kann ich kein (im traditionellen Sinn) verbindliches Curriculum mehr entwerfen: was nicht nur einer ständigen Veränderung der Gegenwart geschuldet ist, sondern in erster Linie dem Erkenntnisfortschritt der kritischen Analyse / Wissenschaft, wie auch der Entwicklung der forschend-lernenden Subjekte, was letztlich einem Prozeß wechselseitiger Durchdringung entspringt - und damit zur Änderung der Gegenwart beiträgt.¹⁶

Auf einer praktischen (etwas vereinfachenden) Ebene stellt sich die Frage nach einer für Ausbildungsziel und -an-

spruch spezifischen „Form der Verbindung von Wissenschafts- und *Aneignungslogik*“ (Rügemer 1980, 31; Herv. UH). Dies ist um so mehr zu beachten, wenn es um eine Ausbildung geht, die ja nicht nur mechanisch wiederzugeben des „Wissen“ vermitteln soll, sondern letztlich auf eine Entwicklung von sozialer Kompetenz im Medium der *Persönlichkeit* zielen sollte.¹⁷

Dies bedeutete als Bildungs-Ideal „Werkstätten“ in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen „Lernende“ (die zugleich nicht mehr auf diese separierte/separierende Tätigkeit beschränkt wären) forschten *und damit* (dabei) eigenes und fremdes Lernen ermöglichen.¹⁸ In wechselnden und *selbstorganisierten Gruppen*¹⁹ erarbeiten sich die „Lernenden“ parallel dazu, ihren Voraussetzungen und Lerntempi entsprechend, vertiefende und ergänzende Kenntnisse, holen Thematiken nach, bereiten Fragen vor, geben ihre Erkenntnisse weiter. Dies geschähe aus eigenem Interesse, Verbindlichkeit ergäbe sich aus freiwilliger Zusammenarbeit und aus dem Ernstcharakter (Gegenwartsbezug!) der Aufgaben.

Soweit der Traum.

Zugegebenermaßen wird dies an der *EFH für Sozialarbeit Dresden* (in der bestehenden Klassengesellschaft der BRD) so nicht zu machen sein: es wird um Kompromisse mit dem Staat (kirchlicher Apparat inclusive) gehen, der, weil weniger an der *Entwicklung einer kri-*

tischen Lehr- und Lernkultur²⁰ denn an Herrschaftssicherung interessiert, weiterhin bemüht sein wird, Inhalte und Ordnungen (Prüfungen!) vorzuschreiben.²¹

Dennoch (gerade deshalb!) sollte man für eine Verbesserung der bestehenden Situation kämpfen, auch eingedenk der Überlegung, daß nur der „Lehrer“ (SozialarbeiterIn, WissenschaftlerIn usw.) gesellschaftlicher „Initiator zu werden (vermag; UH), der seine eigene Selbstbestimmung bereits an der Hochschule durchgekämpft hat, keine Selbstständigkeits-Marionette für präfabrizierte Ziele war, sondern Emanzipation erfahren hat.“ (Heydorn 1979, 330; Einf. UH)

Für die Konzeption einer neuen Studienordnung ergeben sich folgende, den gegenwärtigen Verhältnissen bereits Rechnung tragende Prinzipien, gültig für Lernende und Lehrende:

- viele Wahlmöglichkeiten aus weit unterschiedlichen Angeboten,
- Einphasigkeit (Integration von „Praxis“),
- Forschungsbeteiligung / Verschränkung von Lehren und Lernen²²,
- weitgehende²³ Selbstbestimmung von Lerninhalten²⁴,
- hohe Selbstorganisation der Lernprozesse,
- Projektorientierung des Studiums,
- Gegenwartsorientierung, kein falsches „Lernen für die Zukunft“.

1. Das Grundstudium könnte der allgemeineren Orientierung dienen, mit wissenschaftlichen Arbeitsweisen vertraut

machen, zur Entwicklung komplexer und reflektierter Studieninteressen führen.²⁵

Als verpflichtend (so lange dies noch unumgebar ist) könnte ich mir folgende Veranstaltungen vorstellen:

- Ringveranstaltung: Sozialarbeit aus der Perspektive verschiedener Disziplinen (im 1. Semester, 4 SWS),
- Werkstatt „Soziale Erkundung“; diese Werkstatt arbeitet gleichzeitig an vier Aufgaben: 1. Reflexion der Selbstwahrnehmung im sozialen Kontext, 2. Wissenschaftstheorie, 3. Einführung in Techniken wiss. Arbeitens, 4. Durchführung kleiner Forschungsaufgaben; (zwei Semester, je ca. 6 SWS; kl. Gruppen),
- Teilnahme an mind. einem Lektürekurs (4 SWS),
- aktive Teilnahme an drei verschiedenen Fachseminaren, die von StudentInnen aus dem Hauptstudium vorbereitet und durchgeführt werden; Begleitung und Beratung durch selbstgewählte Hochschullehrer (mind. je 4 SWS),
- zwei selbstorganisierte Lerngruppen zu verschiedenen Themen, betreut durch selbstgewählte DozentInnen (mind. je 4 SWS),
- Teilnahme an zwei Studienplanungsgesprächen.²⁶

Darüber hinaus ist die Beteiligung an anderen, insbesondere auch von studentischer Seite organisierten Veranstaltungen der Hochschule möglich.

Das Grundstudium schließt im vierten Studiensemester mit einer wissenschaftlichen Hausarbeit ab.²⁷

2. Das Hauptstudium orientiert auf eine

intensive und umfassende Auseinandersetzung mit speziellen Fragestellungen.

Dabei sind folgende Leistungen zu erbringen:

- qualifizierte Mitarbeit in allen Phasen eines Praxisprojekts,
- qualifizierte Mitarbeit in einem Forschungsprojekt,
- Vorbereitung und Durchführung zweier Fachseminare für StudentInnen des Grundstudiums (je 4 SWS),
- aktive Teilnahme an drei Wissenschaftsseminaren; die von HochschullehrerInnen insbesondere zur Darstel-

3. Perspektiven der Hochschulentwicklung

Bedenkt man den engen Zusammenhang²⁹ von Forschung und Lehre, sollte deutlich werden, daß über eine Reform der Studienordnung nicht unabhängig von der sonstigen Arbeit und Struktur der Hochschule gesprochen werden kann.³⁰

Wird die Lehre wie bisher als abgespaltenen Teil der Professorentätigkeit gesehen, wird weiterhin sowohl die Lehre selbst darunter zu leiden haben als auch die Forschungsaktivitäten der HochschullehrerInnen. Beides, völlig getrennt und mit je 3/4 Kraft betrieben (was nur zur ständigen Überarbeitung der Profs führt), wird für keine Seite etwas ganz Gutes.³¹

Räumt die Studienordnung Möglichkeiten ein, Lehrangebote über die Forschungstätigkeit zu bestimmen (wie oben skizziert), muß dies von hochschulorganisatorischer und -finanzieller Seite auch

lung wissenschaftssystematischer und -historischer Problematik (zumeist in Verbindung mit einem Forschungsprojekt) angeboten werden (je 2 SWS),

- aktive Teilnahme an mindestens einer selbstorganisierten Studiengruppe (je 4 SWS),
- Teilnahme an zwei Studienplanungsgesprächen.

Das Hauptstudium schließt in der Regel im achten Semester mit der Diplomarbeit ab. Darüber hinaus können (während des Studiums erworbene) Zusatzqualifikationen nachgewiesen werden (z.B. diakonischer Abschluß).²⁸

materiell abgesichert und gefördert werden.

Eine Möglichkeit wären Gründung und Aufbau von Wissenschaftseinrichtungen der Hochschule, für die zusätzliche staatliche Förderungen zu erhalten wären, die aber auch Drittmittel einwerben könnten. Dabei wären die Forschungskonzepte so anzulegen, daß sie, bei studentischer Beteiligung, zugleich auch Lehrveranstaltungen wären. Daraus könnte sich ein ganz besonderes Profil der Hochschule, sowohl was die Ausbildung ihrer StudentInnen als auch die Charakteristika ihrer Forschungstätigkeit angeht, entwickeln. Diese Einrichtungen dürften daher nicht als „Zusatz“ begriffen werden, sie sind vielmehr die Basis einer forschend-lehrenden Hochschule.³²

Ebenfalls zu diskutieren wären die Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbei-

terInnen. Sie nur als billigere Lehrkräfte und/oder überqualifizierte Sachbearbeiter in der Verwaltung einzusetzen, kann nicht der letzte Schluß sein.³³ Das Lehrdeputat³⁴ ist im Zusammenhang ihrer wissenschaftlichen Arbeit sinnvoll zu bestimmen, was i.R. eine Reduzierung der Stundenzahl bedeutete. Eine interne Umorganisation der Hochschule, ihre Aufgliederung in „Fakultäten“ oder „Arbeitsgruppen“, denen die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen normalerweise zugeordnet werden, könnte ebenfalls förderlich zur Entwicklung einer kooperativen Arbeit an der Hochschule sein. Hier sehe ich für den Augenblick noch ein deutliches Kreativitätsdefizit. Langfristig halte ich eine Umwandlung der Stellen, zumindest eines relevanten Teils, in *Qualifikationsstellen*³⁵ für unbedingt notwendig.³⁶

Die bestehenden Machtverhältnisse sollten niemanden davon abhalten, sie zu kritisieren und Alternativen zu entwickeln. Es wird sowohl um eine Erweiterung der Autonomie der Hochschule, um

einen Ausbau der hochschulinternen Demokratie als auch um eine Neuorganisation des Studiums wie um die Organisation der Forschung zu ringen sein. Dabei wird es viele unterschiedliche Zielvorstellungen geben, von denen keine wird behaupten können, die einzig richtige zu sein.

Ich halte dafür, eine möglichst flexible, entwicklungsfähige Struktur zu erarbeiten, die für Lehrende und Lernende vielfältige Handlungsräume eröffnet und für ihre eigene, wechselnde Gestaltung offen läßt. Dabei bin ich mir im klaren, daß auch die hier ausgebreiteten Ideen noch eine Vielzahl von Problemen beinhalten, die zu diskutieren sind: dieses ist das erste Projekt politischer Bildung im Sinne meiner Ausführungen.

Uwe Hirschfeld, Dr. rer. pol., Diplom-Sozialpädagoge und Lehrer für Deutsch/Gesellschaftslehre, ist Professor für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden

Anmerkungen:

¹ Vgl. dazu Dreßen: Die pädagogische Maschine. Zur Geschichte des industrialisierten Bewußtseins in Preußen / Deutschland; Frankfurt/M., Berlin, Wien 1982.

² Erstmals für Schulkritik und lerntheoretische Überlegungen systematisch ausgewertet hat Holzkamp (1993) die Arbeit von Foucault. Ein Versuch einer subjektorientierten Untersuchung *hochschulischer* Lehr- und Lernverhältnisse liegt m.W. bislang noch nicht vor. Welchen Beitrag die von Daxner (1993, 17) angekündigte Studie „Lebenswelt Hochschule“ dazu leisten wird, bleibt abzuwarten.

³ Foucault faßt dies mit folgenden Worten zusammen: „Er hat eine neue Ökonomie der Lernzeit organisiert. Er hat den Schulraum zu einer Lernmaschine umgebaut - aber auch zu einer Überwachungs-, Hierarchisierungs-, Belohnungsmaschine.“ (Foucault 1977, 189)

⁴ Auch die Auflage des Senats von Hamburg, das *Rauhe Haus* solle seine Studienordnung

überarbeiten, ist ein Hinweis darauf, daß die an der EFH praktizierten Strategien den modernen Herrschaftsansprüchen nicht mehr zu genügen scheinen.

⁵ Das erste Semester darf dem dritten Semester höchstens mal in einem Medienkurs begegnen; ansonsten gibt es keine Berührungspunkte (was durch die räumliche Trennung Voßstr /Wiener Str. noch verstärkt wird - oder umgekehrt: ist die räumliche Trennung (Foucault: „Klausur“!) nicht eher der Ausdruck einer Separierung zwecks fürsorglicher Beherrschbarkeit?

⁶ Indizien für die Randstellung der Forschung an der EFH gibt es viele: im Dezember 1992 wurde überhaupt erst ein Absatz in die Verfassung aufgenommen (§2, Abs. 6), der Forschung als ein Ziel der Hochschule bestimmt, im „Bericht des Rektors“ war Forschung kein Thema und auch im Finanzplan für 1995 ist kein Haushaltstitel für Forschung ausgewiesen.

⁷ Ich verdeutliche die Logik an meinem Politologie-Lehrplan. 1. Semester: Vergegenwärtigung der deutsch/deutschen Geschichte, - was Fragen nach dem „Warum“ und „Wie“ hervorrufen soll. 2. Semester: Beantwortung der Frage nach Ursachen und Bedingungen politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen, - was die Frage nach Gestaltungsmöglichkeiten provozieren soll. 3. Semester: Beantwortung der Frage in der Auseinandersetzung mit Möglichkeiten politischer Bildung in der sozialen Arbeit. Das *hat* eine innere Logik, das *ist* ein sinnvoller Aufbau. Aber es ist selbstgenügsam und berücksichtigt alles andere nicht; Beispiel: vielleicht ist für die eine Studentin im ersten Semester keine Beschäftigung mit der Geschichte angesagt (weil sie das für sich schon gemacht hat), sondern die Diskussion des Themas des zweiten Semesters. Obwohl diese Studentin also genau die von mir erwünschte Frage stellt, wird sie ein Semester zwangsgelangweilt und im zweiten Semester widerwillig etwas ertragen, was sie im ersten gebraucht hätte.

⁸ Was ich nicht nur auf DozentInnen beziehen möchte. Würden StudentInnen alle Veranstaltungen der EFH, die zu besuchen sie verpflichtet sind, mit je einer Stunde vor und nachbereiten (so die Pimaldaumenformel), kämen sie im Grundstudium (ohne Einberechnung des 4 SWS Blockseminar) auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden, zzgl. dem Schreiben von Referaten und Hausarbeiten, der intensiven Teilnahme an Wahlkursen und einer regen Beteiligung am Leben der Hochschule (Selbstverwaltung, Kultur usw.). Die Reaktion auf Überforderung ist dann oftmals die weitgehende Aufgabe, weil eben nicht alles angemessen vor- und nachbereitet werden kann, beschränkt man sich eben auf das Allernötigste.

Dazu kommt noch ein anderes Problem: durch die Vorgabe eines Lernens für die (spätere) Praxis, erscheint das gegenwärtige Studium „abgehoben“, gegen diesen „Frust“ wird vielfältige eigene Praxis gesetzt, die die theoretische Arbeit weiter zurückdrängt (vgl. Bader 1987, 13ff).

⁹ Die es zumindest im mainstream ihrer Politik versäumte, die Überlegungen der Reformpädagogik, die ja gerade die Organisation des Lernens thematisierte, aufzugreifen. So sind die kommunistischen wie sozialdemokratischen Pädagogik-Konzepte, wie sie sich in der Bildungspolitik ausdrückten, weitgehend konservativ. Solche Theoretiker wie Siegfried Bernfeld sind eine große Ausnahme.

¹⁰ Auch die Lehrenden entwickeln (nicht unbedingt reflektiertere) Erklärungs- und Handlungsmuster zum „erfolgreichen“ Umgang mit den institutionellen Bedingungen und den defensiven Lernstrategien der Studierenden (siehe - auf Schule bezogen - Hackl 1992, 42).

¹¹ Falls jemand meint, so sei es nicht an der EFH: mag sein, daß es *noch* nicht so ist.

¹² Was ich mit Beginn meiner Tätigkeit an der EFH im September 1992 auch schon dargelegt habe; siehe meine „Vorüberlegungen ...“ in div. Studienbüchern (z.B. Hirschfeld 1992, 44f), wobei ich

mir selbst den Vorwurf zu machen habe, nicht radikaler an der Umsetzung meiner Einsichten gearbeitet zu haben.

¹³ Diese Überlegung klingt auch bei Daxner an, wenn er schreibt: „Hochschulen können nicht einfach nur auf vorhandene Berufe vorbereiten, denn diese Berufe sind ja selbst im Grunde genommen der Abschluß, zu dem ein berechtigendes Zertifikat einer eingefahrenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung führt. Vielmehr müssen junge Leute dazu ausgebildet werden, Tätigkeiten zu entwerfen und Tätigkeiten entwerfen zu wollen, für die es gerade noch keine Berufe gibt.“ (Daxner 1993, 143)

¹⁴ Klassisch formuliert Heydorn (1979, 330f) den utopischen Gehalt von Bildung; die Sätze stehen daher als Motto über diesem Text, der nichts anderes unternimmt, als dort beschrieben ist.

¹⁵ „Überlassen“ heißt nicht: sich zurücklehnen und abwarten; es bedeutet vielmehr einen angestregten, immer wieder erneuerten Prozeß didaktischer Gegenstandsbestimmung; Kriterien habe ich in meinen „Vorüberlegungen ...“ angegeben.

¹⁶ Genau genommen entsteht und verändert sich das, was „aktuelle Wirklichkeit / gegenwärtige Praxis“ heißt, erst im intellektuell-praktischen Prozeß. Hier wären Überlegungen Blochs einzuführen (siehe - wenn auch mit etwas anderem Akzent - die Aufnahme der Problematik bei Heubrock 1988).

¹⁷ Eigentlich gehört an diese Stelle: „zielen muß“; zumindest wenn man soziale Arbeit, Erziehung und Bildung in einer gesellschaftskritischen, emanzipatorischen Perspektive versteht. Diese vermag nur dann zu greifen (allerdings ohne jede Garantie für ein Gelingen), wenn die Subjekthafte des Lernenden selbst im Lernprozeß reflektiert und entwickelt wird. Die Unbestimmtheiten tatsächlicher Zielorientierungen leisten genau dem (an der FH verbal so oft kritisierten!) affirmativen Aspekt der Sozialarbeit Vorschub (siehe dazu Bader 1987, bes. 13-30). Wenn man es pointiert sagen will: die der Studienordnung zu Grunde liegende pädagogisch-curriculare Konzeption steht voll im Widerspruch zu den ehrenwerten Proklamationen der Hochschule (z.B. Verfassung § 2, Abs. 2 und 3). Aus unzähligen Beobachtungen und Forschungen könnte man aber wissen, was letztlich prägender ist ...

¹⁸ Siehe dazu beispielsweise die Hinweise zum „partizipativen Lernen“ in Holzkamp 1991, 15ff.

¹⁹ Es sei an dieser Stelle eingeschoben, daß die im Anschluß an Foucault vorgebrachten Überlegungen zur disziplinierenden Funktion von *Jahrgangsklassen* nicht grundsätzlich gegen jedes Lernen in *Gruppen* spricht. Im Gegenteil: dem kollektiven Lernen eigenen viele Qualitäten, die „allein in der Studierstube“ nicht möglich sind. Zu einem tatsächlichen kollektiven Lernen kommt es aber *nur*, wenn der Lernprozeß in der Gruppe *selbstbestimmt* verläuft. Alles andere zerfällt (in Abstufungen) in Dressur und Theater.

²⁰ Siehe dazu Claußen, für den „Kultivierung“ der zentrale Begriff einer Perspektive Politischer Bildung ist (Claußen 1981, 61).

²¹ Kritische Wissenschaft wird - wenn überhaupt - nur in Strukturen geduldet, die sie als belanglose, abgehobene Kopfarbeit erscheinen lassen und damit neutralisieren. Das Interesse an einer Aufklärung des „heimlichen Lehrplans“ der Hochschulen mit ihren Studienordnungen hält sich in den Grenzen einer Gewährleistung möglichst unkritischer (Studien- & Berufs-)Praxis in der gesellschaftlichen Reproduktion.

²² Modelle und Erfahrungen liegen vor; aus eigener Anschauung kenne ich die Bielefelder Lehrforschungsprojekte der Soziologie.

²³ Eine völlige Selbstbestimmung wird nicht nur nicht durchsetzbar sein, scheitert auch an der gesellschaftlichen Aufgabe, für einen bestimmten, wenn auch vielleicht nur vage definierbaren Bereich, zu qualifizieren (siehe dazu auch Daxner 1993, 145f).

²⁴ „Denjenigen, die meinen, man könne die Kontrolle über den Lernprozeß nicht aus der Hand geben, müsse den Lernenden doch Ziele setzen und deren Realisierung überprüfen etc. wäre also zunächst einmal entgegenzuhalten, daß es nicht funktioniert. ... Abgesehen von seiner strukturellen Vergeblichkeit hat das geschilderte Kontrollpostulat, indem es systematisch Widerständigkeit erzeugt, auch selbst einen genuin defensiven Charakter. Daraus spricht nämlich ein tiefes Mißtrauen in die Triftigkeit, Legitimität und Überzeugungskraft der eigenen Argumente. Warum sollten eigentlich die Schülerinnen und Schüler sich dem, was ich als Lehrerin oder Lehrer ihnen anbiete, wenn es tatsächlich wichtig und wissenschaftlich ist, permanent verweigern, so daß Kontrolle hier a priori angezeigt und unvermeidlich ist? Naheliegender ist doch die Schlußfolgerung, daß der diffuse Eindruck der Schüler, ihnen würde in der Schule über ihre Köpfe hinweg etwas angedient, das mit ihren Lebensinteressen nicht notwendig etwas zu tun hat, von den Lehrern im Grunde geteilt wird. Dies wiederum würde darauf verweisen, daß Kontrolle in der Schule kein pädagogisch oder psychologisch begründbares Erfordernis ist, sondern sich aus deren gesellschaftlichen Funktionsbestimmung ergibt: Die Schule soll auf vorhersagbare Weise im herrschenden Interesse gewünschte Resultate hervorbringen.“ (Holzkamp 1991, 20f; Auslassung UH)

Statt „Schüler“ lies „Studenten“, statt „Lehrer“ setze „Professoren“ ein, statt „Schule“ denke „Fachhochschule“ - und alles bleibt richtig.

²⁵ Dafür spräche auch, daß das Grundstudium in sich eine sinnvolle Einheit bildete, die es gegebenenfalls erlaubte, das Studium zu beenden bzw. an eine andere Hochschule zu wechseln (siehe dazu auch Daxner 1993, 119ff).

²⁶ Was nicht mit *Studienberatung* verwechselt werden soll: in diesen Studienplanungsgesprächen geht es um die Zusammenstellung von Veranstaltungen, um die individuelle Planung der eigenen Studienorganisation.

²⁷ Wie könnte das konkret aussehen? Stellen wir uns den Studienplan von Hugo K. vor: Im ersten Semester hat er die obligatorische *Ringveranstaltung* besucht, dabei alle Fächer und die meisten DozentInnen der Hochschule kennengelernt. In der *Werkstatt* hat er mit anderen viele durch die Vorlesungen aufgeworfenen Fragen diskutiert, hat mit Gabi, Wolfgang und Willi eine kleine Untersuchung zur Wohnsituation von Studentinnen mit Kindern in Qresden durchgeführt und ein Referat zur Problematik von Befragungen geschrieben. Alle Schritte und Probleme des Studiums konnten in der *Werkstatt* gemeinsam besprochen und geplant werden, darüber hinaus gab es auch viel Geselligkeit und gegenseitige Unterstützung. Hugo fand es gut, daß sich die *Werkstatt* über die ersten zwei Semester erstreckte. Auch wenn sie im Vorlesungsverzeichnis nur mit je 6 SWS ausgewiesen war, hat er bestimmt 10-15 Stunden in der Woche in Zusammenhängen gearbeitet, die sich aus der *Werkstatt* ergaben. Außerdem hat er schon an einem *Fachseminar* zum Thema „Geschichte der Stadt“ teilgenommen und in einem *Lektürekurs* Aufsätze von Max Weber gelesen (dabei hat er sich vorgenommen, jedes Semester intensiv an einem *Lektürekurs* teilzunehmen). In einer *selbstorganisierten Lerngruppe* arbeiten Gabi, Wolfgang, Gottfried, Susanne und er zum Thema „Stadtsoziologie“, ihr Dozent hat gemeinsam mit ihnen einen Arbeitsplan entwickelt und berät sie regelmäßig während ihrer Studien. In einem freiwilligen *Wahlseminar* mit dem Thema „Kirchenbauten als Monumente der Herrschaft und der Sehnsucht“, das eine Theologin der EFH gemeinsam mit einem Architektur-Prof der TU angeboten hat, wird er eine Hausarbeit schreiben: „Hausen in der Kirche - von Pastoren und Küstern (unter

besonderer Berücksichtigung des 'Glöckners von Notre Dame'). Hugo ist mit seinem Studium so beschäftigt, daß er mittlerweile schon überlegt, aus der Freiwilligen Feuerwehr von Hirschfelde auszutreten - es fehlt ihm einfach die Zeit zum Löschen...

²⁸ Klaus steht kurz vor dem Abschluß seines Studiums. Wenn er an die Semester des Hauptstudiums zurückdenkt, scheinen ihm besonders drei Ereignisse wichtig gewesen zu sein. Zuerst natürlich, daß er Alnojuschka auf einer *Studienfahrt* („Ökologische und soziale Probleme; Aufbau von Netzwerken alternativen Lebens“) durch den westlichen Teil Sibiriens kennengelernt hat, dann natürlich das *Forschungsprojekt* „Sozialarbeit in verarmten Regionen Europas“ (das u.a. von der EU gefördert wurde) und die Vorbereitung und Durchführung des *Fachseminars* „Sozialgeschichte des Neuen Testaments“. Gerade bei diesem Seminar war er erst skeptisch gewesen: nun sollen auch noch die StudentInnen als Lehrende auftreten! Erst bei der Vorbereitung, ganz besonders aber während des Seminars hat er gemerkt, wieviel er selbst noch zu lernen hatte (und es nun auch tun konnte)! Hilfreich waren ihm dabei die *Wissenschaftsseminare*. Hier hatte er Gelegenheit, in kompetenten Diskussionen seine mittlerweile vielfältigen Kenntnisse systematisch in einen Zusammenhang zu bringen, die Geschichte der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu verfolgen (die ihm manchmal „irgendwie bekannt“ erschien).

Darüber hinaus hat er ein Praktikum in Riesa absolviert (*Praxisprojekt*: „Von der Deindustrialisierung zur sozialen Kultivierung“), hat an zwei *Lektürekursen* teilgenommen (Frantz Fanon, Peter Handke), sich in einem *Medienkurs* mit Video-Dokumentationen befaßt, und - klar doch! - Russisch gelernt (und viele Briefe geschrieben). Seine Diplomarbeit soll sich mit „Beratung und Seelsorge in kleinen Krankenhäusern auf dem Land“ beschäftigen. Weil er auch den diakonischen Abschluß erwerben möchte, besucht er in diesem, seinem letzten Semester auch noch drei Kurse, die dafür die Voraussetzungen bieten (das war ihm bei seinem vorletzten Studienplanungsgepräch empfohlen worden). Nach dem Diplom will er mit seiner Alnojuschka zwei Monate an den Baikalsee, um sich von den Anstrengungen des Studiums zu erholen.

²⁹ Ich sage bewußt „Zusammenhang“, da die oftmals beschworene „Einheit“ von Lehre und Forschung nicht nur nicht praktiziert wurde, sondern auch problematisch und widersprüchlich ist.

³⁰ Siehe dazu grundsätzliche Überlegungen bei Daxner (1993) - auch wenn mir einzelne Punkte sehr problematisch erscheinen (z.B. die weitgehende Entfernung der Forschung aus Fachhochschulen; siehe 132ff); wichtig seine Ausführungen zur zentralen Stellung des Studiums und zum Prozeß der Entwicklung von Studien- und Prüfungsordnungen (154 ff).

³¹ Deshalb auch hier zur Veranschaulichung: Professor Meier war zunächst von den Veränderungen nicht übermäßig angetan, gerade hatten sich einige Routinen herausgebildet, die ihn entlasteten, als schon wieder alles anders werden sollte. Es war ihm damals sehr angenehm gewesen, daß er nicht sofort „ins kalte Wasser springen“ mußte, er hatte noch keine klare Vorstellung von *Praxisprojekten* und von Forschungsvorhaben, an denen ein ganzes Rudel StudentInnen beteiligt werden sollte. Es war gut, daß sich erstmal andere darauf gestürzt haben und er weiterhin „traditionelle“ Seminare anbieten konnte (wobei es ihm schon gefiel, daß er jetzt sowohl spezifischere Themen als auch eine thematisch größere Bandbreite bearbeiten konnte).

Eine neue, interessante Erfahrung waren die „Fachseminare“ für ihn: plötzlich standen drei Studentinnen vor der Tür und fragten, ob er (!) in ihrem Seminar „Zur weiblichen Sozialisation“ nicht ein oder zwei Sitzungen mit ihnen über sein Buch „Männer im Alten Testament“ (vor fünf Monaten gerade erschienen!) diskutieren wolle, einige hätten es gelesen und es gäb eine Menge Fragen. Natürlich war er gern dazu bereit. Und das war auch nicht das einzige Mal: immer wieder wurde er zu Themen angefragt, an denen er gerade arbeitete. Das war nicht nur ein gutes Gefühl, er hat

selbst in diesen Gesprächen viele Anregungen für seine Arbeit aufnehmen können. Deshalb hat er sich dann auch mal getraut, StudentInnen aus dem *Fachseminar* „Glaube und Religion in der Psychiatrie“ anzusprechen, ob er nicht „einfach mal so“ teilnehmen könne (die Gruppe hatte nichts dagegen gehabt, piff ihn aber manchmal zurück, wenn sie meinte, er nähme ReferentInnen allein in Beschlag).

Jetzt also das erste offene *Forschungsprojekt!* Finanziert vom Freistaat und einer kirchlichen Stiftung sollen „Chancen und Probleme der Präsenzpflicht bei Gemeindepfarrern und der Wohnortungebundenheit bei SozialdiakonInnen/SozialarbeiterInnen in Kirchengemeinden“ untersucht werden. Prof. Meier war schon nach den ersten Sitzungen der Forschungsgruppe von den interessierten und engagierten StudentInnen sehr angetan. Mit soviel Kompetenz hatte er gar nicht gerechnet. Eigentlich, denkt er mittlerweile, habe ich nicht 7 StudentInnen durch mein Vorhaben als Ballast mitzuschleppen, sondern ich habe mehrere MitarbeiterInnen gewonnen. Dabei ist es nicht einmal eine Belastung, daß Hugo (gerade ins Hauptstudium gekommen) immer wieder Fragen stellt, die für ihn eigentlich schon kein Thema mehr waren - aber so entwickelten sich doch auch einige interessante Aspekte daraus („Architektonische Verhältnisse als Ausdruck theologisch-sozialer Beziehungen: Kirche und Pfarrhaus“). Auch das von einigen StudentInnen aus dem Forschungsprojekt durchgeführte *Fachseminar* „Zölibat - Geschichte und Kritik“ empfindet er als eine Bereicherung seiner Arbeit, dafür nimmt er die Betreuung gern in Kauf. Anstrengend dagegen findet er seine vierteilige *Vorlesungsreihe* „Islam“ - auch wenn jede Woche über einhundert StudentInnen (auch von der TU) zu der Veranstaltung (im gerade eröffneten Neubau der FH) kommen. Aber, bei aller Zustimmung zur neuen Studienordnung, soweit wie Kollegin Müller möchte er nun wirklich nicht gehen: die schreibt nun ja sogar ihre Aufsätze „öffentlich“, sitzt mit 'ner Tasse Tee auf dem Flur, immer umlagert von StudentInnen, mit denen sie dann Gliederung und Formulierungen diskutiert, manche StudentInnen sollen sogar schon Textteile (und Kritik!) geschrieben haben, was Kollegin Müller dann in ihren Aufsatz übernommen habe (am Ende muß es wie eine große Collage ausgesehen haben!). Nein, seine Texte möchte er weiterhin in Ruhe zuhause schreiben, nur begleitet vom guten selbstimportierten französischen Rotwein und seinem geliebten Chopin. Und den Ärger vom Kollegen Schmidt möchte er auch nicht haben: weil es den StudentInnen nicht paßte, was er zu sagen hatte (und wohl auch wie er es sagte), haben sie einfach in der Mitte des Semesters ein eigenes Seminar zu dem Thema organisiert, und Müller saß alleine da! Mittlerweile gehen wohl auch wieder ein paar zu ihm, aber da gibt es dann heiße Diskussionen. Schmidtchen ist immer ganz fertig - will es aber durchstehen.

Aber dafür beginnt ihm die Mitarbeit in den Hochschulgremien wieder Spaß zu machen (zuletzt war dies vor vielen, vielen Jahren der Fall gewesen, als er - damals noch im Asta der Uni - mal mit anderen erfolgreich zwei Wochen ein Rektorat besetzt hielt und so tatsächlich die Abschiebung eines ausländischen Kommilitonen verhindern konnte). Es wird in den Gremien viel - und gut! - diskutiert, es geht oft um Fragen, wie die Hochschule sich öffentlich engagieren kann, aber auch darum, sich untereinander abzusprechen und gegenseitig zu unterstützen. Daß er früher mal die Jahre bis zur Pensionierung zählte, hat er schon längst wieder vergessen.

³² Eigentlich hätte die EFH Dresden dafür einige der förderlichen Voraussetzungen; vgl. dazu das Fazit bei Holtkamp 1994, 75f.

³³ Es ist dabei ja auch zu bedenken, daß bei - ausschließlich - diesen Tätigkeiten, ständig die Gefahr einer drastischen Gehaltsabsenkung für die wiss. MitarbeiterInnen besteht.

³⁴ Wenn auch nur als Fußnote mittendrin: Selbstverständlich muß auch die Lehrverpflichtung der ProfessorInnen drastisch reduziert werden. Die Forderung der *Gewerkschaft Erziehung und Wis-*

senschaft nach 12 SWS ist schön und gut, müßte aber noch durchgesetzt werden, was wiederum nicht allein an der Gewerkschaft hängt, sondern auch an der offenbar geringen Kampfbereitschaft der HochschullehrerInnen.

³⁵ An dieser Stelle ist m.E. einer der größten hochschulpolitischen Fehler der FH auszumachen: anbetrachts der weitüberwiegenden Westbesetzung der Professuren, was u.a. daran lag, daß oftmals vergleichbar qualifizierte ostdeutsche BewerberInnen nicht vorhanden waren, hätte man von Anfang an mit Qualifikationsstellen auf eine entsprechende Nachwuchsförderung hin arbeiten müssen.

³⁶ Dies darf aber keinesfalls zur Kündigung der jetzt eingestellten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen führen.

Literatur:

BADER, KURT (1987): Viel Frust und wenig Hilfe. Band 1 Die Entmystifizierung sozialer Arbeit; Weinheim und Basel.

CLAUßEN, BERNHARD (1981): Kritische Politikdidaktik. Zu einer pädagogischen Theorie der Politik für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit; Opladen.

DAXNER, MICHAEL (1993): Die Wiederherstellung der Hochschule. Plädoyer für eine Rückkehr der Hochschulen in die Politik und Gesellschaft; Köln.

FOUCAULT, MICHEL (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses; Frankfurt/Main.

HACKL, BERND (1992): Wissen - Bildung - Widerstand? Warum der Schulunterricht an seinen emanzipatorischen Ansprüchen scheitert; in: *Forum Kritische Psychologie* Nr. 30; S. 29-45.

HUISKEN, FREERK (1992): Weder für die Schule noch fürs Leben. Vom unbestreitbaren Nutzen unserer Lehranstalten. Kritik der Erziehung, Teil 2; Hamburg.

BERNFELD, SIEGFRIED (1979): Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung; Frankfurt/Main (erstmalig 1925 erschienen).

HEYDORN, HEINZ J. (1979): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Bildungstheoretische Schriften Band 2; Frankfurt/Main.

HIRSCHFELD, UWE (1992): Vorüberlegungen für ein Curriculum der politikwissenschaftlichen Anteile im Studium der Sozialarbeit (Notizen); in: Studienbuch WS 1992/93; hrsgg. von der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden, Der Rektor; Dresden 1992, Seite 44f.

HOLTKAMP, ROLF (1994): Voraussetzungen von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Ergebnisse eines Forschungsprojekts; (=Reihe Bildung-Wissenschaft-Aktuell 1/94, hrsgg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) Bonn.

HOLZKAMP, KLAUS (1991): Lehren als Lernbehinderung?; in: *Forum Kritische Psychologie* Heft Nr. 27, Seite 5-22.

HOLZKAMP, KLAUS (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung; Frankfurt/Main, New York.

RÜGEMER, WERNER (1980): Die Notwendigkeit der Allgemeinbildung im Kampf um Wissen und weltanschauliche Orientierung; in: Karl-Heinz Braun (Hg.): *Materialistische Pädagogik. Beiträge zu ihren Grundlagen und Gegenstandsbereichen*; Köln.

Wolfgang Kehr, Sabine Manning & Rudolf Thomas (Berlin):

Erfolgreiche ERASMUS-Aktivitäten in den neuen Bundesländern *

Ein Team des Wissenschaftsforums Bildung und Gesellschaft e. V. (WIFO), Berlin, begleitet seit 1991 die Umsetzung von ERASMUS in den neuen Bundesländern (NBL).[1] Anliegen dieser Untersuchung ist es, den besonderen Zusammenhang zwischen der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens und dem Einstieg in das Mobilitätsprogramm aufzudecken und fördern- de sowie hemmende Faktoren für die ERASMUS-Aktivitäten zu ermitteln.[2] Einige vorläufige Untersuchungsergebnisse sollen in fünf Punkten vorgestellt werden.

1. Die ERASMUS-Beteiligung in den NBL hat eine Größenordnung wie in den alten Bundesländern erreicht.

Nachfolgend werden einige Kennziffern der Beteiligung an ERASMUS bzw. LINGUA (bezogen auf die Aktion 2 von LINGUA, die zu den Mobilitätsprogrammen auf Hochschulebene gehört) im Ost-West-Vergleich gegenübergestellt.

Vier ostdeutsche Hochschulen (U Leipzig, dann TU Dresden, U Berlin und U Jena) gehören bereits zur Spitzengruppe in der Bundesrepublik, gemessen an

der Anzahl der ERASMUS-/LINGUA-Programme und der bewilligten Stipendien (vgl. DAAD [3]).

Der Anteil Ostdeutscher unter den ERASMUS-Stipendiaten der Bundesrepublik beträgt jetzt 11 % (Quote der bewilligten Stipendien 1994/95). Dies entspricht in etwa der Relation ostdeutscher Studierender zur Gesamtstudentenschaft in Deutschland (auf die NBL entfielen 1992 knapp 12 % der Studienanfänger bzw. 8 % der Studenten/innen - vgl. BMBW [4]).

Hinsichtlich der Beteiligung von Hochschulen an ERASMUS übertreffen die NBL sogar die bundesdeutschen Durchschnittsquoten. In diesem Studienjahr (1994/95) sind 80 % der ostdeutschen Hochschulen an ERASMUS beteiligt - gegenüber einem gesamtdeutschen Durchschnitt von rund 60 % (Quelle: DAAD [3]). Auch bei den „nichtbeteiligten“ Hochschulen, so ergab eine repräsentative Befragung des WIFO, sind großenteils Aktivitäten in der Startphase oder in Vorbereitung.

Beachtlich ist der Entwicklungsstand von ERASMUS an den Fachhochschulen

(FH) der NBL. [5] Obwohl sie zumeist bis 1993 in institutioneller Umwandlung und Neugründung steckten, sind im Studienjahr 1994/95 bereits drei Viertel von ihnen in ERASMUS bzw. LINGUA engagiert. Die FH machen fast die Hälfte aller an diesen Programmen beteiligten Hochschulen der NBL aus; allerdings stellen sie nur ein Fünftel der ostdeutschen ERASMUS-/LINGUA-Stipendiaten. (Berechnungen: WIFO)

Diese positive Bilanz in der ERASMUS-Teilnahme der NBL erklärt sich aus dem Zusammentreffen von gezielter Förderung - durch die Europäische Kommission, das ERASMUS-Büro in Brüssel, das BMBF und den DAAD - und von hohem Engagement der Verantwortlichen in den Akademischen Auslandsämtern und Fachbereichen an den ostdeutschen Hochschulen.

2. Die ostdeutschen ERASMUS-Studenten/innen gleichen in Motivation, Leistungsfähigkeit und finanziellen Voraussetzungen ihren EU-Kommilitonen/innen.

Zu dieser Schlußfolgerung haben Befragungen des WIFO von ERASMUS-Beteiligten aus den NBL sowie von Koordinatoren für ERASMUS-Programme an westeuropäischen Hochschulen geführt.

Zur Motivation: Neben fachlich-inhaltlichen Interessen und dem Streben nach vertieften Fremdsprachenkenntnissen sind bei ostdeutschen ERASMUS-Studenten/innen vor allem folgende Anlie-

gen ausgeprägt: Erweiterung des europäischen Horizonts; Kennenlernen des anderen Landes, der Sitten und Gebräuche, der Kultur, einschließlich der Erkundung neuer Reisemöglichkeiten.

Diese Ziele lassen sich in das Hauptmotiv studentischer Mobilität in der EU allgemein einordnen. Wie aus Reaktionen von Studentenorganisationen auf das EG-Hochschulmemorandum von 1991 hervorgeht, wird „first-hand knowledge of other countries and societies“ als der entscheidende Beweggrund erachtet (vgl. European Commission [6], S. E-91). Dennoch ist der besondere Akzent im Mobilitätsverhalten ostdeutscher Studenten/innen erkennbar, Defizite an Auslandserfahrung aus der DDR-Vergangenheit zu überwinden.

Zur Leistung: Über Leistungsbereitschaft und -vermögen ostdeutscher ERASMUS-Studenten/innen gibt es in hohem Maße positive Aussagen. Nicht selten werden auch, vornehmlich an kleinen bzw. neuen Hochschulen der NBL, die Teilnehmer/innen auf diesen Aspekt hin vorbereitet bzw. ausgewählt. Um vor ihren ausländischen Partnern zu bestehen, legen diese Einrichtungen bei der Auswahl der Studenten/innen hohe Qualitätsmaßstäbe an (fachliche und Persönlichkeitsqualitäten). Die „outgoing students“, besonders in der Anfangsphase der Programmbeteiligung, erachtet man als wichtig für das Image der Hochschule.

Zu finanziellen Voraussetzungen: Ostdeutsche Studenten/innen berichten, daß

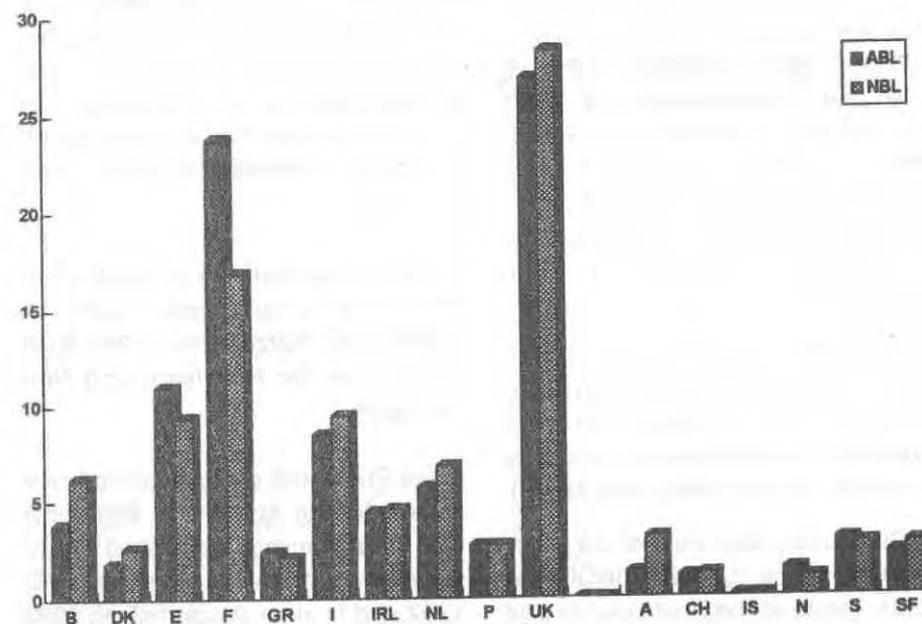
das Auslands-BAföG oder der ERASMUS-Zuschuß nicht ausreichen und je nach Zielland bzw. -ort zum Teil erhebliche Zuzahlung erfordern, u. a. für teure Unterkünfte. Kommilitonen/innen mit finanziell und sozial schlechter gestellten Elternhäusern vermögen diesen Eigenbetrag oftmals nicht oder nur mit Hilfe anderer persönlicher Einschränkungen aufzubringen. Dieses Problem dürfte in den NBL stärker als in den alten Bundesländern ausgeprägt sein, ist aber europaweit vorhanden. Die Studentenorganisationen nennen den Mangel an finanziellen Mitteln bei den EU-Programmen

als Haupthindernis für größere Mobilität (vgl. European Commission [6], S. E 91).

3. Die Struktur der Zielländer wie der Fachrichtungen folgt dem bundesdeutschen Muster, zeigt aber ostdeutsche Besonderheiten.

Die beliebtesten Zielländer ostdeutscher ERASMUS-Teilnehmer/innen sind - ähnlich wie bei den westdeutschen Studierenden - Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Verteilung ost- und westdeutscher Stipendiaten nach Zielländern in ERASMUS/LINGUA für 1994/95



Berechnung: WIFO (auf Grundlage von Daten des DAAD)

Allerdings liegen die entsprechenden Quoten der ostdeutschen Studenten/innen bei Frankreich deutlich niedriger und bei Großbritannien höher. In das letztere Zielland strebte anfangs sogar noch ein größerer Anteil von Studenten/innen aus den NBL: 1991 waren es nahezu 40 % der ostdeutschen ERASMUS- sowie LINGUA-Stipendiaten (vgl. DAAD [7]).

Hierin spiegelt sich eine spezifische Situation der NBL - die aus der DDR nachwirkende Konzentration auf das Englische als nahezu einzige westeuropäische Fremdsprache - wider. Diese führt, wie Befragungen von Programmverantwortlichen an den ostdeutschen Hochschulen bestätigen, z. T. zu starken Hemmnissen in der Beteiligung, sobald andere Sprachen gefragt sind.

In der Fächerwahl markierte sich vor allem beim Einstieg der NBL in ERASMUS (1991/92) eine andere Struktur als in den alten Bundesländern (vgl. DAAD [7]): Während bei westdeutschen ERASMUS-Stipendiaten - wie auch heute - die Betriebswirtschaft mit Abstand an der Spitze stand (25 %), hatten bei den ostdeutschen die Fremdsprachen den Vorrang (22 %).

Auch in der Fächerverteilung der Stipendiaten für 1994/95 sind die Unterschiede zwischen Ost und West noch in der Rangordnung erkennbar (siehe Abb. 2).

Am ausgeprägtesten hat sich die unterschiedliche Beteiligung bei LINGUA erhalten. Ostdeutsche Hochschulen sind an einem Drittel der Hochschulkoopera-

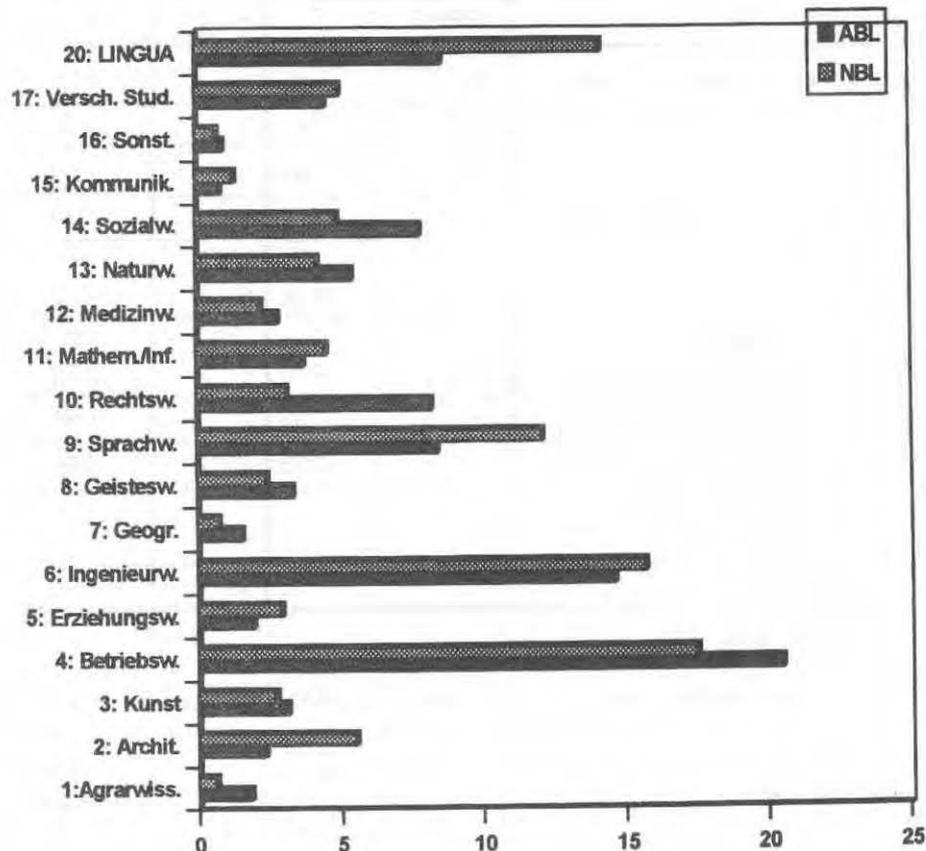
tionsprogramme, an denen deutsche Partner 1994/95 im Rahmen von LINGUA mitwirken, beteiligt, und über ein Sechstel der LINGUA-Stipendien für Deutschland kommen auf ostdeutsche Studierende (Berechnung: WIFO/DAAD).

Die Bevorzugung von Sprachstudien allgemein läßt sich leicht aus dem Nachholbedarf der ostdeutschen Studenten/innen erklären. Die ebenfalls starke Beteiligung der NBL in Ingenieurwissenschaften hängt zweifellos mit dem hohen Entwicklungsstand und Ausmaß dieses Studienggebietes an den ehemaligen DDR-Hochschulen zusammen. Die Betriebswirtschaft andererseits gehört zu den Fachbereichen, die es in der Form zuvor nicht gab und die daher von der Umgestaltung besonders geprägt sind. Bemerkenswert ist der Aufstieg der Quote ostdeutscher Stipendiaten in dieser Fachrichtung vom vierten auf den ersten Platz innerhalb von drei Jahren (1991/92 bis 1994/95; vgl. DAAD [7] und Abb. 2).

4. Die programmverantwortlichen Hochschullehrer betonen den angestrebten Nutzen von ERASMUS stärker als die Probleme und Hindernisse.

Diese Erkenntnis gründet sich auf eine standardisierte schriftliche Befragung von programmverantwortlichen Hochschullehrern in den NBL, die vom WIFO 1992 und in einer Wiederholung 1993 durchgeführt wurde.

Abb. 2: Fächerverteilung ost- und westdeutscher Stipendiaten in ERASMUS und LINGUA für 1994/95 (in Prozent)



Berechnung: WIFO (auf Grundlage von Quellen des DAAD)

Bei den Erwartungen in den Nutzen des Programms (siehe Tab. 1) liegen internationale Aspekte an oberster Stelle (Rang 1, 2, 4 und 5).

Diese Rangplätze verweisen auf Defizite in den NBL. Unter beteiligten FH-

Lehrern liegen diese Werte sogar z. T. bedeutend höher. Hier spielt das starke Bestreben, internationale Anerkennung für die FH als Stätten der Lehre und Forschung zu erhalten, eine große Rolle. Die Rangfolge erweist sich in der Wiederholungsbefragung als stabil, al-

Tab. 1: Erwartungen/Nutzen bezüglich der ERASMUS-Bildungsförderung in den NBL - Rangplätze (RP) und arithmetisches Mittel (\bar{x}) der Befragung 1992 und 1993

| Merkmal | RP 92 | \bar{x} | RP 93 | \bar{x} |
|---|-------|-----------|-------|-----------|
| Internationale Kontakte u. Arbeit | 1 | 2.85 | 1 | 2.71 |
| Förderung fremdsprach. Kenntnisse | 2 | 2.81 | 2 | 2.66 |
| Das vertretene Fachgebiet | 3 | 2.57 | 3 | 2.39 |
| Kennenlernen westeurop. Länder | 4 | 2.45 | 4 | 2.30 |
| Annäherungsprozesse im Bildungsbereich | 6 | 2.38 | 5 | 2.22 |
| Realisierung moderner Lehrkonzeptionen | 5 | 2.40 | 6 | 2.02 |
| Möglicher Multiplikationseffekt | 6 | 2.38 | 7 | 1.96 |
| Eigene fachliche Kompetenz | 8 | 2.33 | 8 | 1.94 |
| Ausschöpfung finanzieller Möglichkeiten | - | - | 9 | 1.78 |
| Persönliches Ansehen | 9 | 1.86 | 10 | 1.63 |

Quelle: WIFO, März 1994

lerdings sind die Werte (erkennbar am arithmetischen Mittel) niedriger. Dies ist wahrscheinlich einer inzwischen realistischeren Einschätzung geschuldet.

Bei der Sicht auf Probleme und Hindernisse (siehe Tab. 2) sind zum einen die bekannten allgemeinen Schwierigkeiten mit ERASMUS vertreten (für NBL vor allem Finanzen, aber auch Mobilität und Unterbringung), zum anderen gibt es spezifische Probleme, die aus der Vergangenheit und dem Umgestaltungsprozeß herrühren (siehe Rangplätze 2 bis 6, 8 und 9 für 1993).

Aufschlußreich ist die Verschiebung der Rangplätze gegenüber der Erstbefra-

gung von 1992: Größeres Gewicht haben 1993 die praktischen Probleme, wie Finanzen und Sprachkenntnisse, erhalten, während die eher subjektiven Aspekte, wie fehlende Erfahrungen, Unsicherheiten in der eigenen beruflichen Entwicklung und ungenügende Akzeptanz bei europäischen Partnern, zurückgetreten sind. Hierin zeigt sich ein gewisser Einarbeitungseffekt, der das Ende der Startphase markiert.

Insgesamt (1993) ist das Gewicht der Probleme deutlich niedriger als das des erwarteten Nutzens - vergleicht man das arithmetische Mittel für die Merkmale dieser beiden Indikatoren. Dies deutet

Tab. 2: Probleme bei der Beteiligung an ERASMUS-Aktivitäten in den NBL - Rangplätze (RP) und arithmetisches Mittel (\bar{x}) der Befragung 1992 und 1993

| Merkmal | RP 92 | \bar{x} | RP 93 | \bar{x} |
|---|-------|-----------|-------|-----------|
| Unzureichende finanzielle Mittel | 4 | 1.77 | 1 | 2.06 |
| Unzureichende sprachliche Voraussetzungen | 5 | 1.75 | 2 | 1.85 |
| Fehlende Erfahrungen bei der Gemeinschaftsarbeit | 1 | 2.14 | 3 | 1.80 |
| Unsicherheit in der eigenen beruflichen Entwicklung | 2 | 1.93 | 3 | 1.80 |
| Umgestaltungsprozesse | 3 | 1.86 | 5 | 1.79 |
| Fehlende Kontakte | 8 | 1.48 | 6 | 1.55 |
| Unterbringung | 7 | 1.54 | 7 | 1.52 |
| Ungenügende Akzeptanz bei europäischen Partnern | 6 | 1.56 | 8 | 1.49 |
| Erreichter Stand bei inhaltlichen Umgestaltungen | 9 | 1.46 | 9 | 1.40 |
| Mangelnde Mobilitätsbereitschaft | 10 | 1.27 | 10 | 1.38 |
| Keine ausreichenden Informationen | 11 | 1.18 | 11 | 1.13 |

Quelle: WIFO, März 1994

auf eine vorrangig positive Haltung zur ERASMUS-Beteiligung.

5. Die Eigeninitiative und Verantwortung ostdeutscher Hochschullehrer für ERASMUS-Programme kennzeichnen den Weg nach vorn.

Unsere Begleitforschung ging von folgender These aus: Das Förderangebot der EG-Programme kann nur Erfolg bringen, wenn die NBL selbst Initiative und Aktivität entfalten (vgl. KSPW-Studie [2], S. 43).

Hochschullehrern, die 1992 in Förderprogrammen der EG mitwirkten, stellten wir die Frage: „Von wem ging die Initiative für die Beteiligung aus?“ An erster Stelle kam die Antwort: „Von mir selbst“ (vgl. KSPW-Studie [2], S. 33). Im Rückblick auf die Unterdrückung von Eigeninitiative bezüglich internationaler Aktivitäten in der ehemaligen DDR ist dies beachtlich und erklärlich zugleich.

Eine wichtige Grundlage für ERASMUS-Initiativen bildeten bereits bestehende fachlich-wissenschaftliche Kontakte (laut

WIFO-Befragung von 1993 bei etwa zwei Dritteln der Erstbeantragung). Aber auch das Engagement ehemals westdeutscher Professoren, die bereits ERASMUS-Erfahrungen mitbrachten, spielte zweifellos eine erhebliche Rolle.

Zu berücksichtigen ist schließlich die Übernahme von Verantwortung in den Hochschulkooperationsprogrammen (HKP) im Rahmen von ERASMUS. Hochschullehrer können in einem HKP, das jeweils die Basis für den Studentenaustausch zwischen bestimmten europäischen Partnereinrichtungen bildet, sowohl ihre eigene Hochschule als Programmbeauftragte vertreten als auch die Koordinierung zwischen den beteiligten Partnern übernehmen.

Für das Antragsjahr 1991/92 wurden ostdeutsche Hochschullehrer in 30 HKP (ERASMUS-/LINGUA) als europäische Koordinatoren bestätigt - das war etwa ein Viertel der HKP, an denen sich die

NBL beteiligten. Für 1994/95 ist die Zahl der HKP mit ostdeutschen Koordinatoren gleichgroß, allerdings beträgt ihr Anteil an den inzwischen zahlreicheren Programmen in den NBL nur noch ein Zehntel. (Berechnungen: WIFO) Hier ist Freiraum für mehr Engagement, zumal die Hochschulen der Bundesrepublik insgesamt bei der HKP-Koordinierung Nachholebedarf haben.

Ein Fazit: ERASMUS an ostdeutschen Hochschulen ist ein Erfolg. Die fünf Punkte geben dies schlaglichtartig wieder, ohne allerdings die Vielschichtigkeit der Prozesse beleuchten zu können. Doch die Gesamtheit der bisherigen Untersuchungen des WIFO bestätigt eine positive Grundtendenz in Haltung und Aktivitäten zu ERASMUS in den NBL.

Wolfgang Kehr, Dr., Sabine Manning, Dr. habil., und Rudolf Thomas, Dr. paed. habil., sind Bildungsforscher beim Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin

Anmerkungen:

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags anlässlich der GEW-Sommerschule „Auf dem Weg in die Europäische Union“ vom 28.08. bis 03.09. 1994 in Klappholttal/Sylt

[1] Das bis zum Frühjahr 1995 laufende Projekt wird durch Zuwendungen der Europäischen Kommission und des BMBF gefördert und auch vom EU-Referat des DAAD unterstützt.

[2] Zum breiteren Kontext der Bildungsförderung durch die Europäische Union in den NBL liegen bereits erste Analysen vor, u.a.:

Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e. V. (Hrsg.): Bildungsförderung durch EG-Programme in den neuen Bundesländern. Kurzstudie für die KSPW. Berlin, 1993; Manning, Sabine: Die Rolle der EG-Bildungsprogramme in den neuen Bundesländern. In: *Bildung und Erziehung*, 46 (1993) 1;

Manning, Sabine: Förderchancen durch Hochschulprogramme der EG - Wie werden sie in den neuen Bundesländern genutzt? In: *Das Hochschulwesen*, 41 (1993) 3.

[3] DAAD (Hrsg.): Von ERASMUS zu SOKRATES. 5. ERASMUS- und LINGUA-Jahrestagung des DAAD. 9. und 10. Juni 1994. Universitätsklub Bonn. Bonn, August 1994.

[4] BMBW (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1993/94. Bad Honnef: Karl Heinrich Bock Verlag, Dezember 1993, S. 140.

[5] Vgl. Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e. V. (Hrsg.): ERASMUS an Fachhochschulen der neuen Bundesländer. Veranstaltung des Wissenschaftsforums Bildung und Gesellschaft e. V. am 19. April 1994 an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Berlin, 1994.

[6] European Commission (Hrsg.): The European Dimension in Higher Education. Responses to the Memorandum on Higher Education in the European Community. Theme reports: parts 5 - 6. [Brussels] o. J.

[7] DAAD (Hrsg.): ERASMUS, LINGUA (Aktion 2) und COMETT. Sondermittel der EG für die neuen Bundesländer 1991/92. Eine Zwischenbilanz. [Bonn], 20.2.1992 (unveröffentlichtes Material).

Ostdeutsche Studienberechtigte des „Wendjahres“ 1990 nehmen deutlich häufiger ein Studium auf als ihre Kollegen aus den alten Ländern

Bis zum Wintersemester 1993/94 hatten sich 76 % der Studienberechtigten 90 aus dem westlichen Bundesgebiet an einer Hochschule immatrikuliert oder wollten dies in der Folgezeit noch tun. In den neuen Ländern ist diese Studienaufnahmequote mit 84 % dagegen beträchtlich höher. Offensichtlich setzt sich hier im Gegensatz zu den Folgejahrgängen mit kontinuierlich sinkender Studierneigung noch das Ausbildungswahlverhalten der Abiturienten aus der früheren DDR fort, die zu über 90 % nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium aufnehmen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß attraktivere Alternativen zum Studium - wie etwa der Vorbereitungsdienst auf die Beamtenlaufbahn, der bereits ab dem 91er Entlaßjahrgang in den neuen Ländern häufiger gewählt

wird als in den alten - zum Zeitpunkt der Ausbildungsentscheidung den Abiturienten 90 noch nicht bekannt waren bzw. im östlichen Bundesgebiet noch nicht angeboten wurden.

Dies ist ein zentrales Ergebnis der von HIS Hochschul-Informationen-System Ende 1993 / Anfang 1994 durchgeführten Befragung von 16.000 studienberechtigten Schulabgängern aus den alten und den neuen Ländern. Damit können die Studien-, Berufsausbildungs- und Berufsverläufe dieses Schulentlaßjahrgangs über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren verfolgt und bildungspolitisch wichtige Daten zur Verfügung gestellt werden. Dies ist umso bedeutsamer, als es sich bei den Befragten um den ersten gesamtdeutschen Studien-

berechtigten-Jahrgang handelt. Weitere Befragungen in dieser Längsschnittuntersuchung sind geplant.

Auch in anderen Aspekten der nachschulischen Werdegänge sind deutliche Unterschiede zwischen Ost und West zu beobachten. Dabei ist zwar zu berücksichtigen, daß es sich bei den Studienberechtigten 90 aus den neuen Ländern ausschließlich um Schulangänger mit allgemeiner Hochschulreife handelt, während in den alten Ländern Schulabgänger mit Fachhochschulreife mit ihrem spezifischem Wahlverhalten (geringere Studierneigung, häufigerer direkter Übergang in die Erwerbstätigkeit) zu 27 % vertreten sind. Allerdings bleiben auch bei einer Beschränkung des Ost-West-Vergleichs auf Abiturienten die für die Gesamtheit der Studienberechtigten festgestellten strukturellen Unterschiede bestehen.

Dies sind auch die wesentlichen Gründe dafür, daß die Studienberechtigten 90 aus den neuen Ländern deutlich seltener als ihre Kollegen aus dem Westen nach Schulabschluß eine Berufsausbildung aufgenommen haben. Von den Hochschulzugangsberechtigten 90 aus den alten Ländern hatten bis dreieinhalb Jahre nach Verlassen der Schule 36 % eine solche Ausbildung begonnen. Von den Studienberechtigten aus dem östlichen Bundesgebiet sind demgegenüber nur 26 % von der Schulbank in eine Ausbildung in Betrieben, Behörden oder Fachschulen gewechselt.

Der Weg in den Beruf ausschließlich via Hochschulstudium wurde von den Studienberechtigten 90 aus dem östlichen Bundesgebiet deutlich häufiger gewählt als von denen aus dem Westen (70 % vs. 60 %). Entsprechend seltener haben sie sich ausschließlich für eine berufliche Ausbildung entschieden (12 % vs. 21 %). Der Erwerb einer Doppelqualifikation (nach Schulabschluß erst Berufsausbildung, dann Studium) wird dagegen im Osten wie im Westen faktisch gleich häufig gewählt (14 % vs. 15 %).

Die Unterschiede im Ausbildungswahlverhalten von Männern und Frauen sind beim Studienberechtigten-Jahrgang 90 im Westen sehr viel stärker ausgeprägt als im Osten. Während in den neuen Ländern die Studierquote der männlichen Studienberechtigten 90 nur geringfügig höher ist als die der weiblichen (85 % vs. 83 %), ist in den alten Ländern eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Geschlechtern zu beobachten. Hier haben sich 83 % der Männer, aber nur 66 % der Frauen für einen Hochschulbesuch entschieden. Umgekehrt haben in den alten Ländern bei den Studienberechtigten 90 die Frauen deutlich häufiger als die Männer bis dreieinhalb Jahre nach Schulabgang eine berufliche Ausbildung aufgenommen (47 % vs. 26 %). In den neuen Ländern fallen dagegen die Unterschiede wesentlich moderater aus (30 % vs. 23 %).

(Hochschul-Informationen-System)

HRK: Nur geringer Rückgang der Studienanfängerzahlen

Nach einer Erhebung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sank die Studienanfängerzahl im Studienjahr 1994 (Sommersemester 1994 und Wintersemester 1994/95) von 282.000 im Jahre 1993 auf 274.200 (incl. 19.000 Studienanfänger an sog. verwaltungsinternen Fachhochschulen) um 2,8 Prozent. Da die Einschreibungen noch nicht an allen Hochschulen abgeschlossen sind, können die endgültigen Zahlen noch um bis zu ein Prozent höher ausfallen. Einem Rückgang von 3,7 Prozent im alten Bundesgebiet (ohne Berlin) auf 223.700 steht ein Anstieg in den neuen Ländern (ohne Berlin) um 7,7 Prozent auf 33.500 gegenüber. Lediglich im Land Brandenburg ist aufgrund des Fehlens eines Abiturientenjahrgangs infolge Einführung des 13. Schuljahres in diesem Jahr eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen (- 8,8 Prozent). In Berlin, das sich aufgrund der Hochschulgründungen in Brandenburg in einer veränderten Situation befindet, ist die Studienanfängerzahl um 7,5 Prozent auf 17.000 gefallen.

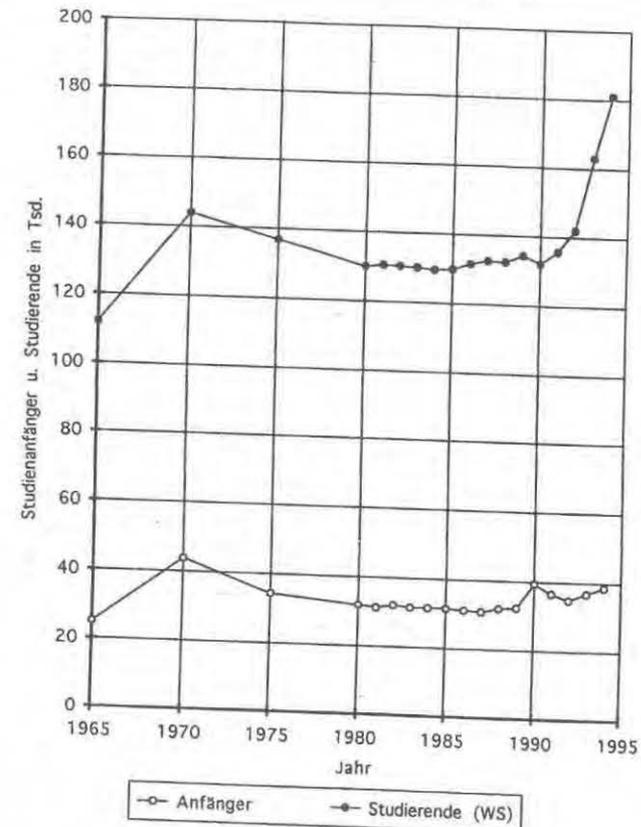
Der Anstieg der Zahlen in den neuen Ländern ist die Folge einer Änderung des Bildungsverhaltens nach dem Ende der DDR mit einer allmählichen Annäherung an die höheren Abiturientenquoten im Westen. In den alten Ländern wirkte sich aus, daß im Zeitraum von 1970 - 1975 die Zahl der Geburten um 25 Prozent von 810.000 auf 600.000 zurückgegangen ist, hier ist also der Rückgang demographisch bedingt. So ist die Altersgruppe der 22- bis 23jährigen, die

die meisten Studienanfänger stellt, knapp 11 Prozent kleiner als im Vorjahr.

Der Präsident der HRK, Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen, warnte bei der Vorstellung der Zahlen am 25. November in Bonn davor, angesichts der seit 1990 jeweils leicht rückläufigen Anfängerzahlen auf einen dauerhaften Rückgang der Studienanfängerzahlen zu schließen. Ein Vergleich der Jahrgangsstärken und der Einschreibungszahlen zeige, daß auch weiterhin der aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwartende Rückgang in großem Umfang durch den Trend zu höherqualifizierender Bildung und Ausbildung kompensiert werde. Diese Tatsache und steigende Geburtenzahlen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ließen in absehbarer Zeit einen erneuten Anstieg der Studienanfängerzahlen auch in den westdeutschen Bundesländern erwarten.

Nach Hochschularten differenziert ergibt sich nach der HRK-Erhebung folgendes Bild: 177.900 oder 64,8 Prozent der Studienanfänger begannen ein Studium an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen, 96.200 oder 35,2 Prozent an Fachhochschulen. Dies ist bundesweit ein Rückgang von 3,5 Prozent an Universitäten und von 2,2 Prozent an Fachhochschulen. In den neuen Ländern (ohne Berlin) hatten die Universitäten Zuwächse von 11,8 Prozent, die Fachhochschulen von 0,2 Prozent zu verzeichnen. In den alten Ländern ist der Rückgang an den Universitäten mit 4,6

**Studienanfänger und Studierende
in der ehemaligen DDR / den neuen Bundesländern
seit 1965 (in Tsd.)**
Quelle: BMBW: Grund- und Strukturdaten / Umfrage HRK © HRK



Prozent stärker ausgeprägt als an den Fachhochschulen mit 1,5 Prozent. Eine Erhebung der Studienanfänger nach Fachrichtungen wurde nicht vorgenommen, doch berichten die Hochschulen, daß der Rückgang vornehmlich in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, hier insbesondere in Elektrotechnik und Maschinenbau, aber auch in Informatik stattfindet. Stärkere Einbußen in diesen Bereichen gehen mit stagnierenden Zahlen in den übrigen Fächern einher.

Die Gesamtzahl der Studierenden blieb mit 1.889.000 weitgehend konstant. Davon entfallen auf die alten Bundesländer 1.594.000, auf die neuen Länder 149.900 und auf Berlin 145.100. Ein ausgeprägter Anstieg von 134.600 um 11,3 Prozent auf 149.900 ist in den neuen Ländern zu verzeichnen. Dem stehen gleichbleibende Zahlen in den westlichen Bundesländern und ein Rückgang von 3,3 Prozent in Berlin gegenüber.

| Land | Universitäten incl. PHS | | | Fachhochschulen | | | Sonst. Hochschulen (1) | | | Gesamt | | |
|---------------------------|-------------------------|---------|---------|-----------------|---------|---------|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 |
| Baden-Württemberg | 25667 | 24070 | 21399 | 11503 | 14238 | 13575 | 607 | 747 | 866 | 37777 | 39055 | 36640 |
| Bayern | 27597 | 25179 | 23755 | 10694 | 9619 | 10423 | 419 | 499 | 507 | 38710 | 35297 | 34685 |
| Berlin | 14092 | 12206 | 11304 | 3230 | 3533 | 3100 | 795 | 693 | 644 | 18117 | 16432 | 15048 |
| Brandenburg | 1866 | 2119 | 2057 | 820 | 1459 | 1227 | 84 | 50 | 26 | 2770 | 3638 | 3310 |
| Bremen | 2048 | 1883 | 1785 | 1836 | 1667 | 1340 | 131 | 124 | 75 | 4015 | 3674 | 3300 |
| Hamburg | 7232 | 7069 | 6737 | 2505 | 2413 | 2253 | 143 | 172 | 221 | 9880 | 9654 | 9211 |
| Hessen | 17469 | 14636 | 14239 | 7397 | 7224 | 6567 | 301 | 247 | 214 | 25167 | 22107 | 21020 |
| Mecklenburg-Vorpomm. | 1970 | 2015 | 2440 | 843 | 1189 | 1441 | 46 | 25 | 37 | 2859 | 3229 | 3918 |
| Niedersachsen | 15511 | 14076 | 14342 | 6033 | 6601 | 6686 | 257 | 366 | 336 | 21821 | 21043 | 21364 |
| Nordrhein-Westfalen | 51846 | 49141 | 47223 | 14502 | 13856 | 13354 | 870 | 961 | 905 | 67218 | 63958 | 61482 |
| Rheinland-Pfalz | 8462 | 7866 | 7600 | 4519 | 4637 | 4257 | 43 | 33 | 41 | 13024 | 12536 | 11898 |
| Saarland | 2996 | 2684 | 2605 | 683 | 749 | 654 | 92 | 116 | 96 | 3771 | 3549 | 3355 |
| Sachsen | 6812 | 6607 | 7299 | 2735 | 4811 | 5411 | 240 | 335 | 342 | 9787 | 11753 | 13052 |
| Sachsen-Anhalt | 2093 | 2091 | 2721 | 1809 | 2428 | 2139 | 157 | 185 | 198 | 4059 | 4704 | 5058 |
| Schleswig-Holstein | 4265 | 3998 | 3647 | 3247 | 2803 | 3110 | 56 | 40 | 80 | 7568 | 6841 | 6837 |
| Thüringen | 3122 | 3310 | 3544 | 1721 | 2219 | 1916 | 184 | 100 | 227 | 5027 | 5639 | 5687 |
| Gesamt davon: | 193048 | 178950 | 172897 | 74097 | 79446 | 77453 | 4425 | 4693 | 4815 | 271570 | 263089 | 255165 |
| Alte Länder ²⁾ | 163093 | 150602 | 143532 | 62939 | 63807 | 62219 | 2919 | 3305 | 3341 | 228951 | 217714 | 209992 |
| Neue Länder ²⁾ | 29955 | 28348 | 29365 | 11138 | 15639 | 15234 | 1506 | 1388 | 1474 | 42619 | 43375 | 46073 |
| Alte Länder ³⁾ | 172034 | 158426 | 150535 | 65186 | 65968 | 64222 | 3422 | 3788 | 3706 | 240664 | 228182 | 218463 |
| Neue Länder ³⁾ | 21014 | 20524 | 22362 | 8911 | 13478 | 13231 | 1003 | 905 | 1109 | 30928 | 34907 | 36702 |

1) Kunst-/Musik-/Theolog.- und Kirchliche Hochschulen
 2) Alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin
 3) Alte Länder incl. ehemaliges West-Berlin, neue Länder incl. ehemaliges Ost-Berlin
 4) An den verwaltungsmäßig Fachhochschulen sind ca 19.000 Studienanfänger zu verrechnen, davon ca 14.500 in den alten Ländern, 2.500 in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) und 2.000 in Berlin.

Studierendenzahlen in den Studienjahren 1992, 1993 und 1994 im Vergleich (ohne Verwaltungsinterne Fachhochschulen⁴⁾)

| Land | Gesamt | Fachhochschulen | | | Universitäten incl. PHS | | | s.HH | Universitäten incl. PHS | Gesamt |
|---------------------------|-----------|-----------------|-----------|---------|-------------------------|---------|---------|--------|-------------------------|---------|
| | | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | | | |
| Baden-Württemberg | 1993/94 | 56769 | 56769 | 56769 | 1992/93 | 56769 | 56769 | 56769 | 1992/93 | 1994/95 |
| Bayern | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 | 229298 |
| Berlin | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 | 158075 |
| Brandenburg | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 | 13859 |
| Bremen | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 | 17268 |
| Hamburg | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 |
| Hessen | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 | 158518 |
| Mecklenburg-Vorpomm. | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 | 158228 |
| Niedersachsen | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 | 149009 |
| Nordrhein-Westfalen | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 | 550649 |
| Rheinland-Pfalz | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 | 80012 |
| Saarland | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 | 79893 |
| Sachsen | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 | 6817 |
| Sachsen-Anhalt | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 | 2093 |
| Schleswig-Holstein | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 | 4265 |
| Thüringen | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 | 3122 |
| Gesamt | 1.767.377 | 1.826.475 | 1.838.562 | 32.460 | 32.515 | 32.515 | 31.456 | 31.456 | 31.456 | 31.456 |
| davon: | | | | | | | | | | |
| Alte Länder ²⁾ | 1.519.203 | 1.551.998 | 1.553.550 | 20.964 | 21.934 | 20.964 | 20.964 | 20.964 | 20.964 | 20.964 |
| Neue Länder ²⁾ | 248.174 | 274.477 | 285.012 | 10.708 | 10.581 | 10.492 | 10.492 | 10.492 | 10.492 | 10.492 |
| Alte Länder ³⁾ | 1.668.367 | 1.668.367 | 1.662.441 | 27.120 | 27.476 | 26.585 | 26.585 | 26.585 | 26.585 | 26.585 |
| Neue Länder ³⁾ | 131.699 | 158.108 | 176.121 | 4.874 | 5.039 | 4.874 | 4.874 | 4.874 | 4.874 | 4.874 |

1) Kunst-/Musik-/Theolog.- und Kirchliche Hochschulen
 2) Alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin
 3) Alte Länder incl. ehemaliges West-Berlin, neue Länder incl. ehemaliges Ost-Berlin
 4) An den verwaltungsmäßig Fachhochschulen sind ca 50.000 Studierende zu verrechnen, davon ca 40.000 in den alten Ländern, 5.000 in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) und 5.000 in Berlin.

Auch ohne „eigene“ Abiturienten: Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen im Land Brandenburg nimmt weiter zu

Die Fachhochschulen im Land Brandenburg melden steigende Zahlen der Studierenden: Zu Beginn des Wintersemesters 1994/95 haben fast 1.000 junge Frauen und Männer ihr Studium an den Fachhochschulen des Landes aufgenommen. Damit hat sich die Zahl der eingeschriebenen Studierenden an Brandenburgs Fachhochschulen gegenüber dem Vorsemester um 25 % erhöht, obwohl die Schulen im Land Brandenburg wegen der Umstellung auf 13 Schuljahre in diesem Jahr keine Abiturienten entlassen konnten. Die neuen Zahlen dokumentieren das starke Interesse für das praxisbezogene Fachhochschulstudium, das ihnen bereits während des Studiums die Möglichkeit zu praktischen Erfahrungen im angestrebten Beruf gibt und so zu guten Berufschancen beiträgt.

Besonders gefragt war bei den Studienanfängern ein Studium in den Fachrichtungen Architektur, Bauingenieurwesen, Design, Betriebswirtschaft, Sozialwesen, Landschaftsnutzung/Naturschutz sowie Archiv-, Bibliotheks- und Dokumentationswesen. Hier überstieg die Zahl der Interessenten teilweise erheblich die zur Verfügung stehenden Studienplätze, der Zugang mußte deshalb wie auch in einigen anderen Fächern durch einen Numerus Clausus beschränkt werden. Die

meisten Neueinschreibungen gab es in den Fächern Betriebswirtschaft (201 Studienanfänger), Sozialwesen (156 Studienanfänger) und Bauingenieurwesen (131 Studienanfänger). In den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen wurden die zur Verfügung stehenden Kapazitäten in diesem Jahr nicht voll ausgeschöpft. In den Fachhochschulen rechnet man jedoch damit, daß bei einer Stabilisierung der Wirtschaftslage in den nächsten Semestern der Bedarf an modern ausgebildeten Ingenieuren und damit auch die Anzahl der Ingenieurstudenten zunehmen wird.

Insgesamt zählen die Fachhochschulen im Land Brandenburg derzeit 3.450 Studierende, 1.172 davon haben sich an der Fachhochschule Lausitz mit Standorten in Senftenberg und Cottbus eingeschrieben, sie ist die größte Fachhochschule des Landes. Die Fachhochschule Potsdam zählt 845 Studierende. Wildau bietet 561, Brandenburg 442 und Eberswalde 423 jungen Menschen einen Studienplatz.

Auch die an den Fachhochschulen Brandenburg, Lausitz, Potsdam und Wildau angebotenen Nachqualifizierungsmaßnahmen für Absolventen der Ingenieur- und Fachschulen der DDR werden sehr

gut angenommen. Die Zusatzqualifizierung wird - mit anschließender Diplomphase - als zweisemestriges Direktstudium oder als Fernstudium über drei bis vier Semester durchgeführt. Dieses Angebot wird in der Fachrichtung Betriebswirtschaft landesweit von insgesamt 248 Studierenden angenommen. Auch in den Fachrichtungen Maschinenbau (172 Stu-

dierende), Elektrische Energietechnik (84 Studierende), Wirtschaftsingenieurwesen (72 Studierende), Elektrotechnik (51 Studierende) und Bauingenieurwesen (50 Studierende) werden die Nachqualifizierungsangebote der Fachhochschulen genutzt.

(Brandenburgisches Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)

Minister Reiche verabschiedet den Gründungssenat: Akademische Selbständigkeit für BTU Cottbus

Der brandenburgische Wissenschaftsminister Steffen Reiche hat am 9.12. 94 den Gründungssenat der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus verabschiedet. Er war 1991 eingesetzt worden, um den Aufbau und die Konzeption der neugegründeten Hochschule zu planen und zu begleiten.

Der brandenburgische Wissenschaftsminister betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der BTU Cottbus für die Entwicklung des Landes Brandenburg. Ganz bewußt habe man in Cottbus eine Technische Universität gegründet, denn nirgendwo kann "ein neues Verständnis von Technik und Technologie besser vermittelt werden, als in unmittelbarer Nähe der vom Bergbau geschundenen Landschaften." Die Landesregierung und

der Gründungssenat waren sich der Herausforderung dieser Hochschulgründung in der Nachbarschaft der großen Technischen Universitäten in Dresden und Berlin durchaus bewußt, der regionale Forschungsbedarf und die Möglichkeiten des Wissens- und Technologietransfers für die Entwicklung der Region machten die Neugründung jedoch unverzichtbar.

Drei Jahre nach ihrer Gründung haben sich im laufenden Semester 2.531 Studierende an der BTU Cottbus eingeschrieben. Mit 75 Professoren konnte bereits die Hälfte der geplanten Hochschullehrer berufen werden. Alle Fakultäten sind gegründet, bis auf die Fachrichtung Stadt- und Regionalplanung sind alle Studiengänge eingerichtet. Seit 1992

konnten für 64 Forschungsprojekte insgesamt 15,6 Mio DM an Drittmitteln eingeworben werden, das ist mehr als an allen anderen Hochschulen des Landes Brandenburg.

Zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben zählte Minister Reiche die Realisierung der dringendsten Bauvorhaben, die zügige Abwicklung der laufenden Berufungsverfahren, die Stärkung des Technologietransfers, die Entwicklung des

Innovationskollegs "Ökologische Entwicklungspotentiale von Bergbaufolgelandschaften" sowie die Gründung eines Energieressourceninstituts. Minister Reiche: "Es gibt in diesem Raum keine Einrichtungen, die in ähnlich qualifizierter und umfassender Weise geeignet sind, Lösungen und Visionen für Städte und Landschaften, für den Lebensraum in der Lausitz zu entwickeln."

(Brandenburgisches Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)

Universität unter Besatzungsrecht Drei Jahre an der HUB

Nach nur drei Jahren als Leiter der Studienabteilung der Humboldt-Universität wechselt Kajo Pieper zum 1.11.1994 auf eine neue Stelle im Ministerium für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz. Mittendrin in der Verwaltung hatte er Einblick in Vorgänge an dieser Universität, die in dieser Form nicht an die Öffentlichkeit gelangten. Einige davon hat er im folgenden dargestellt.

Drei Jahre Humboldt-Universität zu Berlin zu einer Zeit, da die HUB besonders intensive Veränderungen erlebt: da sind drei Jahre eine sehr kurze Zeit. Zur Erinnerung: Ich war noch keine vier Wochen an der HUB, da wurde ihr Rektor Heinrich Fink entlassen. Ein gutes halbes Jahr später hatten die Gremien der akademischen Selbstverwaltung sich für die Präsidialverfassung entschieden und Marlis Dürkop zur ersten Präsidentin der

HUB gewählt. erinnert sich jemand angesichts der tagesaktuellen Diskussion um Hochschulkooperation und Fächerfusion daran, daß es eine LHSK (Landeshochschulstrukturkommission) gab? Abzuwickelnde Fachstudiengänge, einzustellende Fächer, neu zu konzipierende Fächer - Alltagsgeschäft! Alles in allem: Ein außerordentliches Arbeitsprogramm, begleitet von Verunsicherungen, Enttäuschungen, Kränkungen, Hoffnun-

gen und Utopien - daneben und vor allem aber eine mehr oder weniger funktionierende ganz normale Universität mit steigenden Studierendenzahlen. Innerhalb von zwei Jahren eine einheitliche Magisterprüfungsordnung für alle geisteswissenschaftlichen Fächer - und das trotz allersonstigen Sonderaufgaben für die Lehrenden wie die Verwaltung wie die Studierenden: Im Vergleich zu anderen Hochschulen ist dies ein ungewöhnlich hohes Tempo. Etwa ein Jahr dauerte die Neustrukturierung der über 20 Fachbereiche zu 11 Fakultäten.

Alte Rechnungen - neue Eitelkeiten

In solchen Beispielen wird ein Engagement aller HUB-Angehörigen deutlich, wie ich es von keiner anderen Hochschule kenne. Ein Engagement auch im Sinne einer Corporate Identity (CI), das in den zurückliegenden drei Jahren nach meiner Auffassung das unschätzbare Kapital der HUB ausgemacht hat; ohne das vieles nicht (zumindest nicht so) möglich gewesen wäre. Ich hätte mir gewünscht (und schreibe das auch selbstkritisch), daß dieses Kapital im Innenverhältnis stärker gepflegt worden wäre. Aber wie soll dies geschehen, wenn einige Tausende HUB-Angehöriger entlassen werden (müssen); wenn die gemeinsame Vergangenheit alte Rechnungen unbeglichen ließ, die sich heute mit neuen Eitelkeiten gerne paart.

Die Negativseite der Corporate Identity ist die skeptische Beäugung von außen.

Wer mit dem vorgefertigten Etikett der "Kaderschmiede" die HUB betrachtet, wird allzu leicht (und leichtfertig) CI als Seilschaft denunzieren. Zum Repräsentanten dieser Sichtweise (und damit zum liebevoll gepflegten Buh-Partner der HUB) haben sich die Senatsverwaltungen Inneres und ganz besonders Wissenschaft und Forschung (WiFo) gemacht. Ihnen insbesondere ist es zu danken, daß völlig zu Recht noch immer gesagt werden kann: Die HUB steht unter Besatzungsrecht.

Abtrünniger Wessi

Ich erinnere mich unterschiedlicher Kolleginnen und Kollegen aus FU, TU und HdK, die bei diesem Satz zusammenzuckten und in dieser Wertung eine ketzerische Börsartigkeit eines abtrünnigen Wessis sahen. Ein Alltagsbeispiel machte ihnen meine Wertung verständlich: Alle Stellenbesetzungen ab Sekretär/in bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung durch die Senatsverwaltung WiFo. Ich habe selber erlebt, daß uns in der Studienabteilung eine zur Einstellung vorgeschlagene Person abgelehnt wurde - ohne Begründung selbstverständlich.

Ein Nebenaspekt solcher Praxis ist auch, daß WiFo offenbar ihren eigenen Personalentscheidungen nicht traut, jedenfalls nicht beim Verwaltungspersonal wie den Abteilungsleitern, die sie zwar entscheidend mit ausgesucht hat, die sie aber offenbar für nicht fähig hält, für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich die

sachlich vertretbaren Personalentscheidungen zu treffen (das gilt analog für die neuberufenen Professorinnen und Professoren). Ich für meinen Teil gebe nun der Sen WiFo Gelegenheit, die von ihr wohl als falsch eingeschätzte Personalentscheidung zu meinen Gunsten aus dem Jahr 1991 durch eine neue zu ersetzen.

Keine Planungssicherheit

Auch sonst hat - gerade in 1994 - die Senatsverwaltung WiFo außerordentlich intensiv darauf hingewirkt, ihr Negative Image auszubauen und wesentlich zu fundieren. Die öffentliche Erklärung des Senators, er sehe sich außerstande, den Berliner Hochschulen Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu geben (so jedenfalls berichteten die Tageszeitungen), hätte - in ähnlichen Formulierungen - vor zwanzig Jahren noch gereicht, um den freiwilligen Rücktritt eines Ministers zu begründen. Heute wird damit Politik gemacht - wenn auch unklar bleibt, welche. Aber das gilt wohl für Berlin schlechthin: Keine Planungssicherheit für die nächsten Jahre, aber planen und Fakten schaffen.

Welches Durcheinander dabei entstehen kann, mag die Diskussion um die Studienplatzzielzahlen für die Berliner Universitäten verdeutlichen (ohne dabei hier ins Detail zu gehen): Ein Studienplatz bedeutet eine bestimmte Fläche (für Seminarräume etc.), die je nach Fächergruppe variiert; in Geisteswissenschaften z.B. 4 qm je Studienplatz. Für

Berlin insgesamt wird als offizielle Zielzahl 100.000 genannt. Bei durchschnittlich 10 qm je Studienplatz wäre somit eine Fläche von 1.000.000 qm erforderlich. Der HIS GmbH gegenüber hat die Senatsverwaltung mitgeteilt, diese 100.000 Studienplätze seien "Überlastplätze", als Normallast gälten 80.000 Studienplätze, also 20 % weniger. Für die HUB solle auf Basis der Überlaststudienplätze der Flächenbedarf in qm ermittelt werden. Damit ist faktisch die neue Flächengröße eines Überlastquadratmeters eingeführt. Unbeantwortet ist bislang, ob ein Überlastquadratmeter um 25 % größer ist als ein Normallastquadratmeter oder ob immer noch die Regel gilt, daß ein Quadratmeter so groß ist wie ein Quadratmeter. Oder hat die Senatsverwaltung sich längst von der Gesamtzahl 100.000 Studienplätze verabschiedet, ohne dies offiziell einzugestehen?

Auch dieses Beispiel erhellt, daß die Senatsverwaltung WiFo ganz erheblich vermeidbare Unsicherheiten produziert, daraus resultierend Arbeitskapazität bindet, die für andere Aufgaben dringender benötigt wird. Und weil's so schön ist, sei ein letztes Beispiel angedeutet: Im Dezember 1993 wird im Gesetz- und Verordnungsblatt die Änderung des Berliner Hochschulgesetzes veröffentlicht, die u.a. die Prüfungszwangsberatung einführt. Darüber, ab wann dies erforderlich ist, gibt es unterschiedliche Lesarten - so präzise ist der Text. Nahezu zeitgleich wird die Studentendatenverordnung veröffentlicht: Sie schließt u.a. die

Verarbeitung von Daten aus, die erforderlich wäre, um die Prüfungszwangsberatung durchführen zu können. Hier hat wohl der eine Flur in der Bredtschneiderstraße 2 nicht gewußt, womit sich der andere gerade beschäftigt. Ausbaden müssen das Problem die Hochschulen.

Genug der Beispiele. Sie verdeutlichen, wie reizvoll und spannend die Arbeit an der HUB sein könnte, gäbe es Sen WiFo nicht - oder aber als eine funktionierende Einrichtung.

Gemeinsamer Buh-Mann

Dieser gemeinsame Buh-Mann Sen WiFo trägt, wie gesagt, nicht unerheblich dazu bei, die Corporate Identity der HUB aufrechtzuerhalten: bei Beschäftigten wie bei Studierenden. Und so fällt mir der Abschied von ihnen sehr schwer: In zahlreichen Gesprächen (die auch einen sehr ehrlichen Umgang mit der eigenen - auch meiner eigenen - Vergangenheit einschlossen) sind Vertrautheit und wechselseitiger Respekt gewachsen, die über die gemeinsame Arbeit hinaus verbinden. Mit der *UnAufgefördert* ist der gemeinsame Universitätsführer "Rettungsring" Nr. 3 und jetzt Nr. 4 entstanden - ein Projekt, das es in

dieser Form der Kooperation wohl nur ganz selten an deutschen Hochschulen gibt.

Das Engagement und den Eifer, den viele Studierende in Gremien an den Tag legen, beobachte ich mit Respekt. Zugegeben, gelegentlich ärgerte ich mich darüber, daß Zusammenhänge nicht gesehen wurden, daß einiges voreilig zum Akademischen-Senats-Antrag erhoben wurde, daß zusätzliche Arbeiten auf uns in der Studienabteilung zukamen. Doch auch in solchen Fällen überwog mein Respekt: Die vermeintliche Abgeklärtheit (Bequemlichkeit?) nach zwanzig Berufsjahren darf ich Studierenden nicht abverlangen. Sonst riskiere ich junge Greise und/oder smarte Karrieristen als Studierendenvertretung in den Gremien. Nein: Mehr Engagement, mehr Aufmüpfigkeit, mehr Eifer würde uns allen gut tun. Sicherlich: Das Rad ist bereits erfunden. Aber warum sollen wir uns verbieten, es nochmals zu erfinden dann vielleicht besser!

Dr. Kajo Pieper

*(UnAufgefördert, Studentenzeitung
der Humboldt-Universität,
61/Nov. 1994)*

Die 11. Feuerbach-These im Humboldt-Foyer: Ein Denkmal - Pfahl im Fleische des Universitätskörpers

Jeden, der das Hauptgebäude der Humboldt-Universität Unter den Linden zum ersten Mal betritt, umfängt eine heilsame Irritation. Er stößt im Blick auf den Marmor oberhalb der repräsentativen Treppe des Foyers auf die gülden scheinenden Buchstaben der elften Feuerbach-These von Karl Marx. "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern." So steht es noch im fünften Jahr nach der Wende in der DDR an gleichem Orte geschrieben, wo es 1953 errichtet ward. Ein Leitspruch der untergegangenen DDR und ein verkündeter Anspruch den Studenten gegenüber, sie für eine bestimmte Veränderung hier ausbilden zu wollen, die sie dann in ihrem späteren Berufsleben ideologisch gestählt umsetzen sollten. Der Arbeiter- und Bauernstaat gab das Geld, da sollte dann auch der richtige Effekt für die Sache gesichert sein: die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft! Und doch scheint zugleich ein dröges Moment sozialistischer Bildungspolitik in diesen plakativen Zeilen hervor: der Abscheu gegenüber den Nachdenklichen, soweit nicht sofort der Nutzen der Nachdenklichkeit für das Aufbauwerk erkannt werden konnte.

Der erstmalige Betrachter dieser Zeilen jedoch fragt sich sehr wahrscheinlich

zweierlei: Bin ich in diesen Hallen denn an der richtigen Stelle gelandet? Der Wissenshunger trieb mich her, nun werd ich schnöd hinausgewiesen...

Und wenn der Marxsche Name ins Blickfeld rückt, obsiegt vermutlich ein alteingesessener Reflex: Pro-Marx: Ahh, hier wird er noch geehrt! Oder Contra-Marx: Der ist doch mausetot! Diese Humboldt-Uni ist doch gar grauslich: ein Hort der PDS, immer noch!

Doch halt! Der Marx hängt noch aus wahrhaft paradoxem Grunde. Die Bomben auf Berlin hatten auch die Universität nicht verschont. Das Hauptgebäude war nur noch schemenhaft erkennbar. Die Löcher waren groß, wo früher herrschaftliches Gemäuer der Wissenschaft diente. Und so waren die Wiederaufbauarbeiten, die Unter den Linden zuerst die Deutsche Staatsoper und die Humboldt-Universität erfaßten, auch der Eingangshalle gewidmet. Und da gerade im 53er Jahr ein Karl-Marx-Jahr, wohl zum ersten Male, ausgerufen wurde (Marx war im siebzigsten Jahre tot und auch zugleich hundertfünfunddreißig Jahre jung, wenn er denn noch gelebt hätte), besann man sich, an der Universität, an der Marx selbst auch studiert hatte, auf eine Würdigung besondrer Art: Ein Marxkopf vor den Senatssaal

und die gülden scheinenden Lettern auf Marmor ins Foyer. Die Gerüchte sprossen unsäglich: der Marmor käme aus der ehemaligen Reichskanzlei. Die Akten sprechen vom Gebiet um Saalfeld als Herkunftsort. Auf jeden Fall gelang das Meisterstück, und eingeweiht werden sollte am 14. März, dem Todestag, den der auftraggebende Staatssekretär fälschlicherweise für den Geburtstag hielt. Doch Stalin starb am 5. März und sein Tod überschattete die Feierlichkeiten, so daß zur Rettung des Staatssekretärs nun doch an einem Geburtstag eingeweiht werden konnte, aber eben am 5. Mai.

Um eine Entfernung bemüht hat sich bis 1989 aus guten Gründen niemand. Dann jedoch brachen die Empörungsschreie, von außerhalb vor allem, wo auch der Druck für die Errichtung hergekommen war, hervor. Ein besonders kuriose Beispiel gab dafür die FAZ ab, die jede mit der Humboldt-Universität in Verbindung zu bringende Erregung mit dem Foto der elften Feuerbach-These auf Marmor zu illustrieren mußte. Die FAZ-Leser kennen nun bestimmt nicht das schöne Antlitz des Prinzenpalais zur Straße Unter den Linden hin.

Auch in der Universität überlegte man. Doch gerannen Stellungnahmen zur Inschrift aus fehlender Kompetenz zu den Worten und ihrem Stellenwert - denn die Worte waren ja nur als Phrase republikweit bekannt - eher zu gehörigem Possenspiel. So besagte ein Beschluß des Akademischen Senats 1992, man

wolle den Spruch nicht sofort entfernen, dafür aber späterhin verfremden... Was dies wiederum beinhaltete, ahnte jedoch keiner. Auch die, die den Beschluß gefaßt hatten, nicht. Und so brachte schöpferische Energie des Rätsels Lösung: peu a peu verschwanden einzelne Buchstaben vom Marmor. Und erst des japanischen Kaisers Besuch 1993 in den heiligen Hallen der Wissenschaft (ein Novum für einen Staatsbesuch im nun hauptstädtischen Berlin) verursachte die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes mit allen Lettern.

Doch Aufregung um einen möglichen Gesichtsverlust vor interessierten internationalen Autoritäten war es dennoch nicht, die nun die fast ewigliche Bestandsgarantie sicherte. Nein, ein Federzug ist's nur oder der Hammerschlag einer Schreibmaschine. Denn 1975 wurde etwas getan, was unüblich war und dennoch von Recht: das Hauptgebäude und damit das gesamte Ensemble der Eingangshalle, schwer geschädigt im 2. Weltkrieg und früh wieder aufgebaut, wurde in die Liste der Denkmäler eingetragen.

So steht nun neben Fachwerkhaus und schutzbedürftiger Windmühle auch Marxens Feuerbachthese, wenn auch ein wenig versteckt hinter dem Gemäuer der Universität, und ward nicht mehr angegriffen. Dem Einigungsvertrag sei Dank!

Wer dieses nun erfuhr, der war anwesend bei der ersten Veranstaltung der

Ringvorlesung zur 11. Feuerbachthese von Karl Marx, die nun, vom Philosophischen Institut ausgerichtet, jeden Freitag um 16.15 Uhr im Senatssaal (in unmittelbarer Nähe zum Diskussionsgegenstand) stattfindet. Mit Prof. Gerhardt, dem ersten Institutsdirektor der Philosophie nach der Neustrukturierung des Instituts, als Initiator ist die Initiative einer inhaltlichen wie historisch-politischen Auseinandersetzung von dort ausgegangen, wo sie Jahrzehnte nicht lag. Nicht völlig unberechtigt schrieb noch 1991, als die "Sektion für marxistisch-leninistische Philosophie" sich in "Institut für Philosophie" umbenannt hatte, ein Unbekannter mit Folienschreiber unters neue

Institutsschild "Seid ihr immer noch da?"

Sich an diesem Mißtrauen abzarbeiten und die Philosophie in das Recht zu setzen, daß ihr nach aller Tradition, aber auch nach den von ihr heute besetzten Feldern in der wissenschaftlichen Forschung wie darüber hinaus zukommt, wird Ziel auch dieser Veranstaltungsreihe sein. Schön, daß der Philosophie der Denkmalschutz auf so hilfreiche Art und Weise die Ruhe des Nachdenkens gebracht hat.

(UnAufgefordert, Studentenzeitung der Humboldt-Universität, 61/Nov. 1994)

Dresden: 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin - Multiple Choice

Die ostdeutsche Medizin hatte bis jetzt eine ungebrochene und vom Wissenschaftsrat in vieler Hinsicht als vorbildlich angesehene Tradition im Studium der Medizin. Diese sehen unsere sächsischen medizinischen Fakultäten in Dresden und Leipzig bedroht von dem Multiple-Choice-Prüfungssystem, welches das Studierverhalten unserer Medizinstudentinnen und -studenten beeinträchtigt. Bei MC-Prüfungen hat der Prüfling

anzugeben, welche von mehreren vorformulierten Antworten zutreffen oder nicht. Professoren wie Studierende der Medizin beklagen unisono die Probleme, die dieses Prüfungssystem mit sich bringt. Ihre Klagen finden ein offenes Ohr beim Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, der als Professor eigene Erfahrungen mit den Schwierigkeiten von Multiple-Choice-Prüfungen gemacht hat.

Auf die Prüfungsmethodik kommt es an

Bei den methodischen Schwierigkeiten mit Multiple-Choice-Prüfungen geht es nicht um medizinspezifische Probleme, sondern um Fragen der Prüfungsmethodik. Bei der Erfassung von menschlichen Leistungen, also auch in Prüfungen, handelt es sich immer um eine psychologische Fragestellung. Die Naturwissenschaft Psychologie beschreibt menschliches Verhalten und erforscht die Bedingungen, unter denen es zu beobachten ist, sie liefert wissenschaftliche Grundlagen für die Vorhersage von Verhalten ebenso wie theoretisch und empirisch fundierte Maßnahmen zur Beeinflussung menschlichen Verhaltens. In der Teildisziplin der psychologischen Diagnostik findet man die theoretischen, methodischen und empirischen Grundlagen von Leistungsmessungen durch Prüfungen.

Es lag daher nahe, daß die Psychologie mit ihrem Know-How der Medizin half. Der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst hat diese Hilfe angeregt, und der Rektor und Kanzler der TU Dresden sowie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft unterstützen sie.

Mediziner, die sich lange mit den spezifischen Problemen befaßt haben, die MC-Prüfungen in der Medizin bedingen, trugen ebenso vor wie Experten für Prüfungsmethodik, die aus dem Bereich der Psychologie kamen. Übereinstimmend kam man zu folgenden Ergebnissen:

Vor jeder Prüfung ist eine explizite Formulierung der Lehrziele unumgänglich, damit man prüfen kann, wie weitgehend die Prüflinge diese gesteckten Ziele erreicht haben. Hier kann die deutsche Medizin gute Vorbilder in Kanada und USA finden.

Grundsätzlich ist zwischen Wissen und Können zu unterscheiden. Im Gedächtnis gespeicherte Informationen lassen sich einfacher abrufen, wenn man etwas nur wiedererkennen soll, das freie Verbalisieren von Antworten auf offene Fragen dagegen ist erheblich anspruchsvoller. Dabei ist zu überlegen, für welche späteren Leistungen das abgefragte Wissen repräsentativ sein soll. Erst dann kann man sich begründet für bestimmte Prüfungsformen entscheiden.

Reine Fachkenntnis langt nicht

Mit MC-Fragen lassen sich Prüfungen des Wissens objektiv durchführen, auswerten und beurteilen. Es ist aber immer nachzuweisen, ob man mit diesen Fragen auch wirklich das erfaßt, was man erfassen will. Hier erweist sich die fachgerechte Konstruktion gültiger MC-Fragen als sehr schwierig. Die reine Fachkenntnis in dem zu prüfenden Fach ist zwar eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung, um MC-Fragen zu konstruieren. Erst müssen die Fragenkonstrukteure lernen, welche methodischen Grundregeln zu beachten sind, damit mit den MC-Fragen das geprüft werden kann, was geprüft werden soll.

Können erwirbt man immer erst in der

Umsetzung von Wissen auf konkrete Problemstellungen. Diese lassen sich zumeist nicht in MC-Fragen einkleiden, so daß fachliches Können mit anderen Prüfmethode erfaßt werden muß. Hieraus ergibt sich zwingend, daß sich nicht alles sinnvoll mit MC-Aufgaben prüfen läßt. Aus prüfungsmethodischer Sicht ist eine Kombination von Prüfungsverfahren, die nachweislich alle die zu fordernden Qualitätsmerkmale haben, am besten geeignet, gültige Aussagen über das Wissen und Können von Prüfungen zu machen.

Ein besonderes Problem stellt die Wahl des Maßstabes dar, mit dem man die Leistungen der Prüflinge vergleicht, um sie zu benoten. Nimmt man den Leistungsdurchschnitt der Prüflinge zum Maßstab (normorientierte Prüfung), so werden die Noten bei derselben Leistung um so besser, je schlechter die Gruppe ist. Will man diese Ungerechtigkeit vermeiden, so legt man von vornherein begründet fest, welche Punktzahl welcher Note entspricht (kriteriumsorientierte Prüfung). Die derzeitigen MC-Prüfungen in der deutschen Medizin verwenden die zu Ungerechtigkeiten führenden normorientierten Benotungen. Kanadische Erfahrungen zeigen, daß man kriteriumsorientiert prüfen kann, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Vor dem Ersteinsatz erproben

Eine notwendige Voraussetzung für kriteriumsorientierte Prüfungen sind Auf-

gaben, von denen man genau weiß, was sie erfassen, und wie schwierig bzw. wie leicht sie sind, d. h. wieviel Prüflinge sie richtig beantworten. Ferner muß man wissen, wie gut solche Fragen zwischen den insgesamt erfolgreich und den insgesamt weniger erfolgreich abschneidenden Prüflingen unterscheiden können. Solche Prüfungsaufgaben müssen vor ihrem Ernsteinsatz erprobt und dürfen nicht veröffentlicht sein. Nach den Angaben des Direktors des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz plant das IMPP, solche MC-Aufgaben empirisch zu untersuchen.

Beim Symposium wurde deutlich, daß zur Zeit der Nachweis fehlt, daß die MC-Fragen des IMPP das prüfen, was sie prüfen sollen. Die Tatsache, daß Medizin-Professoren die Fragen formulieren, ist noch keine Garantie dafür, daß sie als MC-Laien solche Aufgaben auch methodisch sachgerecht formulieren. Es gibt viele Beispielaufgaben, die erkennen lassen, daß die Medizin-Professoren, die für das IMPP die MC-Fragen erarbeiten und ausgesprochene MC-Laien sind, die Fallstricke solcher MC-Aufgaben nicht kennen bzw. nicht umgehen können. Auch das IMPP scheint hier keine Hilfe geben zu können.

Wenn, wie beim Symposium befürchtet, die Prüfungsaufgaben äußerst homogen sind (Koeffizient für interne Konsistenz von 0,96), dann braucht man nicht aus jedem medizinischen Fachgebiet bestimmte Mengen von Fragen zu stel-

len, denn sie erfassen alle etwas sehr ähnliches, nämlich möglicherweise nur wie gut man medizinische Fakten lernen und bei MC-Prüfungen einsetzen kann. Hier stellt sich die Frage, ob das die Funktion einer Wissenprüfung in der Medizin sein soll.

Offen ist derzeit die Frage, was die Studierenden von dem Gelernten langfristig, d. h. mindestens ein halbes Jahr nach der Prüfung, behalten. Hier fehlen die entsprechenden empirischen Untersuchungen in Deutschland. In der Schweiz gibt es solche.

Die Illusion vom "Doktor Allwissend"

In allen akademischen Prüfungen geht es letzten Endes darum festzustellen, ob der Prüfling genügend weiß, um bestimmte Probleme damit angehen zu können. In der deutschen Medizin gibt es solche konkreten Zielvorgaben nicht, wohl aber in Kanada. Die Experten beim Symposium waren unterschiedlicher Meinung, ob in Deutschland eine solche konkrete Zielformulierung von der Medizin geleistet werden kann. Die Alternative, die heute gepflegt wird, wurde als die Illusion vom "Doktor Allwissend" bezeichnet. Sollen doch die Studierenden der Medizin möglichst in allen Fächern alles wissen, was alle Medizin-Professoren Deutschlands zusammen wissen bzw.

was sich davon in MC-Fragen kleiden läßt.

Die Ansicht von Medizinprofessoren ersetzt nicht die empirische Nachweise dafür, daß die MC-Fragen des IMPP das - und nur das - erfassen, was sie erfassen sollen, Korrelationen mit anderen Prüfungsleistungen wie auch Vorhersagen zukünftiger ärztlicher Leistungen sind hier ebenso zu fordern wie die empirische Untersuchung aller ernsthaft in Betracht kommenden Prüfungsverfahren in einem bestimmten Fach.

Als Fazit kann man festhalten, daß MC-Aufgaben dann nützliche Prüfungsinstrumente sein können, wenn wenigstens die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Die Lehrziele sind konkret und explizit zu definieren und gehen nicht von der Illusion des "Doktor Allwissend" aus.
- Die MC-Aufgaben sind vorgetestet, so daß man weiß, wie gut sie "funktionieren".
- Es gibt einen festgelegten Standard zur Beurteilung von Prüfungsleistungen, der nicht am Durchschnitt der jeweiligen Prüfungsleistungen orientiert ist.
- Es ist empirisch nachgewiesen, daß die Prüfungsaufgaben, das - und nur das - messen, was sie messen sollen.

Karl Westhoff (Dresden)

(Dresdner Universitätsjournal 19/94)

Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Berlin-Adlershof (IGAFA) jetzt Verein

Die Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Berlin-Adlershof hat sich am 28. November als Verein bürgerlichen Rechts gegründet. Damit geht die zweieinhalbjährige Phase informeller Beziehungen zwischen den 14 Adlershofer Institutionen in eine neue Qualität über.

Zu den Hauptaufgaben zählt die IGAFA laut ihrem einstimmig angenommenen Statut, das wissenschaftliche Standortprofil in Berlin-Adlershof wesentlich mitzuentwickeln, die vielfältigen Anforderungen der Mitgliedsinstitutionen hinsichtlich Flächen, Gebäuden, Infrastruktur etc. zu koordinieren, Brücken zu anderen Einrichtungen zu schlagen und die Funktion der Ansprechstelle für die zuständigen Senatsverwaltungen des Landes Berlin wahrzunehmen.

Zum Sprecher der IGAFA wurde für die Dauer von drei Jahren Prof. Dr. I. V. Hertel, MBI, gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Prof. Dr. S. Jähnichen, GMD, und Prof. Dr. B. Lücke, ACA. Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Finanzierung erfolgt durch Umlage auf die Haushalte der Mitgliedereinrichtungen, wobei die Zahl der festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter zugrunde gelegt wird.

Mitglieder der IGAFA sind: die Gesellschaft für Mathematik und Datenverar-

beitung (GMD) für das Institut FIRST; die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) für das Zentrum Adlershof; die Berliner Elektronenspeicherring Gesellschaft für Synchronstrahlung mbH (BESSY); die Hahn-Meitner Institut GmbH (HMI) für den Bereich Angewandte Physik; das Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH) im Forschungsverbund Berlin e.V.; das Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) im Forschungsverbund Berlin e.V. für die Außenstelle Adlershof; das Institut für Kristallzüchtung (IKZ) im Forschungsverbund Berlin e.V.; das Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik (MBI) im Forschungsverbund Berlin e.V.; das Institut für Spektroskopie und Angewandte Spektroskopie (ISAS) Dortmund für die Außenstelle Berlin, Labor für spektroskopische Methoden der Umweltanalytik (LSMU); das Institut für Angewandte Chemie (ACA) e.V.; das Max-Planck-Institut für Extraterrestrische Physik für die Außenstelle Berlin (MPE); das Max-Planck-Institut für Kolloidforschung für das Teilinstitut Adlershof (MPI); die Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik, Arbeitsgruppe Luftchemie; die Bundesanstalt für Materialprüfung und Materialforschung für die Außenstelle Adlershof (BAM).

(Verbund 5/1994)

Wissenschaft und Industrie im Osten

In der gegenwärtigen Diskussion um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland wird immer wieder ein stärkeres Eingehen der Wissenschaft auf die Belange der Wirtschaft gefordert. Vor diesem Hintergrund verdienen die Veränderungen besonderes Interesse, die die in der DDR stark ausgeprägten "Wissenschafts-Produktions-Beziehungen" durch die Transformation von Wissenschaft und Wirtschaft inzwischen erfahren haben.

In der DDR waren zwar "nur" 61 Prozent des gesamten FuE-Personals in der Wirtschaft eingesetzt - gegenüber 69 Prozent in den alten Bundesländern. Dafür waren aber im Bereich der Forschungsakademien und des Hochschulwesens weitere 15 Prozent des FuE-Personals der DDR vertraglich an die Wirtschaft gebunden. Diese Vertragsforschung hat bereits 1990, vor allem mit der Einführung der D-Mark zum 1. Juli 1990, nahezu völlig aufgehört. Seitdem sind in der öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschung (AUF) in Ostdeutschland durch die Auflösung aller früheren Akademie-Einrichtungen grundlegende institutionelle und makrostrukturelle Veränderungen erfolgt.

Das Ergebnis ist ein Forschungssektor, der zwar hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten in etwa mit dem in den alten

Bundesländern vergleichbar ist, jedoch hinsichtlich der Anteile der einzelnen Forschungsorganisationen ganz anders strukturiert ist. In Ostdeutschland haben die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Großforschungseinrichtungen (GFE) und die Einrichtungen der Ressortforschung des Bundes wesentlich geringere Anteile am Personal der AUF als in den alten Bundesländern.

Dafür haben hier die mehr anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), der einzelnen Länder und vor allem der "Blauen Liste" (BL) wesentlich höhere Anteile. Allein die BL-Institute beschäftigen über mehr als die Hälfte der Wissenschaftler in der AUF Ostdeutschlands und sind viel stärker als in den alten Bundesländern auf naturwissenschaftliche Grundlagen und Anwendungsforschung orientiert.

Die Organisationsstruktur der AUF bietet deshalb relativ günstige Voraussetzungen für Beziehungen zur Industrie. Die Anwendungsorientierung wird auch dadurch gefördert, daß die zunächst generelle Befristung der Fraunhofer-Einrichtungen erst nach der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln aufgehoben wurde. In ähnlicher Weise stellen der auf fünf Jahre befristete und jährlich um 20 Prozent reduzierte "Verstärkungs-

fonds" sowie eingeworbene Projektmittel nicht nur einen wichtigen Leistungsnachweis, sondern auch die einzige Finanzierungsgrundlage für einen erheblichen Teil des Personals der Blauen-Liste-Institute und anderer Forschungseinrichtungen dar. Es gibt somit überzeugende Anreize in der AUF Ostdeutschlands, sich um externe Aufträge zu bemühen. Vor diesem Hintergrund ist der tatsächlich erreichte Stand der Industriebeziehungen der AUF eher unbefriedigend, wie der Anteil der Wirtschaft an der Finanzierung der AUF in Ostdeutschland zeigt.

Danach entfallen auf die Wirtschaft nur 26,4 Millionen Mark oder 1,7 Prozent aller Einnahmen der AUF. Demgegenüber hatte 1989 in den alten Bundesländern die Wirtschaft einen Anteil von vier Prozent. Von diesen Mitteln aus der Wirtschaft erhält wiederum 17,1 Millio-

nen Mark oder ca. 65 Prozent allein die FhG. Selbst bei dieser sind das aber nur 7,4 Prozent von den Gesamteinnahmen. Gemessen an den FuE-Ausgaben der Wirtschaft in Ostdeutschland von ca. 1,5 Milliarden Mark machen die von ihr für die AUF aufgewendeten Mittel also nur 1,7 Prozent aus. Tatsächlich sind die hier für die AUF ausgegebenen Mittel noch geringer, da Aufträge in nennenswertem Umfang bisher fast nur von den Firmen mit (Stamm-)Sitz in den alten Bundesländern bzw. (West-) Berlin erteilt worden sind, wie Fallstudien in einzelnen BL-Einrichtungen ergeben haben.

Diese Auftragslage dürfte auch in hohem Grade auf die Einrichtungen der FhG in Ostdeutschland zutreffen. Während 1993 die hier neugegründeten und bundesweit operierenden Fh-Institute 92,8 Prozent ihrer Betriebserträge aus

| Art der Forschungseinrichtung | Einnahmen insgesamt Mill. DM (=100%) | Einnahmen institutioneller Haushalt* | | Verstärkungsfonds** | | Projektmittel | | | |
|-------------------------------|--|--------------------------------------|------|---------------------|-----|---------------|-------|-----------------------------|------|
| | | Mill. DM | % | Mill. DM | % | insgesamt | | darunter aus der Wirtschaft | |
| | | | | | | Mill. DM | % | Mill. DM | % |
| Blaue-Liste-Einrichtungen | 662,5 | 555,0 | 83,8 | 37,7 | 5,7 | 69,8 | 10,4 | 3,2 | 0,48 |
| Fraunhofer Gesellschaft | 232,7 | 174,8 | 75,1 | 12,3 | 5,3 | 45,6 | 19,7 | 17,1 | 7,35 |
| Großforschungseinrichtungen | 327,0 | 288,2 | 88,2 | 8,6 | 2,6 | 30,2 | 9,2 | 0,2 | 0,06 |
| Landeseinrichtungen | 143,4 | 106,0 | 73,9 | 1,1 | 0,8 | 36,3 | 25,3 | 5,7 | 3,97 |
| Max-Planck-Gesellschaft | 116,0 | 105,2 | 90,7 | - | - | 10,8 | 9,3 | - | - |
| Ressortforschung des Bundes | 105,9 | 99,1 | 93,6 | - | - | 6,8 | 6,4 | 0,2 | 0,19 |
| Sonstige | 7,3 | - | - | - | - | 7,3 | 100,0 | - | - |
| Insgesamt | 1.594,8 | 1.328,3 | 83,3 | 59,7 | 3,7 | 206,8 | 13,0 | 26,4 | 1,65 |

* Finanzierung durch Bund, Länder und eigene Mittel

** Öffentliche Finanzierung insbesondere von zusätzlichem Personal, als eine auf maximal fünf Jahre begrenzte Starthilfe

Quelle: Hartmann u. a. 1993: 97, 99; eigene Berechnungen

Tabelle 1 Einnahmen der außeruniversitären Forschung in Ostdeutschland 1993

| Unternehmensgröße (Beschäftigte) | <20 | 20-49 | 50-99 | Σ <100 | 100-499 | >500 | alle Unternehmen |
|---|-----|-------|-------|--------|---------|------|------------------|
| Anteil am FuE-Personal der Wirtschaft (in %) | 12 | 14 | 14 | 40 | 37 | 23 | 100 |
| durchschnittliche Anzahl der FuE-Beschäftigten je Unternehmen (in Personen, gerundet) | 4 | 7 | 10 | 6 | 16 | 66 | 11 |
| Anteil von FuE an den Gesamtbeschäftigten (in %) | 43 | 22 | 13 | 21 | 8 | 6 | 10 |

Quelle: Eigene Berechnungen nach Forschungsagentur Berlin, o. D. 18

Tabelle 2 Struktur des FuE-Personals in der Wirtschaft Ostdeutschlands nach Unternehmensgröße (1993; nur Unternehmen mit FuE)

der Wirtschaft erhielten (oder 17 Prozent des gesamten Betriebsaufwands), kamen bei den nur regional auf dem ostdeutschen Markt operierenden Außenstellen von (westdeutschen) Fh-Instituten nur 18 Prozent der betrieblichen Erträge (oder sieben Prozent des gesamten Betriebsaufwands) aus der Wirtschaft (eigene Berechnungen nach Angaben der HA Forschung und Kommunikation der FhG vom 7. Juli 1994).

Das bedeutet aber, daß die wichtigsten innovativen Forschungsergebnisse aus der ostdeutschen AUF nur sehr begrenzt für die regionale Wirtschaft wirksam werden. Auf diesem Wege erfolgt vielmehr ein "Abfluß" von innovativen Entwicklungen in die Wirtschaft der alten Bundesländer.

Schwachpunkt Wirtschaft

Die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen haben ebenfalls ihre früheren engen Verbindungen zur Wirtschaft weitgehend verloren. Eine um-

fassende Einschätzung der FuE-Beziehungen des Hochschulsektors zur Wirtschaft ist wegen des Fehlens relevanter statistischer Daten gegenwärtig nicht möglich. Jedoch bestätigen erste Befunde einer Analyse von Forschungsaktivitäten an vier ostdeutschen Universitäten, daß deren unmittelbare Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gering ist.

In Interviews wurden Professoren über die Bedeutung der von den einzelnen Förderinstituten für ihre jeweiligen Forschungsprojekte erhaltenen Mittel befragt. Die Auswertung der Gewichtungen nach "gering, beträchtlich, hauptsächlich" ergab, daß die Industrie mit einem Anteil von 1,7 Prozent der ermittelten Werte eine ganz geringe Rolle spielt. Im Unterschied dazu liegt der Anteil der DFG bei über 30 Prozent und der der BMFT-Projektförderung bei 15 Prozent. Diese Relationen gewinnen durch einen Vergleich mit analog ermittelten Daten für Projekte der Universität Göttingen noch an Aussagekraft: Dort liegt der Anteil der direkten Industriefi-

nanzierung (= relative Bedeutung) mit 15 Prozent fast zehnmal so hoch wie an den erfaßten ostdeutschen Universitäten.

Es gibt in Ostdeutschland also nur noch sehr geringe vertragliche FuE-Beziehungen der akademischen Wissenschaft mit der Industrie. Eine Differenzierung ergibt sich insofern, als die AUF bereits relativ gute Voraussetzungen für die Intensivierung von Industriebeziehungen besitzt, während solche Voraussetzungen an vielen Universitäten und Hochschulen durch die Berufung von Professoren und die Wiederbelebung ihrer Forschungskapazitäten und -aktivitäten erst noch geschaffen werden müssen.

Als der entscheidende Schwachpunkt bei der Wiederbelebung der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion erweist sich aber immer mehr die Wirtschaft selbst. Hier ist das FuE-Personal am stärksten abgebaut worden, so daß ihr Anteil am gesamten FuE-Potential in Ostdeutschland unter 50 Prozent gefallen ist. Gleichzeitig sind durch die Aufgliederung, Schrumpfung bzw. Liquidierung der früheren DDR-Kombinate und -Betriebe Großbetriebe mit mehr als 10.000 Beschäftigten völlig verschwunden. Bereits Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten sind relativ selten geworden.

Übriggeblieben sind lediglich mittlere oder Klein-Betriebe mit meist "unterkritischen" FuE-Gruppen. Die Anzahl kleiner Unternehmen ist durch "spinoffs"

von Treuhandanstalt-Firmen und aus den drei großen Forschungsakademien der DDR, aber auch durch die Neugründung von Unternehmen weiter angewachsen. Inzwischen (1994) sind 80 Prozent des gesamten FuE-Personals der Wirtschaft in Firmen mit weniger als 500 Beschäftigten zu finden, darunter die Hälfte, d.h. ungefähr 40 Prozent, in Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten.

Das ist nicht nur eine deutliche Veränderung gegenüber der Situation in der DDR, sondern führte zu einer völlig anderen Wirtschaftsstruktur, als sie die alten Bundesländer aufweisen. In den alten Bundesländern beschäftigen Firmen mit über 10.000 Beschäftigten über 50 Prozent des gesamten FuE-Personals der Wirtschaft. Sie sind dadurch in der Lage, neben angewandter Forschung und Entwicklung sogar in gewissem Umfang Grundlagenforschung zu betreiben.

Dagegen lag in der DDR der Schwerpunkt bei Unternehmen mit 1.000 bis 5.000 Beschäftigten und einem geringen Anteil von Unternehmen mit über 10.000 Beschäftigten; in der DDR-Wirtschaft wurde praktisch keine Grundlagenforschung durchgeführt. Diese Aufgabe hatte insbesondere die Akademie der Wissenschaften. Inzwischen ist in Ostdeutschland FuE-Personal fast nur noch in sehr kleinen Unternehmen vorhanden, wobei die meisten Firmen nur noch FuE-Abteilungen mit weniger als fünf (in Firmen mit bis zu 100 Beschäftigten) oder bis zu 16 FuE-Beschäftigten (in Unternehmen mit bis zu 500 Gesamt-

beschäftigten) haben. Wenige größere Unternehmen haben mehr als 20 FuE-Beschäftigte.

Normalerweise können aber Forschungsgruppen mit fünf bis zehn Personen praktisch nur noch experimentelle Entwicklungen oder stark eingegrenzte angewandte Forschung durchführen. Solch kleine Gruppen sind auch kaum als potente Partner für die akademische Forschung anzusehen.

Ostdeutschland "peripher"?

Da gleichzeitig der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten in den kleineren Unternehmen über 20 Prozent, teilweise sogar über 40 Prozent beträgt, liegt die Vermutung nahe, daß es in diesen Firmen kein ausgewogenes Verhältnis zwischen FuE und den anderen Aktivitäten, insbesondere Ferti-

gung und Absatz, gibt. Anders ausgedrückt: In diesen Unternehmen dürfte (noch) kein betriebswirtschaftlich tragfähiges Verhältnis zwischen FuE und anderen Bereichen vorhanden sein. Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, daß gegenwärtig insgesamt etwa 80 bis 90 Prozent der FuE-treibenden ostdeutschen Unternehmen Fördermaßnahmen der Bundesregierung in Anspruch nehmen.

Inzwischen beträgt der Anteil allein der Förderung des BMFT an den internen FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in den neuen Bundesländern über 50 Prozent (dagegen in den alten nur fünf Prozent). 80 Prozent der Fördermittel entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Ein unausgewogenes Verhältnis bzw. die fehlende Integration von Produktion

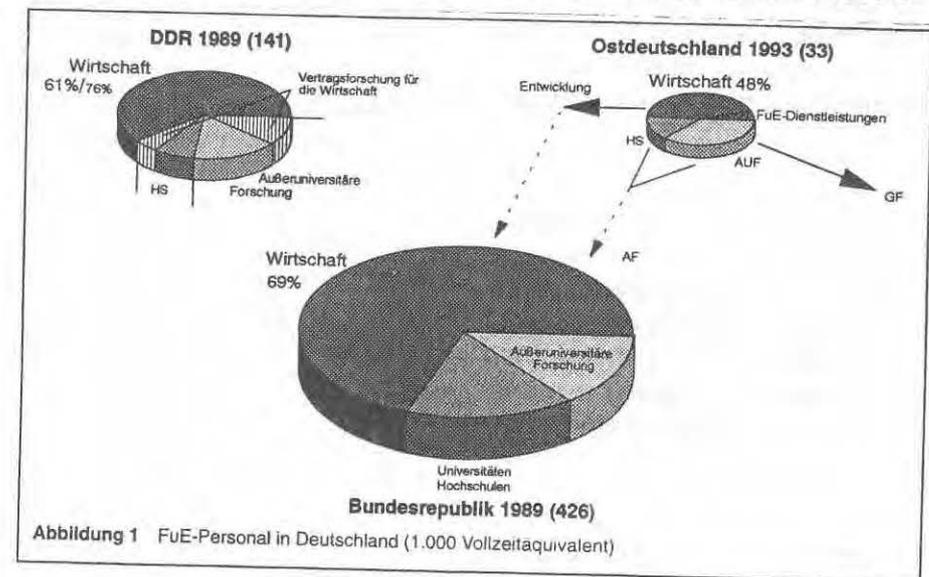


Abbildung 1 FuE-Personal in Deutschland (1.000 Vollzeitaquivalent)

und Forschung ist nicht nur innerhalb vieler Unternehmen anzutreffen, sie ist darüber hinaus auch ein Merkmal der organisatorischen Struktur von FuE in der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt. Das wird durch den mit etwa zehn Prozent sehr hohen Anteil des Zweigs "Dienstleistungsgewerbe" am FuE-Personal der Wirtschaft belegt. Zu diesem Wirtschaftszweig gehören die Forschungs-GmbH. Ihren Kern und Ausgangspunkt stellen die früher juristisch selbständigen großen FuE-Einrichtungen der Kombinate der DDR dar.

Im Jahre 1989 gab es 38 solcher Einrichtungen, die insgesamt 24.000 Beschäftigte hatten, darunter 15.700 FuE-Beschäftigte. Das waren mehr als 20 Prozent des gesamten FuE-Personals der DDR-Wirtschaft. Diese Einrichtungen wurden bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Forschungszentren des Kombinats Carl Zeiss Jena und des Kombinats TAKRAF) nicht wieder in die Betriebe integriert, sondern in Form von GmbH als juristisch selbständige Unternehmen weitergeführt.

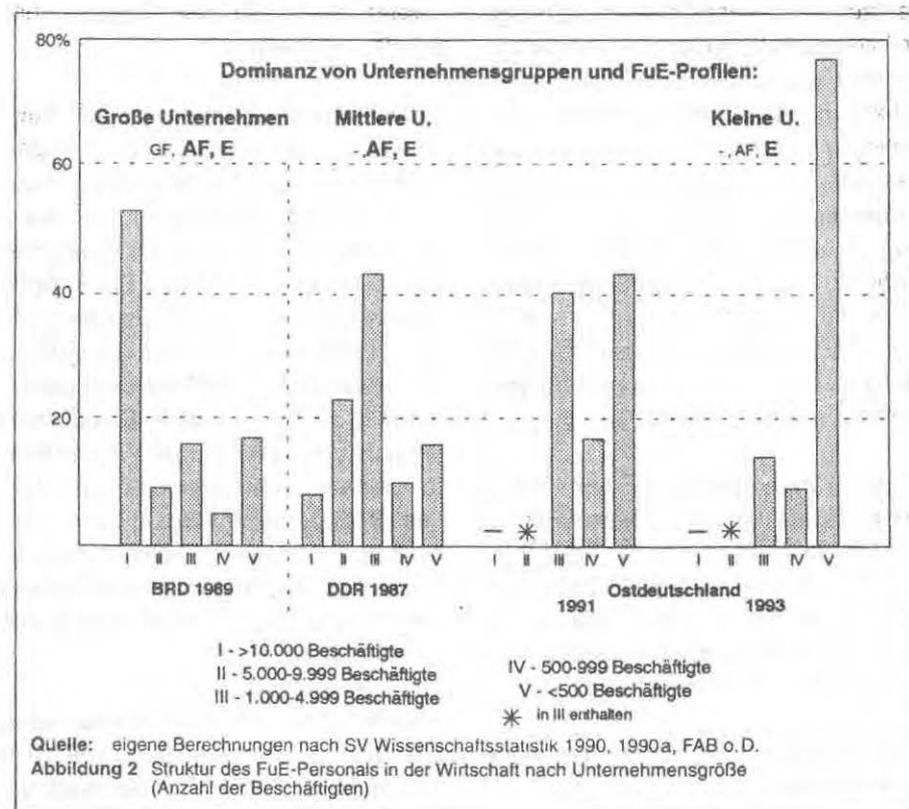
Inzwischen ist die Anzahl ähnlich profilierter Einrichtungen weiter angewachsen. Im Jahre 1993 haben solche Unternehmen vorzugsweise angewandte Forschung und Entwicklung, die Durchführung von Studien und Expertisen, Weiterbildungs- und Beratungsleistungen angeboten, in begrenztem Umfang auch Auftragsfertigung bzw. eigene Produktion durchgeführt.

Ein erheblicher Teil der FuE-Kapazität

ten in der Wirtschaft befindet sich also gar nicht in den produzierenden Wirtschaftsunternehmen, sondern in "wirtschaftsnahen" Forschungseinrichtungen. Da auch diese Einrichtungen über Zuschüsse der Treuhand (noch nicht privatisierte Forschungs-GmbH), Fördermittel von Bund und Ländern, öffentlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie FuE-Projektmittel usw. weitgehend durch öffentliche Mittel finanziert werden, unterscheiden sie sich kaum hinsichtlich der Quellen, sondern lediglich hinsichtlich der Wege und Formen ihrer Finanzierung vom (offiziellen) Sektor der öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschung.

In der Wirtschaft dürfte sich in nächster Zukunft bei weiterem Personalabbau in den mittleren Unternehmen sowie anhaltender Differenzierung bei den kleinen Unternehmen, einschließlich der Forschungs-GmbH, nur eine begrenzte Basis an innovativen Unternehmen und kleinen FuE-Abteilungen halten bzw. gut entwickeln können. Da es aber kaum noch größere industrielle Kerne gibt, von denen eine Strukturierung und Profilierung des regionalen Umfelds an innovativen "Zulieferern" ausgehen kann, sind Aussichten auf eine Wiederbelebung der Wirtschaftsforschung durch forschungsintensive Mittel- und Großunternehmen hier auf absehbare Zeit kaum gegeben.

Obwohl beim FuE-Personal der Industrie die Voraussetzungen für informelle Kontakte zur akademischen Forschung noch relativ gut sind, lassen diese Ver-



bindungen weiter nach, bedingt durch einen anhaltenden Prozeß der "Entfernung" von Wirtschafts- und akademischer FuE. Die bisherigen Analysen und Befunde deuten darauf hin, daß sich in Ostdeutschland eine ungünstige Differenzierung vollzieht: Auf der akademischen Seite läßt sich ein "Rückzug" auf "reine" Grundlagenforschung vermuten, da die (noch vorhandenen) anwendungsorientierten Forscher mit nachlassender Finanzierung durch öffentliche Drittmittel konfrontiert sind und geringe Chancen für deren Ersatz durch die Industrie haben.

Eine Ausnahme bilden bisher nur vertragliche Bindungen zu Großunternehmen in den alten Bundesländern. Auf der Wirtschaftsseite steht dem eine Hinwendung zu Entwicklungsarbeiten für neue wissenschaftsintensive Leistungen und Produkte gegenüber, die zum großen Teil auf früher in der DDR erarbeiteten Forschungsergebnissen aufbauen. Dabei erfolgt auch hier zwangsläufig eine Orientierung auf westdeutsche Partner und Märkte, da Ostdeutschland nur geringe Absatzchancen bietet.

All das deutet darauf hin, daß sich Ost-

deutschland zu einer "peripheren" Region in Gesamtdeutschland entwickelt, in der die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft viel stärker über die jeweiligen Partner in den alten Bundesländern, d.h. über das "Zentrum" verlaufen, als direkt in der eigenen Region (vgl. Abbildung 1). Dem kann längerfristig nur durch die Wiederbelebung der ostdeutschen Wirtschaft und ihrer eigenen FuE begegnet werden. Entwicklungschancen dafür werden in folgenden Richtungen gesehen:

a) Sicherung von Märkten durch "Anbindung" der kleinen ostdeutschen Firmen an Großunternehmen in den alten Bundesländern - verbunden mit den Problemen und Risiken von Zulieferunternehmen und der Ausprägung eines regionalen Charakters als "Peripherie".

b) Die Entwicklung neuer regionaler Verflechtungen zwischen den vielen kleinen Unternehmen in Ostdeutschland, um durch Synergie-Effekte sowohl in wissenschaftlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine sich allmählich selbst tragende regionale Entwicklung zu erreichen. Dies wird gegenwärtig noch durch die tiefgehenden und anhaltenden

Veränderungen in der "Firmen-Landschaft" erschwert.

c) Die Förderung dieses regionalen FuE- sowie Innovationssystems durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die Erhaltung vorhandener, vor allem aber die Förderung neuer strukturbestimmender Unternehmen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative des Freistaats Sachsen und der Firma Siemens zum Aufbau einer Produktions- und Entwicklungsstätte für Mikrochips, deren FuE-Kapazitäten gute Voraussetzungen für eine breite Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft in dieser Region bieten und die schon jetzt als Kristallisationspunkt für weitere Aktivitäten, beispielsweise die Einbeziehung des Montagezentrums für Mikrochips, dient.

Gerade unter letzterem Aspekt kann sich die oben charakterisierte (noch) relativ günstige Situation in der akademischen Wissenschaft Ostdeutschlands als ein fördernder Faktor erweisen.

Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

(WZB-Mitteilungen 66/ Dez. 1994)

DOKUMENTATION

Hochschulrektorenkonferenz:

Zur Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer

Stellungnahme des 173. Plenums der HRK, Bonn, 4. Juli 1994
- Auszug -

C. Empfehlungen

1. Qualitätssicherung

Die Hochschulen der neuen Bundesländer befinden sich in einer Um- und Aufbau-situation, die noch mehrere Jahre anhalten wird und durch große Planungsunsicherheit charakterisiert ist. Die Anzahl der Planstellen ist zwar festgelegt, wird aber ungeachtet der vorgenommenen Kürzungen in manchen Ländern erneut in Frage gestellt. Die Professorenstellen sind wegen des Neuaufbaus mancher Fächer und der grundsätzlichen Ausschreibung aller Stellen zu 20 % bis 25 % nicht besetzt. Auch deshalb fehlt wissenschaftlicher Nachwuchs in weiten Bereichen. Der Ausbauzustand und die Infrastruktur sind insgesamt unzureichend. Andererseits sind in manchen Bereichen sehr gute Leistungen erreicht worden. Als Belege können beispielsweise die sieben Sonderforschungsbereiche in Hochschulen der neuen Bundesländer dienen, die vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden müssen, daß bei Hochschulgründungen in den alten Bundesländern die ersten Sonderforschungsbereiche erst etwa 7 bis 12 Jahre nach Aufnahme des Studienbetriebs eingerichtet wurden.

Deshalb hält es die HRK für geboten, Hochschulen, Ländern, Bund und Öffentlichkeit zu empfehlen, den Faktor Zeit in der Entwicklung der Hochschulen nicht zu übersehen. Dies gilt sowohl für die Umgestaltung der Studiengänge und der Forschungsstrukturen als auch insbesondere für die personelle Erneuerung. Um das Potential der Hochschulforschung zur Entfaltung zu bringen und die nunmehr

eröffneten Chancen angemessen zu nutzen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Ländern, Bund und privaten Geldgebern unerlässlich.

Für Forschung und Nachwuchsausbildung als zentralen Aufgaben der Hochschulen sind die Qualitätsstandards auf internationalem Niveau zu wahren. Auch wo aktuelle Zwänge, z. B. zur Sicherung der laufenden Ausbildung der Studierenden, Kompromisse bei Personalentscheidungen im Hinblick auf kritische Grenzen von Qualitätsstandards angeraten erscheinen lassen könnten, sollten alle Beteiligten dennoch genügend Geduld aufbringen und Zeit einräumen, um Engpässe anderweitig zu überbrücken, weil sich jetzt getroffene Personalentscheidungen bei Professoren über mehr als ein Jahrzehnt auswirken und in der Regel nicht revidierbar sind.

2. Grundausrüstung

Die Hochschulen in den neuen Bundesländern haben in der Regel wissenschaftlich angemessene Strukturen für Forschung und Nachwuchsausbildung aufgebaut. Um diese insgesamt international wettbewerbsfähig zu machen oder zu erhalten, ist es unabdingbar, die Grundausrüstung - und damit auch und vor allem die Nachwuchsförderung sowie die Chancen zur Berufung höchstqualifizierter Professoren - zu verbessern. Dafür sind mittelfristige Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen für Personalstellen, Ausstattung und Gebäude von entscheidender Bedeutung.

Unabdingbar sind:

- Erhöhung der Mittel für Sanierung und Neuerrichtung von Hochschulbauten,
- Erhöhung der Mittel für Geräteausstattung und Bibliothekswesen,
- Sicherung der Finanzierung der in den Hochschulen tätigen und zu übernehmenden Wissenschaftler und Wissenschaftlergruppen, die derzeit durch andere Mittel gefördert werden (MPG-Arbeitsgruppen, WIP-geförderte Wissenschaftler) im Rahmen mittelfristig verlässlicher Haushalts- und Stellenentwicklungspläne,
- ausgewogene finanzielle Ausstattung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Daher müssen die neuen Bundesländer Sorge dafür tragen, daß ihre Hochschulen wenigstens einen den Hochschulen der alten Bundesländer entsprechenden Anteil des Landeshaushalts erhalten. Angesichts der auch regional- und wirtschaftspolitischen Bedeutung von Forschung und Nachwuchsförderung empfiehlt die HRK den neuen Bundesländern, darüber hinausgehend in den nächsten Jahren einen deutlich höheren Anteil des Landeshaushalts in die Hochschulen zu investieren, um die Hochschulen als Instrument des regionalen Strukturwandels wirksam werden zu

lassen und sie insoweit nutzen zu können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß Hochschulbaumittel Investitionsmittel sind, die insbesondere auf dem regionalen Arbeitsmarkt unmittelbar wirksam werden.

Eine angemessene Grundausrüstung für Lehre und Forschung eröffnet die für Forschung notwendigen und die Vorbereitung von Drittmittelanträgen unerlässlichen Freiräume. Drittmittelforschung führt bei Unzulänglichkeit der Grundausrüstung dazu, daß vor allem Forschungsprojekte angegangen werden, die absehbar positive Ergebnisse haben. Projekte mit interessanten Hypothesen, aber noch unklaren Erfolgsaussichten werden im Hinblick auf die Angewiesenheit auf Drittmittel zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit von Forschungsgruppen vielfach zurückgestellt. Darin liegt langfristig eine Gefahr für die Originalität der Forschung, die so angelegt sein muß, daß auch unerwartete Ergebnisse erreicht und Fehlschläge nicht von vornherein ausgeschlossen werden können, und für die Qualität der Nachwuchsausbildung. Erst eine hinreichende Grundausrüstung ermöglicht die Erschließung von privaten Mitteln oder auch von auf angewandte Forschung und Entwicklung orientierten Mitteln im Verantwortungsbereich der Wirtschaftsminister oder internationalen Organisationen, insbesondere der EU.

3. Transparenz und Effizienz

Die Verteilung der Mittel aus der Grundausrüstung in Hochschulen muß in verstärktem Maße leistungsbezogen erfolgen und den Kriterien der Transparenz und Effizienz genügen. Die Hochschulen als Institutionen müssen nicht nur weiterhin als Forschungsträger angesehen werden, sondern vor allem sich selbst mehr als bisher auch als Forschungsförderungsorganisationen verstehen und zu entsprechendem Handeln kommen. Dazu ist eine zentrale Entscheidungsinstanz der Hochschule erforderlich, die von gruppen- und fakultätsbestimmten Interessen abgehoben und möglichst mit Hilfe externen Sachverständigen in der Lage ist, profildbildende Stärken in eigener Verantwortung zu fördern. Dies ist nicht erreichbar, wenn die Hochschulen mit für Lehre und Forschung unangemessenen Vorschriften und unzureichenden Finanzzuwendungen so reglementiert werden, daß kaum eigene Entscheidungskompetenz verbleibt. Gerade weil die Strukturen in Hochschulen und Verwaltung der neuen Bundesländer nicht so verfestigt sind, empfiehlt die HRK Hochschulen und Ländern, die in den westlichen Bundesländern eingefahrenen Wege nicht beizubehalten, sondern neue und zukunftsweisende Wege der Mittelverteilung im Interesse des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln und ihres effizienten Einsatzes zu gehen.

Auf allen Entscheidungsebenen in den Hochschulen sollte ein modernes, transpa-

rentes finanz- und personalwirtschaftliches Controlling eingeführt werden, das auch zur besseren, transparenteren und personalsparenden Verwaltung der Forschungsmittel beitragen kann. Dazu gehört eine möglichst weitreichende Flexibilisierung des Mitteleinsatzes durch Erweiterung der eigenverantwortlichen Bewirtschaftungsbefugnis der einzelnen Hochschulen. Zur Senkung administrativer Hemmnisse in der Mittelbewirtschaftung sollte entsprechend den Bewilligungsbedingungen der Drittmittelgeber generell auch die Einrichtung von Drittmittelkonten vor Ort möglich sein.

4. Profilbildung und Interdisziplinarität

Schwerpunkte dienen der Qualitätssicherung und der Effizienz des Mitteleinsatzes in Forschung und Nachwuchsausbildung. Sie sind nicht Instrument einer oder Ausdruck von Planwirtschaft. Sie dienen auch der Schaffung eines für die jeweilige Hochschule spezifischen Profils. Die Einrichtung von Schwerpunkten erfordert in der Regel den Verzicht auf den Ausbau anderer Bereiche. Deshalb muß ggf. die Besetzung von Professorenstellen hinausgezögert werden, um laufende Schwerpunktbildungen qualitativ nicht zu gefährden.

Die Erfahrungen der Hochschulen der alten Bundesländer bei der hochschulinternen Schwerpunktbildung mit Hilfe zentraler Forschungsmittel und fakultätsübergreifender, senatsunmittelbarer wissenschaftlicher Einrichtungen sind außerordentlich positiv. Deshalb empfiehlt die HRK, das Organisationsmodell "Zentrum" oder "Kolleg" auch in den neuen Bundesländern verstärkt einzuführen, wie es bereits in einigen Universitäten geschehen ist. Auch deshalb sollten die Vorarbeiten der Hochschulen zur Einrichtung von Innovationskollegs möglichst weitergeführt werden, selbst wenn solche Kollegs aus finanziellen oder sonstigen Gründen derzeit noch nicht realisiert werden können. Sie könnten zur Vorbereitung und Einrichtung inneruniversitärer "Forschungskollegs" führen, deren Einrichtung die HRK in ihren Empfehlungen "Zur Forschung in den Hochschulen" vom 12.7.1993 vorgeschlagen hat.

Um noch nicht drittmittelreife Vorhaben zu fördern, sollten die Hochschulen gezielt und auf Antrag finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen.

Bei der Profilbildung der Hochschulen muß die Breite und Tiefe der in den Hochschulen vertretenen Fächer stärker als bisher genutzt werden. Wie Barrieren zwischen einzelnen Ländern und Hochschulen, so müssen auch Barrieren zwischen Fächern überwunden werden. Moderne Wissenschaft erfordert die Arbeit im Team und die Verstärkung interdisziplinärer Forschung und Ausbildung. Dies ergibt sich aus der wissenschaftlichen Entwicklung selbst und aus der zunehmenden Vernet-

zung wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aspekte. Deshalb sollten Strukturen vernetzt, verlässlich und flexibel sein. Die Arbeit mit Nachwuchswissenschaftlern, die einen jeweils verschiedenen Fächerhintergrund mitbringen, bietet gute Voraussetzungen für interdisziplinäre Arbeit.

Die Forschungsorganisation der ehemaligen DDR hat fachübergreifende Forschungsansätze nicht grundsätzlich verhindert; so gab es vielfach eine gute interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und Medizinern oder in auf gewisse Kulturen ausgerichteten Instituten. Diese lokalen Traditionen sollten, wo möglich, wiederbelebt und Vorzüge oder positive Erfahrungen bei der Nachwuchsförderung genutzt werden, z. B.: gute Betreuungsrelation, frühe Einbindung des Nachwuchses in die Forschung (etwa im sog. 'Forschungsstudium').

Hochschulgremien und -leitungen müssen Initiativen von Wissenschaftlern aufnehmen, weil aus ihnen in der Regel die besten Forschungsprojekte entstehen, und diese so bündeln, daß daraus profilbildende Schwerpunkte erwachsen können. Der Aufbau leistungsfähiger Gruppen und die Organisation wissenschaftlicher Kooperation sollten im Zentrum forschungspolitischer Aktivitäten der Hochschulen stehen. Angesichts der wissenschaftlichen Entwicklungen in den Disziplinen, der Notwendigkeit ihrer Verknüpfung in fachübergreifender, trans- und multidisziplinärer Arbeit und des Umfangs der dafür erforderlichen Mittel ist keine Hochschule mehr in der Lage, in allen in ihr vertretenen Fächern in der Forschung international konkurrenzfähige Spitzenleistungen zu erbringen. Die Entscheidung über die spezifische Ausgestaltung von Organisations- und Kooperationsmustern sollte sich nicht nur an in den alten Bundesländern und im Ausland bewährten Modellen orientieren, sondern auch an den lokalen Traditionen, Gegebenheiten und Bedürfnissen orientiert sein und sie berücksichtigen.

Die Notwendigkeit interdisziplinärer Forschung und Ausbildung ergibt sich nicht nur aus dem Fortschritt der Disziplinen selbst, sondern auch aus der zunehmenden Vernetzung wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aspekte. Dies bedingt eine verstärkte Einbeziehung geistes- und sozialwissenschaftlicher in natur- und ingenieurwissenschaftliche Forschung und Entwicklung. Deshalb sollten die derzeit von der MPG betreuten "Geisteswissenschaftlichen Zentren" in einzelne Universitäten oder Universitätsverbände integriert werden können, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den Geisteswissenschaften zu stärken und ihre Attraktivität für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs zu steigern. Auf diesem Wege können die Hochschulen auch wieder mehr zu Stätten des fach- und disziplinenübergreifenden Gesprächs und Diskurses innerhalb der Wissenschaft und mit Gesellschaft und Staat werden.

5. Nachwuchsförderung

Gerade angesichts der unzureichenden Grundausstattung der Hochschulen der neuen Bundesländer kommt der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen besondere Bedeutung zu. Dies gilt auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Hochschulen zu halten und als Hochschullehrernachwuchs zu fördern.

Gemeinsam mit den Ländern sollten bei der Überprüfung des Hochschulerneuerungsprogramms für eine Übergangszeit bis zur Normalisierung der Situation des Nachwuchses im Hinblick auf zu besetzende Stellen für Professoren und wissenschaftliche Leitungspositionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen geeignete Förderprogramme entwickelt werden, um Nachwuchswissenschaftler nicht nur vor Ort, sondern auch für einige Zeit in anderen Hochschulen, insbesondere im Ausland, weiterzubilden, sie jedoch anschließend wieder in die Heimathochschule zu integrieren, etwa mit einer speziellen Rückkehrbeihilfe. Damit könnte ein Beitrag geleistet werden, der Auswanderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus den Hochschulen und aus den östlichen Bundesländern entgegenzuwirken.

Die HRK hat bereits 1990 vorgeschlagen, Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter auf Zeit, hilfsweise Stipendien, für vier bis fünf Jahre auf Hochschul- oder Landesebene zu schaffen, die der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses, vornehmlich durch Habilitation und eigene Forschungstätigkeit dienen sollen. Auf eine ein- oder zweijährige Tätigkeit an der Heimathochschule sollten mindestens zwei Jahre an einer westdeutschen oder ausländischen Universität folgen. Das vierte - und ggf. fünfte - Jahr sollte erneut an der Heimathochschule verbracht werden, sofern keine Berufung auf eine Professorenstelle erfolgt.

Nur ca. 150 Habilitationen in den Hochschulen der neuen Bundesländer im Jahr 1992 sind nicht ausreichend, um die erforderliche Anzahl an Kandidatinnen und Kandidaten für die derzeit über 800 vakanten sowie für die aufgrund der verzerrten Altersstruktur demnächst vakant werdenden Professorenstellen bereitzustellen.

Bei der von den Hochschulen vorzunehmenden Selbstergänzung der Professorenschaft ist die Wahrung von Qualitätsstandards von besonderer Bedeutung. Deshalb sollten Habilitationen vorrangig in ausgewiesenen Forschungsschwerpunkten erfolgen. Da Forschungsschwerpunkte erhebliche Ressourcen binden, sollten Hochschulen und Länder bei ihrem Aufbau unvermeidbare Doppelungen vermeiden.

Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler werden nur inner-

halb der Hochschulen gehalten und zur Habilitation als formaler Berufungsvoraussetzung geführt werden können, wenn sie ein attraktives Umfeld vorfinden. Dazu gehören gute wissenschaftliche Arbeitsbedingungen, ermutigende Berufungsperspektiven und ein zufriedenstellendes Umfeld außerhalb der Hochschule, insbesondere für Ortswechsler auch geeignete Wohnmöglichkeiten.

Manche westdeutsche Länder haben in den 60er und 70er Jahren Hochschulgründungen mit lokalen Wohnungsbauprogrammen für Hochschulbedienstete unterstützt. Die HRK wiederholt ihre Empfehlungen vom Dezember 1990, die Hochschulen in den östlichen Bundesländern mit der Bereitstellung entsprechenden Wohnraums auch für Ortswechsler bei Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie für Gastwissenschaftler attraktiv zu machen.

6. Chancengleichheit

Zwischen übergeleiteten und neuberufenen Professoren muß grundsätzlich Chancengleichheit bestehen. Nur eine Leistungsbewertung, die in jedem Einzelfall den spezifischen Umständen der jeweiligen Biographie Rechnung trägt, darf Ausstattungs- und Einkommensunterschiede legitimieren, zumal wenn sich die Hochschulen institutionell zunehmend als Forschungsförderungsorganisationen auch bei der Verteilung der Grundausstattung verstehen. Sollten die Niveauunterschiede zugunsten der von außen Neuberufenen, speziell in den experimentellen naturwissenschaftlichen Fächern, weiterhin so deutlich wie bisher ausfallen, droht dies zu einer Belastung des Klimas in den Hochschulen und der hochschulinternen Zusammenarbeit zu werden.

7. Einheit von Forschung und Nachwuchsförderung

Die in den Hochschulen vertretene Breite des Fächerspektrums kann nur dann tatsächlich fruchtbar werden, wenn auch die Intensität der Forschung durch eine hinreichende Grundausstattung in Personal- und Sachmitteln sowie Räumen gewährleistet ist. Hochschulen bieten eher als außeruniversitäre Forschungseinrichtungen die Möglichkeit, durch Vernetzung zwischen den Disziplinen und im Zusammenhang mit der Nachwuchsbildung Synergieeffekte zu erzielen und zu nutzen. In den Hochschulen der neuen Bundesländer ist es aber selbst bei Schwerpunktsetzungen und in besonders geförderten Fachgebieten in der Regel nicht möglich, mit den baulichen Gegebenheiten und der personellen wie sachlichen Ausstattung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu konkurrieren.

Die HRK begrüßt, daß in außeruniversitären Forschungseinrichtungen der östlichen Bundesländer ausgewiesene Forschungsschwerpunkte etabliert werden. Sie hält es

jedoch für problematisch, daß infolge der häufig noch nicht konkurrenzfähigen Ausstattung der Hochschulen die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler - individuell nachvollziehbar - in großem Umfang von den Hochschulen in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen abwandern, somit Lehrerfahrung nicht gewonnen wird und Habilitationen unterbleiben. Gemeinsame Berufungen zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen sind allein nicht geeignet, diese Entwicklung zu verhindern. Die Länder sollten deshalb alles daran setzen, dieser Tendenz im eigenen langfristigen Interesse entgegenzuwirken.

Angesichts der finanziellen Lage und der finanzpolitisch begründeten Tendenz, die Landesmittel vorrangig dort in Wissenschaft und Forschung zu investieren, wo mit ihnen eine zusätzliche Finanzierung des Bundes erreicht wird, ist mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Strukturschwäche des von der Sowjetunion geprägten Wissenschaftssystems der Trennung von Lehre in Hochschulen und Forschung in Einrichtungen außerhalb der Hochschule nicht aus finanziellen Gründen mit anderen Vorzeichen fortgesetzt wird.

8. Verbesserung der Raumausstattung

Die Verbesserung der Raumsituation - durch Neubauten und Sanierung - ist eine entscheidende Voraussetzung für den weiteren Aufbau einer effektiven Hochschulforschung und Nachwuchsausbildung in den neuen Bundesländern.

Um den besonderen Bedarf der Hochschulen der neuen Bundesländer im HBFGB wenigstens teilweise zu decken, sind eine Erhöhung der jährlichen Ansätze des Bundes und der Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau von derzeit jeweils 1,68 Mrd. DM auf 2,3 Mrd. DM im Jahr 1995 und deren jährliche Anpassung an die jeweiligen Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Rahmenplänen für den Hochschulbau unabdingbar.

Außerdem ist eine Beschleunigung von Planungs- und Bauverfahren unerlässlich, um öffentliche Mittel optimal einzusetzen und neue oder sanierte Einrichtungen möglichst rasch für die Hochschulen zu nutzen. Wie in den westlichen Bundesländern sollten Planen und Bauen innerhalb der staatlichen Bauverwaltung beschleunigt, vermehrt Planung und Errichtung von Bauten privaten Trägern übergeben, die Möglichkeiten des Mietkaufs und des Leasings verstärkt genutzt und die von der staatlichen Bauverwaltung vorgegebenen Baustandards den tatsächlichen Nutzeranforderungen und -bedürfnissen in den Hochschulen angepaßt werden. Dazu liegen inzwischen in verschiedenen westlichen Bundesländern ermutigende Erfahrungen vor.

Hier könnten auch Verfahrenserleichterungen als Modell dienen, die zwischen den Bundesministerien der Finanzen, für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie für Forschung und Technologie im März 1994 für die vom Bund institutionell geförderten Forschungseinrichtungen vereinbart wurden. Im einzelnen handelt es sich um folgende, teilweise befristete Maßnahmen:

- Verringerung des Umfangs der vorzulegenden Unterlagen, insbesondere Verzicht auf das bisher geforderte "Raumbuch",
- Beschleunigung der Entscheidung durch Einrichtung einer "Clearinggruppe" aller beteiligten Bundesressorts,
- Übertragungsmöglichkeit für die Mittel aus dem Investitions-Sonderprogramm (ISP) in das Haushaltsfolgejahr,
- Beseitigung beruflicher Doppelprüfungen durch Bundes- und Landesbehörden,
- Freigrenze von 2 Mio. DM für die Einschaltung der Bauverwaltung.

Es ist zu prüfen, ob die aus den westlichen Bundesländern übernommenen, vielfach Sicherheitsvorschriften weit überschreitenden Baustandards dem inhaltlichen Fortschritt der Wissenschaften wie auch den gesetzlichen Bestimmungen angemessen sind. Im Sinne eines sorgsamsten Umgangs mit öffentlichen Mitteln sollten diese Standards in allen Bundesländern entsprechend angepaßt werden.

9. Bibliotheken

Bibliotheken als unverzichtbarer Grundstock für Hochschulforschung und Nachwuchsausbildung dürfen nicht vernachlässigt werden. Dazu sind in Anbetracht der Bausubstanz nicht nur Sanierungen und Neubauten erforderlich, um die bestehenden Bestände sichern und aufstellen zu können, sondern vielfach auch eine bibliothekarische Aufarbeitung der Bestände, die den modernen Nutzungsanforderungen entspricht. In Zusammenarbeit zwischen östlichen und westlichen Bundesländern sind bereits einige Verbundprojekte in Gang gesetzt worden. Sie könnten z. B. durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (ABM-Stellen) beschleunigt werden.

Bibliotheken müssen über eine der modernen Forschung entsprechende Struktur und ein zureichendes Service-Angebot nicht nur bei Büchern, sondern auch bei neuen Medien verfügen.

Die moderne Datenkommunikation erlaubt zwar den standortunabhängigen Nachweis von Literatur, doch ist damit noch keineswegs die Verfügbarkeit der standortfernen Literatur gewährleistet. Die für Lehre, Studium und Forschung vor Ort nötige Literatur muß auch tatsächlich beschafft werden können.

10. Hochschule - Wirtschaft

Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln für private Unternehmen sollte verstärkt an die Bedingung geknüpft werden, daß diese Förderung auch zur Zusammenarbeit mit Hochschulen genutzt wird, die entsprechend ihrer jeweiligen Aufgabenstellung in Forschung und Entwicklung von der Grundlagenforschung bis zur Optimierung marktfähiger Produkte zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Um die Zusammenarbeit der Hochschulen mit Unternehmen zu fördern, ist klarzustellen, daß auch Auftragsforschung in Hochschulen zu den hoheitlichen Aufgaben der Hochschulen gehört und deshalb von der Drittmittelbesteuerung auszunehmen ist. Die HRK hat schon mehrfach dargelegt, daß eine Besteuerung der Auftragsforschung nicht nur zu einer Behinderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft führt, sondern durch zusätzliche Planstellen in der Finanzverwaltung und der Hochschulverwaltung vor allem zu einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte führt. Sollte es zu einer Besteuerung von Drittmitteln kommen, würden dadurch der Entwicklungsprozeß der Hochschulen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Interesse der regionalen Wirtschaftsstrukturentwicklung und -förderung nachhaltig beeinträchtigt. Die HRK fordert daher auch aus diesem Grunde Bund und Länder auf, die Steuerfreiheit der Drittmittelforschung in Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen zu sichern.

Die Regierungen von Bund und Ländern sollten eine Anschubfinanzierung für Projektanträge bei multinationalen Drittmittelgebern, insbesondere bei der Kommission der Europäischen Union, ermöglichen. Eine stärkere Beteiligung der Hochschulen der neuen Bundesländer an EU-Programmen kann dazu beitragen, die Rückflußquote von Finanzmitteln aus der EU nach Deutschland zu verbessern, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, internationale Kooperationen und Partnerschaften auszubauen und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in internationaler Zusammenarbeit zu fördern.

Bund, Länder und Hochschulen sollten alle Möglichkeiten nutzen, Mittel des Europäischen Strukturfonds für "Ziel 1-Gebiete" auch für den Ausbau der Hochschulen in den neuen Bundesländern zu nutzen, so wie dies auch von anderen EU-Mitgliedsstaaten mit "Ziel 1-Gebieten" getan wird.

11. Stiftungswesen

Mäzenatische Stiftungen haben in den Hochschulen erhebliche Beiträge zur Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses geleistet.

Die HRK bittet Stiftungen und Stifter, sich wie in den vergangenen Jahren insbesondere der Förderung der Hochschulen der neuen Bundesländer anzunehmen. Die Hochschulen werden darauf hinwirken, Stiftungsmittel effektiv zur Steigerung der Qualität der Forschung und Nachwuchsausbildung einzusetzen. Sie appellieren an die Länder, für die Hochschulen Anreize zur Einwerbung von Stiftungsmitteln zu schaffen durch die zügige Zusage der Übernahme von mit Stiftungsmitteln errichteten Schwerpunkten entsprechend der Hochschulentwicklungsplanung in die Grundfinanzierung der Hochschulen.

12. Fachhochschulen

Für die Fachhochschulen der neuen Bundesländer gelten die allgemeinen Empfehlungen, soweit sie nicht universitätsspezifisch sind, in gleicher Weise. Die Fachhochschulen der neuen Bundesländer sollten - wie die anderen Hochschularten - alle Möglichkeiten nutzen, die ihnen die Landeshochschulgesetze und die verschiedenen nationalen und internationalen Förderprogramme für FuE-Aktivitäten bieten.

Die HRK begrüßt die Ankündigung des BMFT, Forschung in den Fachhochschulen zu fördern und auch wissenschaftliches Personal über Drittmittel zu finanzieren.

Die Forderung der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen in Brandenburg, Drittmittel des Bundes nicht über die Fachbereiche zu verteilen, sondern vielmehr kleine, qualifiziert besetzte Gutachterausschüsse auf Vorschlag der Hochschulen zu bilden, um so ein angemessenes Begutachtungsverfahren zu erreichen, wird von der HRK nachdrücklich unterstützt.

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der HRK. Nachdruck und Verwendung in elektronischen Systemen - auch auszugsweise - nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Hochschulrektorenkonferenz. Die vollständige Stellungnahme enthält über den hier abgedruckten Auszug hinaus eine Beschreibung der Ausgangslage sowie zwei Anlagen: Fakultäten/Fachbereiche der Universitäten und der gleichberechtigten Hochschulen der neuen Bundesländer; Fachbereiche der staatlichen Fachhochschulen der neuen Bundesländer. Sie ist als Heft 97/1994 in der Reihe Dokumente zur Hochschulreform erschienen und kann kostenlos bezogen bei der HRK, Ahrstr. 39, 53 175 Bonn.)

Mitgliederversammlung des freien Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs) im November in Rostock: Ostdeutsche Wahrnehmungsdifferenzen

(1) Greifswald:

Irgendwie was machen!

Eigentlich hätte es so schön werden können! Der fzs, vor knapp einem Jahr gegründeter Möchtegern-Dachverband aller Studenten in Deutschland, hatte geladen - und alle, alle kamen. Nicht nur die bislang 50 Mitgliedsstudenschaften, sondern auch viele, die das Ganze bisher eher skeptisch verfolgt hatten, wie wir Greifswalder übrigens auch.

Nachdem *mensch* (man sagt in revolutionären Kreisen nicht mehr *man!*) sich zwei Tage lang über die bisherigen „Erfolge“ des Vereins (z.B. die kolossale Demo vom 11.6. in Bonn) unterhalten hatte, diverse Berichte angehört und in Arbeitsgruppen über so dringende Probleme wie den EU-Gipfel in Essen (inkl. Gegengipfel, versteht sich), das Verhältnis zum Frauen- und Lesbennetzwerk oder die „Evaluierungsordchiene“ debattiert hatte, wurde es zum Ende doch noch richtig spannend.

Einige große Unis wie Frankfurt/M., Köln, Dortmund, Essen usw., die bislang noch nicht dem fzs angehören, hatten vom Verband als Vorbedingung für ihren Eintritt gefordert, seine Satzung zu ändern. Hauptforderung war unter anderem ein gestaffeltes Stimmrecht, das den „Großen“ mehr Macht eingeräumt hätte. Obwohl die fzsler schon begehrlieh nach den dicken Geldbeuteln der reichen Ruhr-Unis schielten, wollte man sich doch nicht so einfach kaufen lassen. Die Anträge fielen folgerichtig durch (mit etwa 26 bis 31 Gegenstimmen, genaueres konnte die Tagungsleitung nicht ermitteln!), worauf die unterlegenen „Reformer“ mit der Drohung den Saal verließen, einen Gegenverband zu gründen. Na denn Prost!

Ost-Themen standen gar nicht auf der Tagesordnung. Auch in den Arbeitskreisen und Einzelgesprächen zeigte sich sehr bald, wo die Grenzen verliefen. So wurde z.B. die Anregung, der Verband könne doch Schulungsseminare für „Neu-Funktionäre“ anbieten, als Luxus abgetan. Da hätte man doch wohl wichtigeres zu tun!

Allerdings blieben die Aussagen zu der Frage, was der Verband denn eigentlich leisten solle, immer reichlich unkonkret. Immer wieder gern benutzt wurden Worte

wie „Aktion“, „wir sollten das unbedingt weiterdiskutieren“ oder die geniale Feststellung, daß man „jetzt irgendwie was machen müßte gegen...“ (Fortsetzung beliebig).

Aber wenigstens hatte die Gleichberechtigung unheimlich „Fortschritte“ gemacht! Jeder, der sich irgendwie „sexistisch“ geäußert hatte, z.B. durch Weglassen des großen „I“, bekam (wie originell!) sofort die Rote Karte. Die Sprachverirrung ging soweit, daß ein armer Kollege nichtmal mehr *Manfred* heißen durfte, sondern fortan *Menschfred* gerufen wurde. Und was hat man, äh mensch, bitte unter *Emenschzi*-pation zu verstehen?

Binahe hätte diese Tagung ja auch noch einen handfesten Eklat erlebt. Als nämlich die besagten „Spalter-Unis“ im Nebenraum ein konspiratives Treffen abhielten, sollten sie von den vergnatzten Veranstaltern (StuRa Rostock) mit Polizeigewalt vor die Tür gesetzt werden. Zu diesem Höhepunkt kam es jedoch leider nicht (zum Bedauern der amüsierten Beobachter!): Schließlich können echte Revolutionäre unmöglich mit der Staatsmacht zusammenarbeiten!

Uwe Rohwedder

(CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung 8/1994)

(2) Antwort vom StuRa Uni Rostock:

Im falschen Licht

Nach wie vor sind wir sehr geduldig mit allen Menschen dieser Welt, doch so ganz unkommentiert kann dieser CRASH-Artikel nicht bleiben. Klar könnt Ihr schreiben, was Ihr wollt, aber so'n paar Sachen stimmen so einfach nicht: ein schlechtes Licht, in dem wir stehen, ist uns ziemlich egal, ein falsches wäre schlimm.

Was uns generell auffiel: ich weiß nicht, ob es immer gut ist, wenn wir uns in die Ecke des Wunderbaren stellen lassen mit unserem tollen Verhältnis zu den Profs - hat das wirklich mit Ost-West zu tun oder doch eher mit dem Unterschied von großen und kleinen Hochschulen? Wir mögen nicht, daß uns irgendwer aufgrund solcher Fehlargumente als unwissend hinstellen kann.

Die Art der Frauen-Diskussion ging ziemlich vielen Leuten auf den Keks, auch vielen Frauen aus dem fzs, aber es ist halt so verdammt wichtig, daß es immer wieder angesprochen wird. Und wenn Ihr als Greifswalder sagt, daß es nicht Euer Problem wäre, dann erinnern wir uns nur ungern an das achsoteure und luxuriöse Seminar in Dänemark (wieviele Leute sind noch aktiv im StuPa bzw. zurückgetreten?), erinnern wir uns daran, wieviele Frauen überhaupt dabei waren, und daß die beiden teilnehmenden eigentlich nix sagen konnten/durften. Bei Euch kein Problem?

Es leben jedenfalls sehr viele Menschen auf dieser Welt, und sehr viele von diesen haben verschiedene Meinungen. Und auch dieser *fzs* besteht natürlich nur aus Personen. Genau darum ging es doch bei dieser Scheiß-Satzungsdiskussion, und das fand ich schade, daß es überall unerwähnt blieb - was die „Reform“-Asten wollten, waren West-Asten-Grabenkämpfe auch auf Bundesebene.

Keine Ostthemen? Allein daß wir als Rostocker dem Westen gezeigt haben, daß man so 'ne MV auch von Studenten organisieren lassen kann und nicht auf „Kommen & Bezahlen“ in Jugendherbergen zurückgreifen muß, allein das ist für uns schon ein riesiger Erfolg! Greifswald, Neubrandenburg, Ilmenau, Humboldt, Chemnitz, Leipzig - sie alle waren da. Und wenn sie alle keine Ost-Themen zum Thema machen konnten, dann ist es doch wohl ihr höchsteigenes Problem, oder?

Wie könnt Ihr diese so wichtige Entscheidung gegen die Stimmenstaffelung als so belanglos und beinahe abwertend abtun? Gerade Ihr als eben kleine Hochschule?? Was glaubt Ihr denn, wozu diese Wertung nach Studentenzahlen da sein sollte? Bei weitem nicht nur, um Hochschulen 1., 2. und 3. Klasse hierarchisch aufzugliedern und abzugrenzen, aber eben: auch!

Zum Sprachgebrauch: Auch wir haben uns vor einem Jahr sehr über „Menschfred“ gewundert, aber er heißt eben einfach so, nicht weil er muß, sondern weil er will, denken wir mal. Und diese Freiheit sollte man ihm ruhig lassen.

Noch ein wichtiger Punkt, um nicht zu sagen der wichtigste: Die Geschichte mit den „Anderen“ und der Polizei: Sie sollten nicht vor die Tür gesetzt werden, sondern sie wollten dies doch bitte. Wir haben nie das Wort „Polizei“ in den Mund genommen. Sie wollten den Eklat, daß wir sie von der Polizei rausschmeißen lassen - und nochmals zur Klärung: Im letzten Rundbrief kündigten die „Anderen“ ein Treffen am Rande der MV an. Zwei Wochen nach dessen Erscheinen rief die Uni Köln bei uns an und wollte 'nen „Fraktionsraum“ für die Zeit der MV. Wir sagten, daß es im *fzs* keine Fraktionen gäbe, ergo auch keinen Raum. Als sie dann während der MV aus dem Saal stürmten, fragte Brigitte (StuRa-Mitglied, d. Red.) sie auf der Treppe, wo sie denn hinwollten, der Raum oben wäre nicht frei für die Versammlung. Sie überrannten in ihrer westdeutschen Arroganz das kleine Mädchen aus Straußberg. Daraufhin versuchten wir mit ihnen zu reden, Antwort: „Also okay, wir haben jetzt euren Moralischen gehört, ihr könnt gehen!“ Wenn Ihr dazu ossifeindlich sagen würdet oder scheißwestlich, dann meinerwegen. Wir sind bei einer solchen Unverschämtheit ganz einfach baff, wütend und hart an der Grenze.

(CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung 8/1994)

PUBLIKATIONEN

Bleek, Wilhelm/ Mertens, Lothar: **DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat.** Westdeutscher Verlag, Opladen 1994. 259 S. DM 39,-. Über den Buchhandel.

Der Band entstand in Korrespondenz mit der von den gleichen Autoren vorgelegten Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen. Nach einer Einführung in die Promotionspraxis der DDR werden für 5.475 geheimgehaltene Dissertationen die Geheimhaltungsgründe untersucht. Desweiteren analysieren die Autoren das sozio-biographische Profil der geheimen Dissertationen im allgemeinen und die Strukturen der Geheimhaltung im besonderen, wobei auch die Rolle der Gutachter untersucht wurde.

Siegfried Prokop: **Sozialgeschichte der ostdeutschen Intellektuellen 1945 - 1961. Zeittafel** (hefte zur ddr-geschichte 10). Hrsg. vom Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte/Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. - Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. Berlin 1993. 68 S. Bezug bei: Helle Panke, Breite Str. 48, 13187 Berlin-Pankow. Mit umfangreichem Schlagwortverzeichnis.

Müller, Klaus Dieter: **Zwischen Hippokrates und Lenin. Gespräche mit ost- und westdeutschen Ärzten über ihre Zeit in der SBZ und DDR** (Arzt und Politik in SBZ und DDR Bd. 1). Hrsg. von der Stiftung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung über das Wesen und die Bedeutung der freien Berufe Ludwig Sievers Stiftung. Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 1994. 550 S. DM 25,-. Über den Buchhandel.

Das Buch ist der erste Band der Ergebnisse eines Forschungsprojektes „Ärztliches Handeln und politische Verfolgung in SBZ und DDR“, das 1992 von der Bundesärztekammer beschlossen worden war. Dokumentiert wird eine Auswahl von Gesprächen, die der Projektbearbeiter geführt hat. In unserem Kontext interessieren vor allem die zahlreichen Aussagen zu Medizinstudium und Strukturen innerhalb der medizinischen Wissenschaft.

Gotschlich, Helga (Hg.): **„Links und links und Schritt gehalten...“ Die FDJ: Konzepte - Abläufe - Grenzen** (Die Freie Deutsche Jugend. Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation Bd. 1). Hrsg. vom Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung. Metropolis Verlag, Berlin 1994. 346 S. DM 38,-. Über den Buchhandel.

Der Band dokumentiert die Beiträge einer Tagung, die am 24./25.9.1993 in Bogensee b. Berlin stattgefunden hatte. In unserem Kontext interessieren die Inhalte insoweit, als die FDJ seit Anfang der 50er Jahre u.a. den Anspruch auf ein studentisches Vertretungsmonopol erhob und durchsetzte. Mit Beiträgen u.a. von Hermann Weber, Peter Hübner, Joachim Petzold, Christian Stappenbeck, Horst Dähn.

Korch, Helmut: *Der wissenschaftliche Zweifel. Über einen Aspekt der Erkenntnissituation in den Gesellschaftswissenschaften der DDR* (Schriften des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft). Jena 1994. 26 S. Bezug bei: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Stoyst. 2, 07743 Jena.

Der Autor problematisiert die konfliktgeladene Situation der DDR-Gesellschaftswissenschaften zwischen dem monopolistischen Wahrheitsanspruch der SED einerseits und praktischen wie wissenschaftsinternen Erklärungsnotwendigkeiten andererseits sowie die sich daraus ergebenden defizitären Erkenntnisleistungen.

Ruge, Wolfgang: *Zur Geschichtsschreibung der DDR: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus*. Hrsg. vom Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft. Jena 1993. 16 S. Bezug bei: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Stoyst. 2, 07743 Jena.

Der Autor versucht in diesem Vortragsmanuskript eine Bilanz der Faschismus-Forschung in der DDR.

Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater (Hg.): *Spiel und Theater an Fachhochschulen und Hochschulen in den neuen Bundesländern. Ansätze zu einem Curriculum* (Materialien zur Spiel- und Theaterpädagogik). Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig. Hannover/Leipzig 1994. 54 S. DM 7,-. Bezug bei: Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater, Falkenstr. 20, 30449 Hannover.

Die Broschüre dokumentiert die Beiträge einer Fachtagung vom 21. bis 23. Januar 1994 in Leipzig. Unter anderem zu folgenden Themen: „Darstellendes Spiel in Schule und Lehrerbildung der DDR“ (Wolfgang Brekle), „Studiengang Darstellendes Spiel an der Universität Greifswald“ (Susanne Prinz), „Spiel- und Theaterpädagogik an der Fachhochschule Erfurt“ (Dagmar Dörner), „Darstellendes Spiel in Leipzig - ein Erfahrungsbericht“ (Ute Pinkert). Desweiteren eine Personalübersicht zu den diesbezüglich an ostdeutschen Hochschulen Tätigen.

Bundesministerium für Forschung und Technologie, Projektträger „Forschung im Dienste der Gesundheit“ (Hg.): *Krebsforschung in Deutschland - Cancer Research in Germany. Eine Dokumentation. Neuauflage 1994*. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln 1994. 200 S. Über den Buchhandel.

Der Band dokumentiert als Neuauflage der erstmals 1989 erschienenen Publikation die durch die deutsche Vergesamtaamtlichung erheblich erweiterte Krebsforschung in der Bundesrepublik. Ein inhaltlicher Teil stellt Ziele und Instrumente der Krebsforschungsförderungspolitik des Bundes sowie Einzelaspekte der aktuellen Krebsforschung und deren Zukunftsperspektiven vor. Der zweite Teil ist eine Übersicht der forschenden und fördernden Institutionen mit jeweiligen Kurzvorstellungen. Ein dritter Teil faßt alles in englischer Sprache zusammen.

Hammer, Hildegard (Hg.): *Vom „Bildungsnotstand“ zur „Hochschulmisere“ - Problemlösungen statt Reglementierung; Zusammenführung der Hochschullandschaft - Folgen für den Akademischen Mittelbau*. Hrsg. von der Bundesvertretung Akademischer Mittelbau BAM. Düsseldorf 1993. 71 + 121 S. Bezug bei: BAM, c/o Assistentenschaft Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum.

Der Band dokumentiert zwei im Titel genannte Tagungen, die von der BAM am 19./20.11.1993 in Heidelberg bzw. vom 3.-5.12.1993 in Magdeburg durchgeführt worden waren. In unserem Kontext interessieren vor allem vier Beiträge der zweiten Tagung: „Der Hochschulalltag in Sachsen 3 Jahre nach der Vereinigung“ (Wilfried Naumann), „Frauenförderung an Hochschulen zwischen Recht und Realität“ (Karin Reiche), „Zur Hochschulgesetzgebung im Land Sachsen-Anhalt“ (Helmut Pietzke), und „Informationen aus der BAM in den neuen Republiken“ (Peter Reinirns).

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.): *Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Wissenschaftliches Symposium am 23. und 24. März in Halle (Saale)* (Nova Acta Leopoldina N.F. Nr. 290: Bd. 71). DM 28,-. Über den Buchhandel oder bei: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, PF 1127, 06019 Halle/S. Die Beiträge der Tagung sind in vier Kapiteln geordnet, in denen wissenschaftspolitische Akteure Bilanz ziehen: „Der Erneuerungsprozeß aus wissenschaftspolitischer Sicht“ (Gerhard Neuweiler, Wolfgang Schluchter, Manfred Ehrhardt, Gebhard Ziller), „Der Erneuerungsprozeß aus universitärer Sicht“ (Gunnar Berg, Georg Machnik, Gerhard Maess, Cornelius Weiss), „Der Erneuerungsprozeß aus der Sicht der Forschung“ (Wolfgang Frühwald, Alfred Schellenberger, Helmut Eschrig, Hans-Rudolf Bork) sowie „Wissenschaftspolitik und Hochschulautonomie“ (Fritz Schaumann, Steffie Schnoor, Hans-Hermann Hartwich). Jedem Kapitel ist die Dokumentation einer zugehörigen Podiumsdiskussion beigeordnet.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie (Hg.): *Investitionen für die Zukunft. Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland*. Bonn 1994. 56 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Braunscheidtstr. 17, 53113 Bonn. Die SPD-Projektgruppe „Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland“ legt hier Zwischenbilanzen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus aus sozialdemokratischer Perspektive vor. Im einzelnen bilanzieren: Brandenburg - Klaus-Dietrich Krüger und Klaus Faber, Berlin - Klaus Nagel, Traugott Klose und Klaus Lommatzsch, Mecklenburg-Vorpommern - Tilo Braune, Sachsen - Alfred Förster, Thüringen - Andreas Enkelmann, Sachsen-Anhalt - Wolfgang Eichler.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie (Hg.): *wissenschaftsnotizen... H. 7/ Oktober 1994*. Bonn 1994. 63 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Braunscheidtstr. 17, 53113 Bonn.

Das Heft enthält u.a. vier Beiträge zu ostdeutschen Entwicklungen: „Nachholende Modernisierung und Forschung in Ostdeutschland“ (Christian Wegerdt), „Aufgaben der Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt“ (Rüdiger Fikentscher), „Forschungspolitik für die neuen Bundesländer“ (Wolf-Michael Catenhusen) und „Die Aufgaben der Hochschulreform“ (Hans-Hermann Hartwich).

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hg.): *Beiträge zur Hochschulforschung H. 3/1994*. München 1994. 234 S. Bezug bei: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Prinzregentenstr. 24, 80538 München.

Das Heft enthält u.a. Beiträge zu folgenden Themen: „Gewinner und Verlierer - Erhebliche Verschiebungen beim Hochschulzugang in den neuen Ländern“ (Irene Lischka), „Vergleich der Studienanfänger des Wintersemesters 1990/91 an den Universitäten Leipzig und

Regensburg" (Konstanze Rasch), „Zur Umsetzung des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) unter besonderer Berücksichtigung des Landes Brandenburg" (Katrin Lange).

Ramm, Michael: **Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Die Gründungsphase aus studentischer Sicht** (Bildung Wissenschaft Aktuelle Bd. 12/94). Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994. 55 S. Kostenlos bei: BMWFT, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Sonderauswertung der fünften Erhebung zur Studiensituation an Hochschulen in den alten und neuen Bundesländern, die im Wintersemester 1992/93 von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz durchgeführt worden war. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der für Ostdeutschland neue Hochschultyp FH auf studentische Akzeptanz stoße und der Start der ostdeutschen Fachhochschulen ein gelungener gewesen sei.

Hirschfeld, Uwe: **Curriculare Situation der Politikwissenschaft an Fachhochschulen und Fachbereichen für Sozialarbeit in Ostdeutschland** (HBS-Manuskripte Bd. 163). Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf 1994. 53 S. Bezug bei: Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 40227 Düsseldorf. Die Studie bezieht elf Hochschulen ein und spiegelt einen spezifischen Aspekt der FH-Aufbau-Prozesse in Ostdeutschland.

Fischer, Joachim/ Weißbach, Hans-Jürgen: **Die Rolle der Forschung und Entwicklung im Transformationsprozeß und der Verlauf der Beschäftigung in den FuE-Abteilungen der großchemischen Industrie Sachsen-Anhalts 1989 - 1993** (Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung SAMF H. 1994 - 4). Hrsg. vom Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung SAMF. Gelsenkirchen 1994. 87 S. Bezug bei: SAMF e.V., Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Institut Arbeit und Technik, Florastr. 26 - 28, 45879 Gelsenkirchen.

Verbliebene Reste von FuE-Kapazitäten in Ostdeutschland sind im wesentlichen in der chemischen und pharmazeutischen Industrie noch vorhanden. Die Autoren prüfen, inwiefern diese Kapazitäten eine Rolle im Prozeß der Stabilisierung industrieller Beschäftigung spielen könnten. Sie kommen zu einer pessimistischen Einschätzung auf der Basis der These, daß sich FuE- und Produktionsstandorte tendenziell großräumig entkoppeln. Dazu trügen insonderheit die von der Treuhandanstalt entwickelten Konsolidierungsstrategien bei, die sich an klassischen Zielvorstellungen eines hohen internen Verflechtungsgrades der Produktion orientierten - was bereits der chemischen Industrie in Ostdeutschland zum Verhängnis geworden sei.

Hellriegel, Bertold/ Herrmann, Claudia/ Konzack, Tatjana/ Ständert, Peter: **Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern. Eine qualitative und quantitative Analyse** (Schriftenreihe des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft Bd. 6). trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1994. 84 S. ISBN 0945-6430. DM 88,-. Über den Verlag: PF 244, 10123 Berlin.

Die Untersuchung dokumentiert den Abbau der ostdeutschen F&E-Potentiale und zeigt damit, daß die ostdeutsche Innovationskrise gänzlich anderer Natur ist als die westdeut-

sche. Zentrale Themen der Studie sind Technologiestrukturen, F&E-Aufwendungen und -Finanzierungen, Patentbilanz und Förderprogramme.

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hg.): **Defizite und Chancen der Industrieforschung in Ostdeutschland. Dokumentation einer Veranstaltung auf dem Leipziger Innovationsforum am 09. März 1994.** Halle/S. 1994. 72 S. DM 20,-. Bezug bei: Institut für Wirtschaftsforschung, PF 16 02 07, 06038 Halle/S.

Dokumentation der auf der im Titel genannten Veranstaltung gehaltenen Beiträge: „Potentiale und Leistungsfähigkeit der wirtschaftsnahen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in den neuen Bundesländern" (Christian Wegert), „Defizite und Chancen der Industrieforschung in Ostdeutschland" (Herbert Berteit), „Innovationsaktivitäten in Ostdeutschland" (Manfred Wölfling), BMFT-Förderung der ostdeutschen Industrieforschung (Christian Patermann), „Innovative Unternehmen fördern den Aufbau eines industriellen Mittelstandes" (Klaus Däumichen), „Zur Situation Ostberliner innovativer Unternehmen" (Peter Schmidt) und ebensolcher in Thüringen (Horst Bürger), „Erfahrungen einer Ingenieurgesellschaft nach der Privatisierung" (Klaus Hieckmann), „Erfahrungen eines kleinen Unternehmens auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit" (Günter Dreifke).

Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen Chemnitz - Plauen - Zwickau (Hg.): **Forschung in Südwestsachsen. Handbuch. Forschungseinrichtungen, Technologietransferstellen und Industrieforschung.**

Chemnitz 1993. 354 S. Kostenlos bei: IHK Südwestsachsen, Str. d. Nationen 25, 09111 Chemnitz.

Vorgestellt werden 295 Forschungseinrichtungen mit Adresse/Telefon/Ansprechpartner, Forschungsgebieten, Ausstattung, Beschäftigtenzahl und Kooperationspartnern. Mit Branchenregister und Register nach Art der Einrichtung.

Daxner, Michael: **Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt Berlin. Festrede 27.5.1993** (Öffentliche Vorlesungen H. 36). Hrsg. von der Präsidentin der Humboldt-Universität. Berlin 1994. 24 S. Kostenlos bei: HUB, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Die Rede wurde (was aus dem Heft nicht hervorgeht) aus Anlaß der verspäteten Verabschiedung des Altrektors Heinrich Fink - nach Daxner ein „Gestriger" nicht und kein „Heutiger" - gehalten. Sie reflektiert den Übergang der Humboldt-Universität in das neue System und ihr Werden zur „zweiten Humboldt-Universität".

Zentralinstitut für Kunstgeschichte München (Hg.): **Berlins Museen. Geschichte und Zukunft.** Deutscher Kunstverlag, München/Berlin 1994. 318 S. DM 68,-. Über den Buchhandel.

Der reich illustrierte Band versucht mit historisch fundierten Essays, die z.T. auch zukünftige Aufgaben der einzelnen Berliner Museen zu bestimmen suchen, „einen Beitrag zur Verschlichung des 'Berliner Museumsstreits'" (Einleitung) zu liefern. BeiträgerInnen sind Peter Bloch, Helmut Börsch-Supan, Anke Borgmeyer, Gilbert Diller, Hartmut Dorgerloh, Françoise Forster-Hahn, Dieter Robert Frank, Jörg Haspel, Detlef Heikamp, Norbert Heuler, Werner Lorenz, Ekkehard Mai, Marco De Michelis, Barbara Paul, Goerd Peschken, Achim Preiß, Heinrich Schlotmann, Manfred Schuller, Martin Spaenle, Werner Szambien, Wolf Tegethoff, Monika Wagner, Michael F. Zimmermann.

Klementine im Hörsaal

Von wegen rückständiger Osten: An der Technischen Universität (TU) Dresden wurde vergangene Woche – erstmals in Gesamtdeutschland – eine Vorlesung von einem Werbespot unterbrochen. 20 Sekunden lang durfte ein japanischer Hersteller von Camcordern 500 Betriebswirtschaftsstudenten per Videoclip berieseln. Insgesamt viermal soll das noch geschehen, dafür will die Firma 5000 Mark in die Fakultätskasse zahlen. „Ein innovativer Ansatz“, meint TU-Pressesprecher Rolf Sanders mit Hinweis auf das Vorlesungsverzeichnis, wo ja auch schon kräftig geworben würde. Irgendwie müßten die Hochschulen aus ihrer Finanzmisere herauskommen. Auch die Industrie wird's freuen: Was tun sich da für Möglichkeiten auf! Computerspots für Informatikstudenten, Zahnpastawerbung für

angehende Dentisten, Aspirin für gestreßte Prüflinge. Und überdies: Eine lästige Werbezeitbegrenzung wie beim Privatfernsehen, wo nicht mehr als zwölf Minuten Spots pro Stunde über die Mattscheibe flimmern dürfen, gibt es auf dem Campus nicht. Bricht der totale Kommerz total in die Hochschule ein? So war's nicht gemeint, bremst Dozent Harald Schaub, Initiator des – wie er sagt – einmaligen Experiments. Im Gegenteil, er wolle gar keine Werbung in der Universität. Vielmehr habe er versucht, „ein Tabu aufzubrechen“. Als „Verantwortungsträger der Zukunft“ sollten seine Studenten entscheiden, ob die Spots im Hörsaal ethisch vertretbar seien. „Dazu mußte die Aktion natürlich so realistisch wie möglich sein.“ Die Camcorder-Spots habe er vor allem wegen ihrer Kürze gewählt, ein weiteres Angebot von 14 Spots à zwei Minuten dagegen ausgeschlagen. stad

aus: Süddeutsche Zeitung, 19./20.11.1994

Werbespots im Hörsaal - diskutiert von A - Z Zwischen akademischer Freiheit und finanziellen Zwängen

Seit 14. November läuft an der Technischen Universität Dresden ein Experiment. Im Mittelpunkt stehen Werbespots, die einmal wöchentlich in einer Vorlesung eingeblendet werden. Medien und Wirtschaft zeigten großes Interesse.

Das Licht geht aus, der Projektor an. Ein Akademiker-Alptraum wurde jüngst an der Technischen Universität (TU) Dresden Wirklichkeit: Doktorand Harald Schaub läßt in seinen Vorlesungen zur Entscheidungstheorie vor 600 Studenten Werbespots eines japanischen Elektronikonzerns laufen. Dieser zahlt dafür 5000 Mark in die Kasse der Fakultät Wirtschaftswissenschaften. Presse, Rundfunk und Fernsehen belagerten Schaub und seine Lehrveranstaltung; Wogen des Zorns schlugen - nicht nur an der Universität - hoch. Zwar erklärt Schaub: „Ich zeige Werbung während meiner Vorlesung, um zu verhindern, daß sie jemals Hörsäle beherrscht.“ Dennoch hatte sein Experiment Folgen: Wirkungsvoller wäre eine Diskussion über finanzielle Zwänge und akademische Freiheit kaum anzuschieben gewesen.

„Ein Häppchen Goethe und ein Häppchen Müsliriegel?“, amüsiert sich Kanzler Alfred Post. Das könne TU-Zukunft nicht sein. Es gelte, die Universität trotz mangelnder Mittel als Ort der Wissenschaft zu bewahren: „Hochschulfinan-

zierung durch Werbung im Hörsaal werden wir nicht akzeptieren.“

Universitäten müssen ein Platz freien und öffentlichen Denkens und Forschens bleiben“, meint auch Professor Dr. Achim Mehlhorn, Rektor der TU Dresden. „Sie dürfen nicht verkommen zu Werbeträgern, die Geld eintreiben.“ Der Senat werde nicht zulassen, daß die Hochschule, die sich gerade unter Aufbietung aller Kräfte aus der politischen Instrumentalisierung gelöst habe, nun kommerziell instrumentalisiert werde.

Auch von zielgruppengemäßen Spots, wie Image- und Personalwerbung, will Mehlhorn nichts wissen: „Wer will Inhalte und Werbezeiten festlegen? Die Lehrenden müßten im Stil des Kommerzfernsehens Vorlesungen unterbrechen, in denen wissenschaftliche Ideen entwickelt werden. Nach dem Spot ist der rote Faden zerrissen, die Gedanken sind abgelenkt. So etwas widerspricht unserem Grundverständnis von Universität.“

„In Lehrbüchern zur Entscheidungstheorie spielt Ethik keine Rolle“, bemängelt Assistent Harald Schaub. Aber gerade bei der Auswahl zwischen Alternativen sei sie wichtig. Werbespots im Hörsaal böten ein realistisches Beispiel, wirtschaftsethische Fragen zu diskutieren.

Schaub wollte provozieren. Die Bereit-

schaft zum politischen Engagement erschien ihm gering, die Trägheit groß: „Ich wollte wissen, ob die Studenten sich das gefallen lassen. Ich wollte schokken, wollte zeigen, wohin es führt, wenn die staatliche Finanzierung der Hochschulen weiterhin reduziert wird.“

Von der enormen Resonanz wurde Schaub überrascht. „Die Medien brauchen ihre Sensation“, stellt er ernüchtert fest. „Werbung im Hörsaal - das verkauft sich. Wirtschaftsethik interessiert nicht.“

Dennoch freut sich Schaub, daß sein Experiment dieser Tage auch in den TU-Wohnheimen diskutiert wird. „Ich bin grundsätzlich dagegen. Meine Eltern zahlen Steuern; ich erwarte, daß mir an der Universität ordentliche Vorlesungen geboten werden - und zwar vom Staat finanziert“, so die einen. „Werbung im Hörsaal - warum nicht, wenn's Geld bringt und wir so keine Studiengebühren zahlen müssen“, meinen andere. „Aber vielleicht kann man die Spots wenig-

stens in die Pause zwischen den Lehrveranstaltungen verlegen.“

Der Assistent erwartet nun mit großer Spannung, wie sich die Studenten auf Fragebögen und in der Vorlesung zum Thema äußern werden. „Als Zwischenergebnis kann ich schon heute formulieren“, sagt Harald Schaub, „daß Werbung - auch im Skript - nicht so unproblematisch ist, wie ich anfangs dachte. Natürlich löst die Veröffentlichung der Anzeigen zunächst mein Finanzproblem - aber darf ich diese ethische Schwelle überschreiten, wenn ich befürchten muß, daß ein Gewöhnungseffekt einsetzt? 'Es gibt schon Werbung' ist kein Grund für noch mehr Werbung.“ Anfragen aus der Wirtschaft beweisen: die Werbeprofis jedenfalls halten viel mehr von Schaub's Idee, als dem Dozenten recht ist.

Anke Müller (Dresden)

aus:

Dresdner Universitätsjournal 20/94

hso 1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

13 Hefte. Insgesamt 868 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

hso 2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulenerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Marion Höppner, Karl-Heinz Heinemann, Bernd Okun, Gert Maibaum, Karin Reiche, Birgit Bütow, Elke Mehnert, Gisela Jähnert, Hans-Uwe Erichsen, Edelbert Richter, Roland Schneider, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Klaus-Dieter Kaiser, Eberhard Tiefensee, Gudrun Aulerich, Karin Döbbling, Hans-Heinz Emons, Hans Jörg Sandkühler, Burchard Brentjes, Hans Joachim Meyer, Erich Hödl, Hartmut Eisenhans, Günther Barthel, Martin Robbe, Günther Eiselt, Ilko-Sascha Kowalczuk, Michael Daxner, Günther Wartenberg, Matthias Middell, Sonja Brentjes, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Ulrich Geyer, Volker Kahl, Inge Pardon, Hansgünther Meyer, Peer Pasternack, Wolfgang Schluchter, Pirmin Stekejer-Weithofer, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Hans-Jürgen Schulz u.a.

13 Hefte. Insgesamt 1.045 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 115,- DM.

hso 3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczyk, Marianne Kriszto, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

6 Hefte. Insgesamt 869 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

- | | |
|---|---------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | |
| 2. 1. Jahrgang <i>hso</i> 1991/92 | DM 100,- |
| 2. Jahrgang <i>hso</i> 1992/93 | DM 115,- |
| 3. Jahrgang <i>hso</i> 1993/94 | DM 100,- |
| | zzgl. Versandgebühr |
| 3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) | DM 80,- |
| 4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) | DM 39,- |
| 5.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruehändler/in - Pensionär/in - | DM 28,- |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

2. Unterschrift

Bitte einsenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig